



**POLIZEIAKADEMIE
NIEDERSACHSEN**

DEMOKRATIESTARKE POLIZEI NIEDERSACHSEN

DIE INITIATIVE
„POLIZEISCHUTZ
FÜR DIE DEMOKRATIE“
IN DER PRAXIS



**Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.**

DEMOKRATIESTARKE POLIZEI NIEDERSACHSEN

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Demokratiestarke Polizei Niedersachsen

Impressum:

Polizeiakademie Niedersachsen
Bürgermeister-Stahn-Wall 9
31582 Nienburg/Weser

1. Auflage 2025

Verlag: VDP GmbH Buchvertrieb, Hilden

Gestaltung/Satz: Sabine Dilling, Kassel
Fotomaterial: Polizei Niedersachsen, Seite 11: Ole Spata
Seite 78: Stiftung Mercator, Seite 132: Götz Schleser
Druck und Bindung: Grafisches Centrum
Cuno GmbH & Co. KG, Calbe (Saale)
Printed in Germany

Eine Publikation der Polizeiakademie Niedersachsen
in Zusammenarbeit mit
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Gefördert von:



ISBN 978-3-8011-0952-3

DEMOKRATIESTARKE POLIZEI NIEDERSACHSEN

DIE INITIATIVE
„POLIZEISCHUTZ
FÜR DIE DEMOKRATIE“
IN DER PRAXIS

Inhalt

Grußworte

Grußwort Daniela Behrens	11
Grußwort Carsten Rose	12

Die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ 14

Von der Theorie zur Praxis – die Arbeit der Demokratiepät*innen in der Polizei Niedersachsen	15
Die Forschungsstelle für Polizei- und Demokratieggeschichte der Polizeiakademie Niedersachsen	17
Demokratiearbeit in der Polizei Niedersachsen – zwischen strategischer Pflicht und intrinsischer Motivation	19
Demokratiearbeit als Herausforderung in der Polizei	24

Zivilgesellschaftliche Kooperationen und Begegnungsprojekte 27

Gedenkstätte Yad Vashem	28
Gedenkstätte Esterwegen	29
Katholische Akademie des Bistums Hildesheim	30
ZeitZentrum Zivilcourage Hannover	31
Haus der Kulturen Braunschweig	32
Landesaufnahmebehörde Braunschweig	33
KZ-Gedenkstätte Moringen	34
Museum Friedland	35
„Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg	36
Gedenkstätte Bergen-Belsen	37
Stiftung Lager Sandbostel	38
Begegnungsprojekt der Polizeiinspektion Verden/Osterholz	39
Denkort Bunker Valentin	40
Projekt „Deine Polizei“	41
Projekt „Haltung zeigen“	42
Projekt „Genau besehen. Rassismuskritische Dialogarbeit mit Polizei und Zivilgesellschaft“	43
Inklusionsprojekt „Gelingende Kommunikation“	44
Projekt „Gemeinsam Sicherheit schaffen“	45
Pulverfabrik Liebenau (Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg)	46

Pulverfabrik Liebenau (Polizeiakademie Niedersachsen)	47
Kooperationsvereinbarung zwischen dem KreisSportBund Emsland e. V. und der Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim	48
Kooperation und stetiger Austausch mit NGOs (Polizeidirektion Hannover)	49
<hr/>	
Fortbildungsangebote	50
Argumentationstraining für Sachgebietsleitungen des Landeskriminalamts Niedersachsen	51
Podcast und Vortrag Prof. Dr. Karim Fereidooni	52
Vortrag Prof. Dr. Matthias Quent	53
Seminar „Antirassistische Sprache“	54
Argumentationstrainings	55
Multiplikator*innen für das Rassismusbarometer	56
Führungskräftefortbildung Alles bleibt anders! Wleder.sprechen	57
Digitale Eigensicherung	58
Besondere Verantwortung für Führungskräfte (Polizeidirektion Hannover)	59
Fortbildungsveranstaltungen „Polizeischutz für die Demokratie“ (Polizeidirektion Hannover)	60
Europaprojekttag an der BBS Celle	62
Seminar „Sprache schafft Wirklichkeit“	63
Informationsveranstaltung zum Thema Antiziganismus	64
Fortbildungsveranstaltungen in der Synagoge Celle	66
Projekt Alfons	67
Vortrag „Rassistisch konnotierter Sprachgebrauch“	68
Fortbildung Demokratische Resilienz der Zentralen Kriminalinspektion Lüneburg	69
Lüneburger Woche der Demokratie 2022	70
Integrationsteam der Polizeiinspektion Verden/Osterholz	71
Workshop „Polizeischutz für die Demokratie“ (Polizeidirektion Osnabrück)	72
Argumentationstraining der PI Emsland/Grafschaft Bentheim	73
Fortbildungsangebote der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (u. a. Bereitschaftspolizei)	74
Demokratie-Workshop der Masterstudierenden in der Gedenkstätte Pulverfabrik Liebenau	76
<hr/>	
Begleitwort Christiane von Websky, Stiftung Mercator	78
<hr/>	

Inhalt

Veranstaltungen	80
Bundesweiter Kongress „Netzwerk demokratiestarke Polizei“ 2021	81
Bundesweiter Kongress „Netzwerk demokratiestarke Polizei“ 2023	83
Netzwerktreffen der Demokratiepät*innen und Unterstützer*innen 2024	86
Podiumsdiskussion „Interkulturelle Kompetenz als Baustein demokratischen Selbstverständnisses“	88
Tag der Demokratie der Polizeiakademie Niedersachsen	90
Demokratienschutzmesse der Polizeidirektion Göttingen	91
„Kicken gegen Vorurteile“ (Polizeidirektion Hannover)	92
Jährliches Benefizkonzert mit dem Polizeiorchester Niedersachsen unter dem Motto: „Polizeischutz für die Demokratie“	94
Demokratiwoche der Polizeidirektion Osnabrück 2022	96
Demokratiwoche der Polizeidirektion Osnabrück 2023	97
Demokratiwoche der Polizeidirektion Osnabrück 2024	98
Jährlicher (Fortbildungs-)Tag der Demokratie der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen	99
Omas gegen Rechts an der Polizeiakademie Niedersachsen	101
Interkulturelles Frühstück der Polizeiinspektion Leer/Emden	102
Interkulturelles Frühstück der Polizeiinspektion Aurich/Wittmund	103
Themenwochen „Polizeischutz für die Demokratie“ in der Polizeidirektion Hannover	104
Internationales Kochen (Polizeidirektion Hannover)	105
Öffentlichkeitsarbeit „Gesicht zeigen für die Demokratie“ (Polizeidirektion Hannover)	106
<hr/>	
Exkursionen	108
Studienreise „Demokratiestarke Führungskräfte“ nach Berlin (Masterstudiengang 2024/2026)	109
Besuch des Dokumentationsorts Bückeberg	111
Gemeinsame Exkursion in die Gedenkstätte Bergen-Belsen	112
Besuch des Emslandlagers Esterwegen	113
Besuch der jüdischen Gemeinde Oldenburg	114
Studierende und Absolvent*innen der Polizeiakademie Niedersachsen besuchen die Gedenkstätte Yad Vashem in Israel	115
Bildungsreise der Polizeiakademie Niedersachsen nach Polen	118
Studienfahrt nach Berlin durch die Polizeiakademie Niedersachsen	120
Exkursion zur KZ-Gedenkstätte Moringen	122

Gedenkstätte Wehnen „Alte Pathologie“	123
Sozialtage mit Demokratiebezug	124
Besuch des Niedersächsischen Landtages	125
Stadtrundgang „Hamburger Nebenschauplätze“	126
Exkursion nach Hameln	127
Exkursionen der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen	128
Besuch der bosnischen Moscheegemeinde Osnabrück	129
Studienfahrt nach Berlin der Polizeidirektion Hannover (2023)	130
Studienfahrt nach Berlin der Polizeidirektion Hannover (2024)	131
<hr/>	
Begleitwort Deniz Kurku (niedersächsischer Landesbeauftragter für Migration und Teilhabe)	132
<hr/>	
Zeitzeugenvorträge	134
Holocaust-Zeitzeugen Ivar und Dagmar Buterfas-Frankenthal	135
Familie Herschel	136
Holocaust-Zeitzeuge Leon Weintraub	137
<hr/>	
Ausstellungen	138
Ausstellung „Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat“ in der Gedenkstätte Esterwegen	139
Wanderausstellung „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“	140
Ausstellungsprojekt „Der Mensch dahinter“	142
Ausstellung „Bürgerinnen und Bürger gegen häusliche Gewalt“	144
Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung	145
<hr/>	
Begleitwort Polizeihauptpersonalrat Niedersachsen	146
<hr/>	
Niedrigschwellige Peer-to-Peer-Aktivitäten	148

Grußwort

Daniela Behrens
Ministerin für Inneres und Sport



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

„Niedersachsen ist ein sicheres Land und soll es auch bleiben.“ Das ist die Richtschnur für mein Handeln als Ministerin für Inneres und Sport des Landes Niedersachsen. Dabei trage ich eine besondere Verantwortung für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Förderung demokratischer Werte und Prinzipien. Nicht nur deshalb liegt mir die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ besonders am Herzen.

Seit dem Start im Oktober 2019 wurde unter der Leitung der Polizeiakademie Niedersachsen ein eindrucksvolles Grundkonzept entwickelt, das darauf abzielt, freiwillige Demokratietarbeit in unserer Polizei zu etablieren. Diese Arbeit ist nicht nur integraler Bestandteil unseres strategischen Prozesses, sondern sie leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Wahrung unseres freiheitlich-demokratischen Selbstverständnisses und zur Stärkung unserer Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die strukturelle Verankerung der Demokratietarbeit in unserer Polizei nicht nur zu einem sichereren, sondern auch zu einem gerechteren und harmonischeren Niedersachsen beitragen wird.

Ich danke allen Beteiligten für ihr unermüdliches Engagement für dieses wichtige Anliegen. Ihr Einsatz reflektiert nicht nur die Grundsätze unserer demokratischen Gesellschaft, sondern hebt die Polizei Niedersachsen auch als bundesweite Vorreiterin im Bereich der demokratischen Resilienz hervor.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, which appears to read 'Daniela Behrens'.

Grußwort

*Carsten Rose
Direktor der Polizeiakademie
Niedersachsen*



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg*innen, liebe Leser*innen,

mit unserer im November 2019 gestarteten Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ möchten wir als Polizei Niedersachsen ein klares Zeichen setzen. Ein Zeichen für unsere freiheitliche Demokratie, den Rechtsstaat und eine offene und pluralistische Gesellschaft. Diese Werte sind essenziell für unser Zusammenleben und spiegeln sich auch im strategischen Ziel der Polizei Niedersachsen wider: Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.

Die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass Populismus, Extremismus, digitale Desinformationen und soziale Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft an unserer Demokratie kratzen. Diese Herausforderungen sind nicht zu unterschätzen, aber sie haben auch das enorme Potenzial verdeutlicht, das wir durch Bildung, Engagement und innovative Lösungen besitzen, um unsere demokratischen Werte zu stärken.

Ich freue mich daher sehr, dass Sie heute diese Publikation in den Händen halten. Sie gibt Ihnen einen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten und das große Engagement unserer Initiative und bietet Ihnen vielleicht sogar Inspirationen für zukünftige Projekte und Vorhaben.

Die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ hat in den letzten Jahren viel bewegt. In allen Polizeibehörden des Landes Niedersachsen wurden zahlreiche spannende und kreative Projekte umgesetzt.

Diese umfassen unter anderem Treffen mit Zeitzeug*innen, um aus erster Hand von den Erfahrungen und Erkenntnissen früherer Generationen zu lernen, Thementage und -wochen unter dem Motto „Demokratie“, Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, um den Austausch und die Zusammenarbeit zu intensivieren, Aufklärungsarbeit für junge Menschen über die Werte einer starken Demokratie, um sie zu aktiven und informierten Bürger*innen zu machen. All diese Aktivitäten verfolgen ein gemeinsames Ziel: Unsere Demokratie in Deutschland zu stärken – für heute und vor allem für die Zukunft. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Extremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hetze gegen vermeintlich „Andersartige“ Platz in unserer Gesellschaft finden.

Eine starke Demokratie braucht eine demokratiestärke Polizei. Ein immer größer werdendes Netzwerk ausgebildeter Demokratiepat*innen setzt sich aktiv dafür ein, unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis sowohl innerhalb als auch außerhalb der Polizei zu festigen. Ich danke allen Aktiven für ihr unermüdliches Engagement.

Ich wünsche Ihnen nun viel Spaß beim Lesen. Lassen Sie sich von den vielfältigen Geschichten und Erfahrungen inspirieren, die in dieser Publikation zusammengetragen wurden. Bleiben Sie offen für neue Ideen und Ansätze, die unsere Demokratie weiter stärken können. Gemeinsam können wir viel bewirken: Ob durch kleine Beiträge im Alltag oder durch das Engagement in größeren Projekten – jede Aktion zählt. Lassen Sie uns gemeinsam für unsere Demokratie eintreten und aktiv daran arbeiten, sie zu schützen und zu fördern.



DIE INITIATIVE „POLIZEISCHUTZ FÜR DIE DEMOKRATIE“

Von der Theorie zur Praxis – die Arbeit der Demokratiepät*innen in der Polizei Niedersachsen

Bereits seit 2019 arbeiten die Polizeiakademie Niedersachsen und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. erfolgreich im Bereich der politischen Bildung zusammen. Das gemeinsame Ziel lautet: Demokratietarbeit in der Polizei Niedersachsen und weiteren Länderpolizeien strukturell zu verankern. Es geht darum, das demokratische Selbstverständnis der Polizei auf personaler und organisatorischer Ebene zu stärken. Damit soll auch die Widerstandsfähigkeit der Polizeiangehörigen gegen demokratiegefährdende Phänomene erhöht werden.

Seit 2023 findet die Zusammenarbeit zwischen der Polizeiakademie Niedersachsen und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. im Rahmen des von der Stiftung Mercator geförderten Projekts „Demokratiestärke Polizei – Strukturelle Verankerung von Demokratietarbeit in der Polizei“¹ statt. Gegenwärtig beteiligen sich bereits die Polizeien in Schleswig-Holstein und Thüringen an der Initiative – weitere Kooperationen werden angestrebt.

Für die Stärkung der Demokratie in Deutschland müssen viele einen Beitrag leisten, auch die Polizei.

Für die Stärkung der Demokratie in Deutschland müssen viele einen Beitrag leisten, auch die Polizei. Die generellen Voraussetzungen dafür sind gut: Es gibt zahlreiche Polizeiangehörige, die sich für demokratische Werte und eine Weiterentwicklung der Institution Polizei einsetzen. Diese Menschen möchten das Projekt konsequent und auf unterschiedlichen Ebenen stärken. Einerseits, indem die beteiligten Länderpolizeien die Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses in interne Prozesse aufnehmen. Dies bedeutet, dass die Institution zeitliche und finanzielle Ressourcen sowie inhaltliche Unterstützung bereitstellt. Hierzu gehört außerdem, dass die engagierten Polizeiangehörigen zu Demokratiepät*innen qualifiziert werden – bis

Ende des Jahres 2024 werden es in Niedersachsen 170 sein. Andererseits werden die Demokratiepät*innen unterstützt, indem sich ein landesweites Netzwerk bildet, womit sie vor Ort die unterschiedlichsten Maßnahmen zur Stärkung eines demokratischen Miteinanders und Handelns durchführen können.

Das Besondere an den Demokratiepät*innen ist, dass sich hier engagierte Polizeiangehörige mit ihren Aktivitäten freiwillig an der Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses und der demokratischen Widerstandsfähigkeit ihrer Kolleg*innen beteiligen können und wollen. Durch dieses Vorgehen wird Demokratietstärkung in der und durch die Polizei nicht nur zur Führungsaufgabe erhoben. Somit geht es nicht um hinzugekaufte Weiterbildungsangebote, die in ihrer Wirkung häufig schnell verpuffen, sondern um eine reale Stärkung der niedersächsischen Polizeiangehörigen, die zu Demokratiepät*innen ausgebildet werden, sowie ihrer Unterstützer*innen.

*[...] freiwillig an der Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses und der demokratischen Widerstandsfähigkeit ihrer Kolleg*innen beteiligen [...]*

Durch die Weiterbildung zu Demokratipät*innen werden Polizeiangehörige in die Lage versetzt, Veränderungspotenzial zu identifizieren und daraus wirksame Maßnahmen abzuleiten sowie umzusetzen. Hierfür reflektieren die Demokratiepät*innen ihr demokratisches Selbstverständnis und werden in ihrer demokratischen Haltung gestärkt. Ihnen wird einerseits relevantes Fachwissen vermittelt, andererseits bekommen sie praxisbezogene Werkzeuge und Methoden an die Hand, die sie in ihrer späteren Rolle innerhalb der eigenen Behörde unterstützen.

¹ Vgl. Projekt-Website: www.demokratiestarkepolizei.de

Die Kombination aus klassischer Wissensvermittlung und partizipativen Übungen verstärkt hierbei den Prozess der Fortbildungsteilnehmenden, das Neuerlernte auf sich selbst und den individuellen Arbeitsalltag bei der Polizei übertragen zu können.

Viele von den ausgebildeten Demokratiepat*innen haben inzwischen ihre Arbeit zur Demokratiestärkung in der Polizei in Form zahlreicher Maßnahmen vor Ort aufgenommen, auch in Zusammenarbeit

[...] Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Hier liegt ein weiterer wichtiger Schwerpunkt des Projekts.

oder in Anbahnung einer Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Hier liegt ein weiterer wichtiger Schwerpunkt des Projekts.

Mit der vorliegenden Publikation geben die Poli-

zeiakademie Niedersachsen und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. für das Projekt „Demokratiestarke Polizei – Strukturelle Verankerung von Demokratiearbeit in der Polizei“ einen ersten Einblick in die erfreulich große Vielfalt an Maßnahmen, die die Demokratiepat*innen in Niedersachsen bereits durchgeführt haben.

Was genau vor Ort zur Demokratiestärkung und Wertevermittlung notwendig ist und was beispielsweise einen Beitrag zu Antidiskriminierung, zu einem diversitätssensiblen Umgang miteinander, zur Radikalisierungsprävention oder zur demokratischen und konstruktiven Konfliktbearbeitung leisten kann, entscheiden die Demokratiepat*innen selbst. Ihr praktisches Tätigkeitsprofil ist entsprechend breit und wird von Polizeiinspektion zu Polizeiinspektion durchaus auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten ausgefüllt. Zu ihren Arbeitsfeldern gehören unter anderem das Anregen einer themenbezogenen Kommunikation innerhalb ihrer Dienstbereiche, die Unterstützung und Beratung, gegebenenfalls Weitervermittlung bei Problemfällen, das Organisieren und die Vermittlung von Informations- und Bildungsveranstaltungen sowie gemeinsame Projekte mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich ebenfalls um die Stärkung der Demokratie bemühen. Nicht zuletzt fungieren die Demokratiepat*innen auch als Anlauf-

stellen, an die sich Externe wenden können, wenn sie die konkrete Zusammenarbeit mit der Polizei auf regionaler Ebene im Sinn haben.

Die qualifizierten Demokratiepat*innen sind in jedem Fall Elemente innerhalb der Institution Polizei, die in der nachhaltigen Auseinandersetzung mit einer Demokratiestarken Polizei wirksam werden. Mit Blick auf konkrete Praxisbeispiele reicht dies von der Organisation von Gedenk- und Bildungsreisen, Workshops oder Vortragsveranstaltungen über die Anwendung von praktischen Übungen und Methoden vor Ort in der eigenen Dienststelle bis hin zur Durchführung kompletter Demokratietage oder -wochen. Die Polizeiakademie Niedersachsen und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. unterstützen die Demokratiepat*innen hierbei in ihrer inhaltlichen Arbeit – dank der Förderung der Stiftung Mercator auch finanziell.

Das Gesamtprojekt „Demokratiestarke Polizei – Strukturelle Verankerung von Demokratiearbeit in der Polizei“ profitiert in vielerlei Hinsicht von den in Niedersachsen entwickelten Ideen und gesammelten Erfahrungen. So werden die anderen am Projekt beteiligten Länderpolizeien sowie natürlich ganz konkret die Demokratielots*innen (Schleswig-Holstein) und Demokratiepartner*innen (Thüringen) großen Nutzen aus der Projektdokumentation in dieser Publikation ziehen können. Dasselbe gilt für alle weiteren Bundesländer, die sich möglicherweise in Zukunft dem Projekt anschließen werden oder aber auch ähnliche Vorhaben umsetzen wollen.

Autor*innen: Claudia Guzmán de Rojas Alquisale, Ulli Engst, Michael Parak

Die Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte der Polizeiakademie Niedersachsen

Eine Besonderheit der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ ist ihre organisatorische Anbindung an die „Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte/Polizeimuseum Niedersachsen“ der Polizeiakademie Niedersachsen. In der Forschungsstelle hat die Initiative ihre Basis: Hier entstanden der Impuls und das Konzept der Initiative und von hier aus wird sie weiterentwickelt. Hier werden die Qualifizierungen der Demokratiepät*innen organisiert und begleitet und auch ihr Netzwerk gepflegt.

Die Gründung der Forschungsstelle 2019 (vormals nur „Polizeimuseum Niedersachsen“) hebt den hohen Stellenwert hervor, den die Polizei- und Demokratiegeschichte als ein Grundpfeiler des demokratischen Selbstverständnisses in der Polizei

[...] ohne den Rückgriff auf die eigene Geschichte, ohne die Entwicklung eines historischen Bewusstseins [ist] ein freiheitliches und demokratisches Selbstverständnis von Polizeiangehörigen schlichtweg unmöglich.

Niedersachsen hat. So liegt der gesamten Arbeit der Forschungsstelle die Überzeugung zugrunde, dass ohne den Rückgriff auf die eigene Geschichte, ohne die Entwicklung eines historischen Bewusstseins ein freiheitliches und demokratisches Selbstverständnis von Polizeiangehörigen schlichtweg unmöglich ist.

Die organisationsgeschichtliche Rückbesinnung kann den Mitarbeitenden der Polizei dabei helfen, sich in der Gegenwart besser zu verorten. Transparenz und wissenschaftliche Erkenntnisse bilden dabei die unbedingte Basis jedweder Beschäftigung mit der Geschichte.

Der 2019 noch in der Entwicklung befindlichen Initiative wurde mit der Gründung der Forschungsstelle von Beginn an ein gefestigter organisatorischer Rahmen gegeben: Die Initiative ist in keiner aus der Linienorganisation herausgetrennten, auf Zeit geschaffenen Projektorganisation verankert. Sie wird



aus der Linienorganisation heraus koordiniert und ist damit im Grunde schon als langfristige Aufgabe angelegt. Das Personal setzt sich aus dem Stammpersonal der Forschungsstelle und Mitarbeitenden des Studiengabiets „Sozialwissenschaften/Führung“ sowie zeitlich befristeten Mitarbeitenden und Abordnungen aus dem Personalrat und anderen Polizeibehörden – unter anderem im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen – zusammen. Die Forschungsstelle selbst ist Teil der Abteilung 1 „Studium und Lehre“ der Polizeiakademie Niedersachsen, was die interdisziplinäre Arbeit der Initiative erleichtert. Vor allem zeigt die Anbindung der Forschungsstelle und damit der Initiative an die Akademie im Allgemeinen und an den Bereich „Studium und Lehre“ im Speziellen ein klares Bekenntnis: Das Bekenntnis dazu, dass Demokratietarbeit zugleich auch Teil des Bildungsauftrages ist – vom Schwur des Dienstes an.

[...] Demokratietarbeit zugleich auch Teil des Bildungsauftrages [...]

Neben der fachlichen und organisatorischen Betreuung der Demokratiepät*innen-Qualifizierung und der Netzwerkpfege hat die Forschungsstelle weiterhin die Aufgaben inne, die schon zuvor dem Polizeimuseum Niedersachsen oblagen. Der Fokus der Aufgaben hat sich noch stärker auf die Demokratietarbeit

verlagert, und zwar mit dem Ziel, die Initiative und die Demokratiepat*innen bei ihrer Arbeit zu unterstützen und neue Impulse der Polizei- und Demokratiegeschichte zu setzen. Die Forschungsstelle ist somit keine Forschungseinrichtung im wörtlichen Sinne, sondern ihre Tätigkeit geht weit darüber hinaus. Sie betreibt und unterstützt nicht nur polizeihistorische Forschung, die wissenschaftlichen Erkenntnisse werden auch unmittelbar für die Demokratiearbeit genutzt:

Zum einen fließen sie in die Aus- und Fortbildung der Polizei Niedersachsen ein: Polizeigeschichte ist ein fester Bestandteil des Curriculums der Polizeiakademie, die Forschungsstelle ist für die fachliche Ausgestaltung der Kooperation zwischen der Polizei Niedersachsen und der Gedenkstätte Yad Vashem zuständig und das wissenschaftliche Personal der Forschungsstelle hält Fachvorträge in den Polizeibehörden.



Zum anderen werden Forschungsergebnisse in musealen Wanderausstellungen aufbereitet und damit nicht nur der Polizei, sondern auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Wichtige Forschungsthemen konnten bereits in Ausstellungsformate umgesetzt werden, etwa die Geschichte des Polizeiberufs für Frauen, die Rolle und Funktion der Polizei im NS-Staat und die Polizei in der Weimarer Republik. Für eine anschauliche, lebensnahe Vermittlung greift die Forschungsstelle auf originale Zeitzeugnisse aus ihrer polizeigeschichtlichen Sammlung zurück.

Gerade die polizeigeschichtlichen Ausstellungen sind für die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ ein wichtiger Impuls: Mit den Wanderausstellungen werden einzigartige Dialogräume geschaffen, in denen Polizei und Zivilgesellschaft zusammenkom-

men und sich austauschen können. Die wissenschaftlich fundierte, transparente und anschauliche Vermittlung polizeihistorischer Themen schafft den Anreiz und die Grundlage für einen faktenbasierten Diskurs. Darüber hinaus bedient das Format einer Ausstellung im besonderen Maße den Anspruch der Freiwilligkeit: Jede*r Einzelne entscheidet selbst, inwieweit sie oder er sich auf die Ausstellung und ihre Themen einlassen möchte.

Das Konzept der Forschungsstelle für ihre Wanderausstellungen sieht vor, dass diese von den Polizeibehörden ausgeliehen werden – idealerweise in Kooperation mit einem zivilgesellschaftlichen Partner. So sind es auch Mitarbeitende der jeweiligen Polizeibehörde, die die Besucherführungen durch die Ausstellung übernehmen. Besonders für Demokratiepat*innen sind die Ausstellungen ein wichtiges Mittel, aktiv zu werden und sich sowohl innerhalb der eigenen Behörde als auch in der Zivilgesellschaft auszutauschen und zu vernetzen. Die nachhaltige und positive Wirkung, die eine transparente Aufarbeitung der eigenen Organisationsgeschichte und ihrer Verarbeitung in Ausstellungsprojekten, die aus der Polizei kommen, nach innen wie nach außen hat, ist nicht zu unterschätzen.



Somit hat die Polizeiakademie mit der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte ein Instrument geschaffen, um aus dem Blickwinkel der Vergangenheit heraus neue Impulse für die polizeiliche Selbstreflexion und den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu setzen.

Autorin: Barbara Riegger, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte

Demokratiearbeit in der Polizei Niedersachsen – zwischen strategischer Pflicht und intrinsischer Motivation

Die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“

Ziel der 2019 gestarteten Initiative ist es, freiwillige Demokratiearbeit in der Polizei Niedersachsen zu ermöglichen und strukturell zu verankern.² Dabei haben wir uns von der Idee des agilen Mindsets leiten lassen.³ Aus diesem Grund wurde auch bei der Einführung auf einen regelnden Erlass verzichtet. Bisher ein Novum in der Polizei Niedersachsen.

Zur strukturellen Verankerung der freiwilligen Demokratiearbeit gehören mehrere Aspekte:

- Jede*r kann sich grundsätzlich als Demokratiep*at*in engagieren, egal aus welchem polizeilichen Funktionsbereich sie oder er stammt. Damit wird automatisch eine organisationsweite Verbreitung ermöglicht.
- Um eine gewisse Durchdringungstiefe zu erreichen, wurde mit mindestens zwei Personen (Tandem) pro Polizeieinspektion (oder ähnlicher Organisationsgrößen) gerechnet. Aktuell liegt dieser Wert etwa bei 2,5 Personen.
- Relativ schnell haben sich um die aktiven Demokratiep*at*innen Kreise von Unterstützer*innen gebildet.
- Auf Behördenebene entwickelten sich darüber hinaus Koordinierungsfunktionen, um die freiwillige Demokratiearbeit über die Inspektionsebene hinaus zu organisieren.

Demokratiearbeit – kein neues Aufgabenfeld für die Polizei

Demokratiearbeit ist ein noch ungewohnter Begriff im Aufgabenspektrum der polizeilichen Tätigkeiten. Im zivilgesellschaftlichen Umfeld ist dieser Begriff jedoch seit Langem gängig und auch die Bundesregierung spricht in ihrer Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung von Demokratiearbeit im Zusammenhang mit politischer Bildung und interkulturellem Lernen.⁴

In seiner Keynote zum Kongress Demokratiestarke Polizei hat Andreas Voßkuhle, der amtierende Vorsitzende des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, deutlich betont, dass die Polizei wie keine andere staatliche Institution in der öffentlichen Wahrnehmung mit staatlichem Handeln gleichgesetzt wird.⁵ Das bedeutet, dass Polizeiarbeit immer auch gelebte Demokratiearbeit ist.

Ein Blick auf Umfragewerte zum Institutionsvertrauen in Deutschland zeigt, dass diese alltägliche Demokratiearbeit erfolgreich war und ist.⁶ In einer Größenordnung von etwa 70 % bewegen sich die Zustimmung- bzw. Vertrauenswerte. Für Deutschland erscheinen diese Werte normal zu sein. Doch zeigt sowohl unsere historische Entwicklung als auch der Vergleich mit anderen Ländern – selbst innerhalb der EU –, dass dieser Zustand alles andere als selbstverständlich ist.

² Siehe als Grundlagenpapier: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/Demokratiearbeit_Polizei_Niedersachsen_2022.pdf; Zugriff: 26.02.2024.

³ Siehe bspw.: <https://www.it-agile.de/agiles-wissen/agile-arbeit/was-ist-ein-agiles-mindset/>; Zugriff: 26.02.2024.

⁴ <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratieforderung-data.pdf>; Zugriff: 26.02.2024.

⁵ Siehe Beitrag in diesem Band S. 81 ff.

⁶ Siehe u. a.: <https://www.politik-kommunikation.de/politik/welchen-institutionen-die-deutschen-vertrauen/>; Zugriff 26.02.2024.

Vertrauen als Basis von allem

In einer funktionierenden Demokratie ist ein hohes Maß an Vertrauen, das sowohl die Bevölkerung der Polizei entgegenbringt, als auch die Polizei den Menschen gegenüber grundsätzlich haben darf, das Amalgam, das beide zusammenhält. Ist dies nicht der Fall und würde jedem polizeilichen Einschreiten von vornherein mit Skepsis, Ablehnung oder gar Widerstand begegnet, dann wäre das nicht nur das Ende einer bürger*innenorientierten Polizeiarbeit. Ein solch ausgeprägtes Staatsmisstrauen wäre wohl auch das Ende der freiheitlichen Demokratie überhaupt.

Die Polizei will und muss in Deutschland eine Vertrauensinstanz sein. Andere Vorstellungen in der Vergangenheit waren Irrwege. In den 1990er-Jahren machte der Begriff des Dienstleisters für öffentliche Sicherheit die Runde.⁷ Doch die Polizei ist kein Dienstleister, den man beliebig wechseln kann. Bei einem Dienstleister geht es um Zuverlässigkeit und nicht um Vertrauen. Vertrauen ist vor allem eine emotionale Bindung. Und da hat jeder Umstand, der dieses Vertrauensverhältnis gefährdet, das Potenzial zu einer ernsthaften Beziehungsstörung. Die seit Jahren feststellbare Polizeikritik, die sich auf die Felder Demokratiefestigkeit der Menschen in der Polizei, rassistisch motiviertes Handeln und überzogene oder illegitime Polizeigewalt bezieht, wirkt sich natürlich negativ auf dieses Vertrauensverhältnis aus. Um es aber deutlich zu sagen: Es geht nicht um die Kritik als solche, sondern darum, dass sie sich immer wieder auf tatsächlich nachweisbare Fälle beziehen kann. So hat auch die MEGAVO-Studie in ihrem Zwischenbericht nachgewiesen, dass es Menschen in der Polizei gibt, deren Weltbild konsistent menschen- und demokratiefeindlich ist und dass es sich dabei nicht nur um Einzelfälle handelt.⁸

Um Vertrauen in der Bevölkerung zu erhalten und zu gewinnen, gilt es deshalb, mindestens drei Aspekte zu berücksichtigen:

- Erstens muss gegen Polizeiangehörige, die sich nachweislich nicht mehr auf dem Boden der Verfassung bewegen, konsequent vorgegangen werden.
- Zweitens benötigt die Polizei wissenschaftlich fundierte Anregungen, um sich in einer sich stetig verändernden Gesellschaft angepasst weiterentwickeln zu können.
- Und drittens braucht es Menschen in der Polizei, die nicht nur aus Überzeugung hinter den Grundwerten der freiheitlichen Demokratie stehen, sondern auch bereit sind, sich für diese aktiv und sichtbar zu engagieren.

Das Prinzip der positiven Verstärkung

Der dritte Aspekt steht für uns im Fokus unserer Initiative. Die Grundlage, um aktiv Demokratiearbeit innerhalb der Polizei leisten zu können, ist die Auseinandersetzung mit dem eigenen demokratischen Selbstverständnis. Das ist etwas anderes als eine Leitbilddiskussion. Hier können sehr individuelle Aspekte eine Rolle spielen, und die persönliche Gewichtung muss auch nicht gleich sein. Zur Anregung möchte ich an dieser Stelle nur einige inhaltliche Aspekte anreißen:

- die Bindung an Recht und Gesetz – der Diensteid
- die Anerkennung des Primats der Politik (was nicht gleichbedeutend mit Parteipolitik ist)
- die Auseinandersetzung mit den Bedingungen der Polizei als gesellschaftlicher Vertrauensinstanz
- die Entwicklung eines historischen Bewusstseins – Erinnerungsarbeit und das Erkennen von demokratischen Entwicklungslinien und Ankerpunkten

⁷ Siehe u. a.: Hans-Joachim Heuer u. a. Hrsg.: Von der Polizei der Obrigkeit zum Dienstleister für öffentliche Sicherheit, Hilden 2003.

⁸ <https://www.polizeistudie.de/wp-content/uploads/projekt-megavo-zwischenbericht-2023-04-04.pdf>; speziell zur Aussage: Fazit, S. 72; Zugriff: 26.02.2024.

- der Schutz von Freiheitsrechten als Auftrag (Brokdorf-Entscheid des BVerfG 1985)
- demokratische Strukturen erhalten und verstärken (Mitbestimmung, gewerkschaftliches Engagement und andere Formen der Beteiligung)
- Bildungsauftrag zu selbstverantwortlichem Handeln
- Diversität als verinnerlichtes Organisationsmerkmal

Damit Menschen in der Polizei ihr demokratisches Selbstverständnis dann auch leben und erfahren können, bedarf es in einer hierarchisch organisierten Großorganisation eines Grundauftrages.

Hierzu wurde das Ziel der Demokratiestärkung der Polizeiangehörigen in Niedersachsen erstmals in die Landesstrategie der Polizei von 2020 bis 2027 aufgenommen. Wörtlich heißt es dort: „Wir bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.“⁹

Mit der Aufnahme von Demokratiestärkung in den Kanon der strategischen Ziele der Polizei wird Demokratietarbeit zur verpflichtenden Aufgabe für alle Führungskräfte. Dieser Prozess muss mit Maßnahmen vorangetrieben werden und ist mit Berichtspflichten unterlegt. Der so geschaffene strategische Rahmen bildet den notwendigen fördernden Überbau für die freiwillige Demokratietarbeit in der Polizei in Niedersachsen.

Zwischen formeller und informeller Polizeikultur

Bei der Strategie (oder einem Leitbild) handelt es sich immer um den Ausdruck einer Organisationskultur im Sollzustand. Der Umsetzungs- oder Annäherungsprozess ist Führungsaufgabe in Top-down-Manier. Diese offizielle oder förmliche Organisationskultur trifft in der Realität der Umsetzung auf die informelle Polizist*innenkultur (auch Cop-Culture genannt).¹⁰ Diese ist stark von Routinen durchdrungen, maskulin geprägt und neigt zum Verharren in eingeübten Verhaltensweisen. Der Gegensatz zwischen förmlicher Polizeikultur und informeller Polizist*innenkultur wird sich zwar nie völlig auflösen lassen, doch gilt es, ihn im Falle der Demokratiefestigkeit möglichst gering zu halten.

Schon der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zum Terror des NSU hat auf die Rolle der Subkultur in der Polizei als entscheidenden Faktor zur demokratischen Verhaltensänderung hingewiesen.¹¹ Um aber auf diese informelle Polizeikultur Einfluss nehmen zu können, bedarf es der Beachtung des wichtigsten demokratiegeschichtlichen Lehrsatzes – des Diktums von Ernst-Wolfgang Böckenförde.¹² In seiner Kernaussage geht es darum, dass die positive Einstellung und Haltung von Menschen zur freiheitlichen Demokratie nicht erzwungen werden kann. Da der freiheitliche Staat aber auf diese Zustimmung angewiesen ist, muss er ein Klima schaffen, das eine positive Einstellung zur freiheitlichen Demokratie fördert. Diese Bedingung muss für staatliche Großorganisationen wie die Polizei ebenfalls gelten, wenn sie sich am Demokratisierungsprozess aktiv beteiligen wollen. Demnach muss es darum gehen, Menschen in der Polizei zu fördern, die freiwillig bereit sind, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie mit Leben zu füllen.

⁹ Siehe u. a.: https://www.pa.polizei-nds.de/polizeigeschichte/polizeischutz_fuer_die_demokratie/; Zugriff: 26.02.2024.

¹⁰ Siehe dazu auch das Essay von Rafael Behr: <https://akademie-der-polizei.hamburg.de/resource/blob/490198/170aaf1bd797b1e28b4ed9372de4b1e9/maskulinitaet-polizei-do-data.pdf>; Zugriff: 26.02.2024.

¹¹ <https://dserver.bundestag.de/btd/17/146/1714600.pdf>; S. 826; Zugriff: 26.02.2024.

¹² Siehe u. a.: <https://verfassungsblog.de/das-boeckenfoerde-diktum/>; Zugriff: 25.02.2024.

Ebenfalls weist der Untersuchungsbericht des Bundestages zum NSU-Terror auf eine besondere Personengruppe hin, die prägenden Einfluss auf die informelle Dienststellenkultur hat – die der ersten Hierarchieebene.¹³ An diesen Führungskräften mit viel Akzeptanz innerhalb der Kolleg*innengruppe orientieren sich vor allem jüngere Polizeiangehörige. Wir haben in unserer Initiative die Zielgruppe noch auf Personalvertreter*innen erweitert. Diese spezielle Gruppe verfügt allein schon aufgrund ihres demokratischen Mandats über Rückhalt in der Gruppe der Mitarbeitenden. Gelingt es, aus diesen Zielgruppen genügend Menschen zu aktivieren, sich freiwillig für Demokratiearbeit in der Polizei zu engagieren, dann besteht die realistische Chance, die informelle Polizeikultur demokratiestärker zu entwickeln.

Doch wie können diese Menschen für eine Mitwirkung gewonnen werden? Wir haben dafür zwei Wege gewählt: Einmal durch die direkte Ansprache von höheren Führungskräften, die ihren Führungskräftekreis gut kennen. Und dann durch sogenannte Sensibilisierungsveranstaltungen in Form von themenbezogenen Bildungs- und Erfahrungsveranstaltungen. So ist es in Niedersachsen problemlos gelungen, Menschen aus den o. g. Zielgruppen für Demokratiearbeit in der Polizei zu gewinnen. Doch ist die Zugehörigkeit zu den beiden Zielgruppen nicht absolut zu sehen – besonderes Engagement und Wille zur Mitarbeit kann viel kompensieren.

Qualifizierungsprogramm für Demokratiepat*innen mit zivilgesellschaftlicher Unterstützung

Um diese Freiwilligen in ihrem Entschluss zu bestärken, sie kompetenter und handlungsfähiger zu machen, wurde ihnen eine modulare Weiterbildung angeboten. Inhaltlich geht es darum, die persön-

lichen und sozialen Kompetenzen, die methodischen und didaktischen Fähigkeiten und das Fachwissen zu verbessern. Das Bildungsprogramm wurde wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Die Erfolgsevaluation zeigt tatsächlich eine Verbesserung im demokratischen Verständnis und Handeln der Teilnehmenden im Verhältnis zu einer Vergleichsgruppe. Der Abschlussbericht von der Firma proVal liegt mittlerweile vor.¹⁴

Von Beginn an wurde Wert auf die Zusammenarbeit mit einem zivilgesellschaftlichen Partner gelegt. Da die organisatorische Verantwortung für die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratieggeschichte der Polizeiakademie Niedersachsen übertragen wurde, gab es bereits eine gelebte Zusammenarbeit mit dem bundesweit tätigen Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Dieser Verein engagiert sich sowohl im Bereich der Erinnerungsarbeit als auch im Themenfeld der Demokratiestärkung. So wurde die modulare Weiterbildung der Polizei im Zusammenwirken mit dem Verein erarbeitet und wird bis heute gemeinsam durchgeführt.¹⁵

Stärkungsfelder für freiwillige Demokratiearbeit in der Polizei Niedersachsen

- **Stärkungsfeld Raum/Kontakte/Netzwerk:**
Hier geht es darum, die Freiwilligen einander bekannt zu machen, damit sie sich als Gruppe mit ähnlicher Haltung und gleichen Interessen wahrnehmen. Darüber hinaus bietet ein Netzwerk wichtige Informationsaustauschmöglichkeiten.
- **Stärkungsfeld Finanzierung:**
Um aktiv sein zu können, bedarf auch die freiwillige Demokratiearbeit einer finanziellen Grundlage. Im Mittelpunkt stand und steht hier neben

¹³ <https://dserver.bundestag.de/btd/17/146/1714600.pdf>; S. 827; Zugriff: 26.02.2024.

¹⁴ https://lpr.niedersachsen.de/fileadmin/user_upload/redaktion_lpr/Publikationen/Radikalisierungspraevention_Demokratiefoerderung/2023-11-29_proVal_Abschlussbericht_Polizeischutz.pdf; Zugriff: 06.11.2024

¹⁵ Siehe: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/Demokratiearbeit_Polizei_Niedersachsen_2022.pdf; Zugriff: 26.02.2024.

dem klassischen Polizeihaushalt die Drittmittelfinanzierung. So ist es im Jahr 2024 gelungen, dass sich die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ vollständig aus eingeworbenen Drittmitteln finanziert. Eine besondere Bedeutung kommt hier der mehrjährig zugesagten Förderung über die Stiftung Mercator zu, die an einem verstärkten Ausbau der zivilgesellschaftlichen Kooperationen mit der Polizei interessiert ist.

- **Stärkungsfeld Zeit/Möglichkeit:**
Hier handelt es sich um eine klassische Führungsaufgabe. Da die freiwillige Demokratiearbeit im Nebenamt ausgeführt wird, ist es die Aufgabe von Führungskräften, den Aktiven bei der Umsetzung ihrer Vorhaben zur Seite zu stehen. Hier ist Zuspriech und Kreativität gefordert.

Als besondere Auszeichnung für Demokratiearbeit als Bottom-up-Prozess wurde der Polizeihauptpersonalrat Niedersachsen am Jahresende 2023 mit dem Hauptpreis der Personalräte auf Bundesebene ausgezeichnet.¹⁶

Autor: Dr. Dirk Götting, Leiter der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratieggeschichte/Polizeimuseum

Resümee

Mittlerweile haben in Niedersachsen ca. 170 Personen die modulare Qualifizierung durchlaufen. Zusammen mit Unterstützer*innen in ihrem lokalen Umfeld haben sie eine Vielzahl von thematischen Bildungsveranstaltungen sowie Maßnahmen und Projekte mit und ohne zivilgesellschaftliche Beteiligung realisiert. Ein Teil davon konnte 2023 in Form einer Messe den Besucher*innen des Kongresses Netzwerk Demokratiestarke Polizei II in Hannover präsentiert werden. Weitere Beispiele finden sich in dieser Publikation.

Die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ wird aktuell weiterentwickelt und in seinen Grundzügen auch von anderen Bundesländern übernommen. Derzeit gibt es Kooperationen mit Schleswig-Holstein und Thüringen. Am Modell der niedersächsischen Polizei hat sich – nach eigenen Angaben – auch die Polizei von Baden-Württemberg orientiert.

¹⁶ Siehe: https://www.bund-verlag.de/aktuelles~Preistraeger_DPRP2023~.html; Zugriff: 26.02.2024.

Demokratiearbeit als Herausforderung in der Polizei

I. Warum Demokratiearbeit?

Die Förderung und Erhaltung demokratischer Prinzipien ist eine wesentliche Aufgabe der öffentlichen Verwaltung.¹⁷ Angesichts der zunehmenden politischen Polarisierung steht die Polizei insgesamt vor der Herausforderung, demokratische Werte in ihrem täglichen Betrieb und in ihren Beziehungen zu den Bürger*innen zu stärken. Dabei ist kein anderes Berufsbild so nah an den Menschen, an der Judikative und gleichermaßen an der Legislative orientiert wie die Polizeivollzugsbeamtin und der Polizeivollzugsbeamte. Als Exekutivorgan ist die Polizei dabei nicht nur für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verantwortlich, sondern auch für den Schutz der Grundrechte und für die Wahrung der demokratischen Grundordnung.¹⁸

Vor allem aber nehmen die Polizeivollzugsbeamt*innen eine zentrale Rolle im demokratischen Gefüge des Staates ein, die tief in der Geschichte des Berufsbeamtentums verwurzelt ist. Insbesondere im Kaiserreich und während der Weimarer Republik wurden Beamte als loyale Diener des Staates betrachtet, die sich der jeweiligen politischen Ordnung verpflichtet sahen.¹⁹ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 erloschen jedoch alle Beamtenverhältnisse in Deutschland durch alliierte Verfügungen.²⁰ Dies war eine Folge der nationalsozialistischen Vergangenheit, in der das Berufsbeamtentum maßgeblich zur Aufrechterhaltung der totalitären Herrschaft missbraucht worden war.²¹ Das Grundgesetz von 1949 legte daher besonderen Wert auf die Verfassungs-

treue des Beamtentums.²² Art. 33 Abs. 5 GG sichert das Beamtenverhältnis „unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ und stellt sicher, dass Beamt*innen eine demokratieerhaltende Funktion wahrnehmen. Dies bedeutet weiter, dass sie verpflichtet sind, die verfassungsmäßige Ordnung nicht nur zu achten, sondern aktiv zu schützen und zu fördern.²³ Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat mehrfach betont, dass Beamt*innen eine besondere Verantwortung für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung tragen. Dies spiegelt sich in der Verfassungstreuepflicht wider, die Beamt*innen dazu verpflichtet, sich im Dienst wie im Privatleben für die Werte und Normen der demokratischen Ordnung einzusetzen.²⁴ Diese Verpflichtung hebt die besondere Personengruppe über die Rolle eines neutralen Verwaltungsorgans hinaus und macht sie zu einem aktiven Garanten der demokratischen Werteordnung.²⁵ Polizeivollzugsbeamt*innen sind demnach ein integraler Bestandteil der demokratischen Ordnung, deren Loyalität zur Verfassung die Basis für das Vertrauen der Menschen in den Staat bildet. Damit ergibt sich eine doppelte Verantwortung für das Berufsbeamtentum: Es gewährleistet die effiziente und rechtsstaatliche Verwaltung des Staates und sichert gleichzeitig den Erhalt der Demokratie durch eine aktive Verfassungstreue.²⁶ Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass Polizeibeamt*innen u. a. auch ein tiefes Verständnis für die Grundsätze der Demokratie und der Menschenrechte aufweisen. Demokratiearbeit muss somit ein wesentlicher Bestandteil zunächst der polizeilichen Ausbildung sein, um sicherzustellen, dass Polizeibeamt*innen ihre Aufga-

¹⁷ Jarass/Pieroth, GG Kommentar, 15. Auflage, § 33 Rdn.44 ff.

¹⁸ Ebd., Art. 20, Rdn. 51 ff.

¹⁹ Leppek, Beamtenrecht, 12. Auflage, § 2 Rdn. 17–21.

²⁰ Ebd. § 2, Rdn. 21.

²¹ Ebd.

²² Battis, BBG Kommentar, 5. Auflage, § 7 Rdn. 10.

²³ BVerfGE 141, 56 Rdn. 33; 145,1 Rdn. 16 ff.

²⁴ Leppek, Beamtenrecht, 12. Auflage, § 9, Rdn. 77, § 14 Rdn. 167, 168 ff.

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

ben in Übereinstimmung mit den Werten und Normen der demokratischen Gesellschaft erfüllen.

Artikel 1 des Grundgesetzes macht unmissverständlich klar, dass die Würde des Menschen unantastbar und die staatliche Gewalt verpflichtet ist, sie zu achten und zu schützen. Diese Verpflichtung erstreckt sich auch auf die Polizei, die als Teil der Exekutive diesen Schutz sicherstellen soll. Somit muss die Polizei nicht nur die Einhaltung von Gesetzen gewährleisten, sondern auch aktiv zur Verwirklichung der Grundrechte beitragen.²⁷ Artikel 20 des Grundgesetzes konkretisiert weiter, dass die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist. Daraus leitet sich der Auftrag ab, dass alle staatlichen Institutionen, einschließlich der Polizei, aktiv zur Förderung und Erhaltung demokratischer Strukturen und Werte beitragen müssen. Demokratiearbeit innerhalb der Polizei lässt sich somit direkt aus der Verfassung ableiten und stellt einen unverzichtbaren Bestandteil polizeilicher Tätigkeit dar.²⁸

Kurzum: Demokratiearbeit ist kein optionales Extra, sondern ein für die Angehörigen der Polizei originärer Verfassungsauftrag.

Dies wird in der Wunsiedel-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts besonders deutlich. Das Gericht stellte klar, dass die Demokratie nicht nur eine Form der politischen Organisation, sondern eine Werteordnung ist und einen Aktivposten darstellt. Den Staat treffe dabei eine besondere Verantwortung, die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Angriffe zu verteidigen.²⁹ Besonders aber im Hier und Jetzt, wo nämlich der „Feind von gestern militärisch geschlagen, aber geistig in Gestalt einer neuen Generation“³⁰ wieder aufgekeimt ist.

II. Wie kann Demokratiearbeit gelingen?

Obwohl die Förderung der Demokratie als verfassungsrechtliche Verpflichtung klar definiert ist, steht ihre praktische Umsetzung im polizeilichen Alltag oftmals vor Herausforderungen. Eine solche ist die umfassende Integration demokratischer Prinzipien in den Arbeitsalltag einer hierarchisch geprägten Großinstitution wie der Polizei. Die Implementierung einer wahrnehmbaren und nach innen sowie nach außen gerichteten Demokratiearbeit in einer Polizei ist mit komplexen Herausforderungen verbunden, die Anpassungen sowohl auf struktureller als auch auf kultureller Ebene erforderlich machen.³¹ Dieser Prozess bedarf einer strategischen Ausrichtung, um die Demokratiearbeit als zentralen Bestandteil der Organisationskultur zu definieren.³²

Um Demokratiearbeit effektiv und wahrnehmbar in der Organisation zu verankern, ist es darüber hinaus notwendig, diese strukturell zu verankern.³³ Das kann durch die Einrichtung spezialisierter Abteilungen oder durch die Ernennung von Beauftragten für Demokratie und Menschenrechte geschehen. In Niedersachsen wurde bewusst ein etwas anderer Weg gewählt. Es geht darum, eine stärkere Durchdringungstiefe zu erreichen. Deshalb steht die Beteiligung an Demokratiearbeit grundsätzlich allen Angehörigen des Polizeidienstes offen. Etwa zwei bis drei freiwillig als Demokratiepate*innen engagierte Polizeiangehörige pro Polizeiinspektion werden durch die Polizeiakademie im Rahmen der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ für ihre Funktion im Nebenamt qualifiziert. Diese Demokratiepate*innen können sich in ihren Dienstbereichen Unterstützer*innen suchen und sie werden auf Direktions-ebene koordiniert. Diese Strukturen haben sich aus der praktischen Demokratiearbeit ergeben und wurde nicht von der Organisation vorgegeben.

²⁷ Dreier, H. in Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland: „Die Polizei als Garant von Grundrechten“, Band V: Grundrechte, 3. Auflage, 2007, S. 235–278; Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 7. Auflage, B 93, Rdn. 93.

²⁸ BVerfGE 60, 253 ff., BVerfGE 93.

²⁹ BVerfGE 39, 334 (347) —Radikalen-Urteil.

³⁰ Giordano, R., Rede anlässlich der BKA-Herbsttagung „Historienprojekt BKA“, 2011, S.1–7 (4).

³¹ Schreyögg, G., Organisation, 5. Auflage, Kapitel 7.1, S. 403.

³² Buchstein, H., „Demokratische Führung in der Polizei: Herausforderungen und Chancen“, 2015, S. 112 ff.; Parak /Götting, Strukturelle Verankerung von Demokratiearbeit in der Polizei Niedersachsen, 2022, S. 6 ff.

³³ Schreyögg, G., Organisation, 5. Auflage, Kapitel 2.3, S. 55.

Der zweite Aspekt, der für dieses Vorgehen spricht, ist, dass nur so Einfluss auf die informelle Polizeikultur ausgeübt werden kann. Diese informelle Kultur steht nicht selten im Gegensatz zur offiziellen Polizeikultur. Sie äußert sich in offenem oder verdecktem Widerstand von Vorgesetzten und Kolleg*innen. Etwa in der Haltung, dass Demokratiearbeit zwar als wichtig benannt wird, aber es Vorbehalte gibt, wenn es um die Umsetzbarkeit, Bereitstellung sowie Verfügbarkeit von Ressourcen geht.

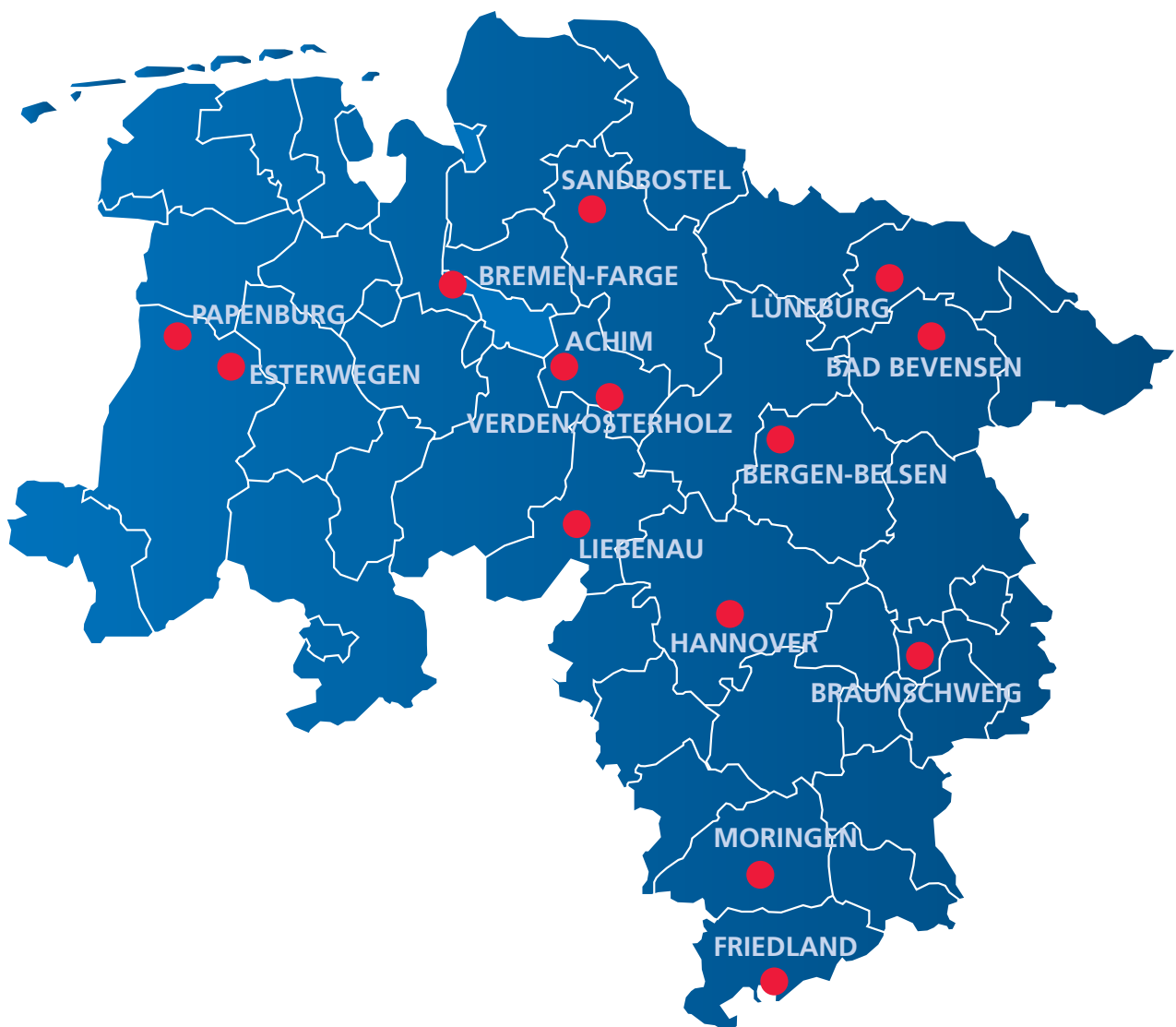
Eine transparente Kommunikation sowie die Einbeziehung aller Mitarbeitenden in den Veränderungsprozess sind daher von essenzieller Bedeutung, um Widerstände zu minimieren und die Unterstützung für die Demokratiearbeit zu maximieren.³⁴ Die Vorstellung, dass einzelne Personen als Beauftragte die Demokratiearbeit in einer Polizeibehörde vorantreiben könnten, erscheint zwar verlockend, weil relativ leicht zu realisieren, ist jedoch in seiner praktischen Wirkung eher begrenzt. So gab es in der Geschichte zweifellos beeindruckende Persönlichkeiten wie Jeanne d'Arc, die durch ihre unerschütterliche Überzeugung und Tatkraft große Veränderungen angestoßen haben. Doch bei der Implementierung von Demokratiearbeit in einer Polizeibehörde wird es keine solche Jeanne d'Arc geben. Vielmehr erfordert diese Aufgabe ein kollektives Engagement, um einen Wandel in der Organisation – um ggf. einen polizeilichen Kulturwandel – zu erreichen. Die Gewinnung des „Subjekts hinter dem Objekt“³⁵ stellt eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen demokratischer Arbeit dar. Demokratiearbeit, die auf breiten Schultern ruht, ist nur so widerstandsfähig gegen Vorbehalte aus der Organisation. Dies erfordert jedoch positiv wirkende Vorbilder auf allen Ebenen, die sich dieser Verantwortung nachhaltig bewusst sind. Die Umsetzung erfordert vor allem den Mut und das Vertrauen in die Mitwirkenden.

Autorin: Aylin Akbulut, Demokratietrainerin

³⁴ Ebd., Kapitel 7.2, S.405.

³⁵ Vgl. Fußnote 17.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE KOOPERATIONEN UND BEGEGNUNGSPROJEKTE



Gedenkstätte Yad Vashem

Das Landespolizeipräsidium Niedersachsen und die Polizeiakademie Niedersachsen unterzeichneten am 6. Mai 2023 eine Kooperationsvereinbarung mit der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Israel. Studierenden wird durch die Kooperation die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen ihres Studiums mit Dozierenden die internationale Gedenkstätte zu besuchen. Auch zukünftige Besuche sollen unter Beteiligung von Demokratiepät*innen der Polizeiakademie Niedersachsen durchgeführt werden.

*[...] beeindruckt,
betroffen,
mitgenommen,
aber auch motiviert.*

Bei der ersten Reise im Mai 2023 zeigten sich 18 Studierende sowie Absolvent*innen beeindruckt, betroffen, mitgenommen, aber auch motiviert. Thematische Schwerpunkte

waren u. a. Antisemitismusprävention, Sensibilisierung in Bezug auf Ausgrenzung, die Betrachtung der Polizei während der Shoah sowie der Umgang damit im Nachkriegsdeutschland.

Die internationale Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, Israel, verfolgt die Aufgabe, bekannte Informationen über die Shoah zu dokumentieren und Forschungen durchzuführen. Mit dem Ziel, das ganze Ausmaß der Shoah zu verdeutlichen, wird im Museum der Gedenkstätte vor allem die Opferperspektive dargestellt. Auf einer Fläche von ca. 18 ha befinden sich mehrere Museen, Denkmäler sowie Schulungs- und Forschungszentren.



Dienststelle: Landespolizeipräsidium Niedersachsen/Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Yad Vashem, Israel
Ansprechpersonen: Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten: polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

Gedenkstätte Esterwegen

Am 4. Oktober 2021 hat Landespolizeipräsident Axel Brockmann gemeinsam mit dem Stiftungsvorstandsvorsitzenden der Gedenkstätte Esterwegen, Landrat Marc-André Burgdorf, einen Kooperationsvertrag geschlossen.

Damit wird die bereits seit Jahren bestehende Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Gedenkstätte weiter intensiviert und zukunftsfähig aufgestellt. Neben einer dauerhaften Sonderausstellung zur Polizei im Nationalsozialismus geht es dabei vor allem um Angebote in der Ausbildung von jungen Polizist*innen, aber auch um die politische Bildungsarbeit für die gesamte Landespolizei.

„Die historische Bewusstseinsbildung in der Polizei mit der erinnerungskulturellen Arbeit der Gedenkstätte zu verbinden, ist ein wichtiger Baustein bei der Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses der Polizeiangehörigen“, so Brockmann. Unterstrichen wurde die Bedeutung dieser Aussage zusätzlich durch die Anwesenheit aller niedersächsischen Polizei-

präsident*innen sowie dem Direktor der Polizei-

akademie Niedersachsen, Carsten Rose. Diese waren im Rahmen einer zweitägigen Sonderbehördenleiter-tagung bereits vorher angereist und beschäftigten sich vor Ort intensiv mit den Möglichkeiten, die ihnen diese neue Kooperation bietet.

Durch die Renovierung eines Anbaus wurden die Kapazitäten der Gedenkstätte Esterwegen deutlich erweitert. Neben ca. 600 qm zusätzlicher Ausstellungsfläche wurden auch neue Seminarräume geschaffen. Nach Abschluss der Umbaumaßnahmen im Sommer 2022 sind diese unter anderem für die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im Nationalsozialismus“ genutzt worden. Die Rolle der Polizei, insbesondere auch ihre Verbindung zu den sogenannten „Emslandlagern“, soll durch die Kooperation zukünftig noch besser erforscht werden. Ein Besuch der Gedenkstätte Esterwegen hat sich inzwischen als ein Anlaufpunkt für eine Vielzahl von Fortbildungsaktivitäten, Tagungen und hochrangiger Führungskräftebesprechungen etabliert. Sie ist u. a. auch regelmäßiger Bestandteil der jährlichen Demokratiewoche der Polizeidirektion Osnabrück.

Die historische Bewusstseinsbildung in der Polizei mit der erinnerungskulturellen Arbeit der Gedenkstätte zu verbinden, ist ein wichtiger Baustein bei der Stärkung des demokratischen Selbstverständnisses der Polizeiangehörigen.



Dienststelle:	Landespolizeipräsidium Niedersachsen/Polizeidirektion Osnabrück
Projektort:	Esterwegen
Ansprechpersonen:	Sachbereich Strategie der PD Osnabrück Gedenkstätte Esterwegen
Erreichbarkeiten:	strategie@pd-os.polizei.niedersachsen.de; info@gedenkstaette-esterwegen.de

Katholische Akademie des Bistums Hildesheim

Leitgedanke der Katholischen Akademie des Bistums Hildesheim ist, durch eine Verbindung von Forschung und Leben, durch Begegnung und Gespräch Antworten auf die Probleme der Zeit zu finden.

Als Erwachsenenbildungsstätte mit theologischen, aber auch philosophischen Schwerpunkten bietet die katholische Akademie nicht nur politische Bildung und Fortbildungen zu Berufskompetenz und Ehrenamt, sondern trägt beispielsweise mit der Neueinrichtung des Bereiches Flucht/Migration auch aktuellen gesellschaftlichen Themen Rechnung.

Es werden außerdem verstärkt interdisziplinäre Themen gesetzt und hochkarätige Podiumsgespräche zu Kirche, Demokratie, Glauben und Gesellschaft durchgeführt sowie in der Kooperation mit Demokratiepat*innen verschiedener Polizeibehörden berufsgruppenspezifische Angebote entwickelt.

Im Spätsommer 2023 fand als Auftakt das erste Seminar der Katholischen Akademie des Bistums Hildesheim in Hannover mit Demokratiepat*innen aus den drei hannoverschen Polizeibehörden LKA, ZPD NI und PD Hannover sowie der PD Göttingen statt. Schon früh war in gemeinsamen Vorgesprächen hierzu die Idee eines behördenübergreifenden Angebotes entstanden und dieses erstmalig in dieser Form umgesetzt. Geleitet wurde das Tagesseminar mit etwa 20 Teilnehmenden zum Thema „Rassismus und Diskriminierung“ von Modou Diedhiou, dem Vorsitzenden des Vereins Schwarze Schafe e.V.

Weitere gemeinsame Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen sind bereits konkret geplant: Für das Seminarangebot „Handlungsspielräume von

Grenzern der DDR – Grenzpolizisten und -soldaten zwischen Zwang, Überwachung und Mitmachen“ im Juni 2024 standen den genannten Behörden Plätze im SEMIRO als dezentrale Fortbildung zur Verfügung. Das Seminar, das durch den Referenten Dr. Gerhard Sälter von der Stiftung Berliner Mauer begleitet wurde, beschäftigte sich mit grundlegenden Verantwortlichkeiten der wehrpflichtigen Grenzsoldaten an den befestigten Außengrenzen der DDR nach Westen.

Thematisch geplant ist in diesem Zusammenhang perspektivisch auch eine Exkursion zur Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn in Sachsen-Anhalt.

Die Auftaktveranstaltung zu einer insgesamt dreiteiligen Fachtagung mit dem Thema „Rassismus und Antisemitismus“ fand im November 2024 in Hannover statt. Die Veranstaltung im Tagungshaus der katholischen Akademie wurde von etwa 80 Teilnehmenden aus den Polizeibehörden besucht. Zwei weitere Fachtagungen in diesem Format, dann unter anderem zu den Themen Queerfeindlichkeit und Homophobie, folgen in den Jahren 2025 und 2026.



Dienststelle: Landeskriminalamt Niedersachsen

Projektort: Hannover

Ansprechpersonen: Uta Dröschel (LKA Niedersachsen)

Margit Pfeifer, Referentin Politische Bildung

Dr. Annette Schmidt-Klügmann, Katholische Akademie des Bistums Hildesheim

Erreichbarkeiten: poststelle@lka.polizei.niedersachsen.de

pfeifer@kath-akademie-hannover.de; www.kath-akademie-hannover.de

ZeitZentrum Zivilcourage Hannover

Das ZeitZentrum Zivilcourage ist ein interaktiver Ort zur hannoverschen Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus und offener Diskussionsraum für Zivilcourage. Im Rahmen seiner pädagogischen Arbeit werden Workshops mit verschiedenen Themenschwerpunkten durchgeführt. Im Vordergrund stehen dialogische und interaktive Formate in Kleingruppen, die zum Nachdenken und Mitmachen anregen.

Der außerschulische Lernort ZeitZentrum Zivilcourage der Landeshauptstadt Hannover eröffnete am 12. März 2021 in zentraler Lage gegenüber dem Neuen Rathaus im Gebäudekomplex Rathauskontor und steht seither Schüler*innen sowie anderen Interessierten und Gruppen offen.

Das ZeitZentrum vermittelt die Geschichte der hannoverschen Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus. Thematisiert werden Verfolgung, aber auch Wider-

*„Mitmachen oder
Widerstehen?“,
„Bleiben oder gehen?“*

stand, Zuschauer- und Täterschaft. Unter den Leitfragen „Mitmachen oder Widerstehen“ und „Bleiben oder gehen?“ regt das Zentrum Besu-

cher*innen dazu an, sich kritisch mit den Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Menschen in der Vergangenheit auseinanderzusetzen und über ein demokratisches Zusammenleben in Gegenwart und Zukunft zu reflektieren.

Bereits mehrfach hatten Mitarbeitende des Landeskriminalamts Niedersachsen auf Initiative der Demokratiepat*innen des LKA die Möglichkeit, an verschiedenen Workshops u. a. zur historisch-politischen Bildung im ZeitZentrum Zivilcourage teilzunehmen.

Um dieses Angebot nachhaltig zu verankern und zukünftig auch um gemeinsame Veranstaltungen zu erweitern, lag die Idee einer Kooperation auf der Hand.

Die Vereinbarung wurde am 2. November 2023 feierlich durch den Leiter des Zeitzentrums Zivilcourage, Dr. Jens Binner, und den Präsidenten des LKA, Friedo de Vries, unterzeichnet.



Dienststelle:	Landeskriminalamt Niedersachsen
Projektort:	Hannover
Ansprechpersonen:	Imme Hildebrandt (LKA Niedersachsen) ZeitZentrum Zivilcourage Hannover Dr. Marian Spode-Lebenheim
Erreichbarkeiten:	poststelle@lka.polizei.niedersachsen.de www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/ ZeitZentrum-Zivilcourage erinnerungskultur@hannover-stadt.de

Haus der Kulturen Braunschweig

Beziehungen zwischen der Polizei und der zugewanderten Zivilgesellschaft sind nicht immer harmonisch – sie sind auch von Vorbehalten, manchmal von Missverständnissen, Vorurteilen und negativen Erfahrungen geprägt. Um das Miteinander weiter zu verbessern, haben das Haus der Kulturen Braunschweig e. V. (HdK) und die Polizeidirektion Braunschweig im Herbst 2022 die Initiative ergriffen und das Projekt „Dialog zwischen der Polizei und der zugewanderten Zivilgesellschaft“ ins Leben gerufen.

Ziel ist es, im Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Polizeibeschäftigten einen gegenseitigen Perspektivwechsel zu fördern, Rollen zu klären und den Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen. So soll Transparenz hergestellt und Vorurteilen entgegengewirkt werden.

Ziel ist es, im Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Polizeibeschäftigten einen gegenseitigen Perspektivwechsel zu fördern, Rollen zu klären und den Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen. So soll Transparenz hergestellt und Vorurteilen entgegengewirkt werden.

In vier gemeinsamen Workshop-Abenden haben Polizist*innen tiefe Einblicke in die Organisationskultur, fachliche Hintergründe und persönliche Eindrücke gegeben. Gleichzeitig öffneten sich Angehörige der migrantischen Zivilgesellschaft für einen Dialog mit der Polizei und berichteten von eigenem Erleben, Erfahrungen und Berührungspunkten.

Das Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung der Pilotveranstaltung at-

testiert dem Projekt eine positive Wirkung und empfiehlt die Fortführung und Verstetigung. Zwischenzeitlich haben bereits fünf Durchläufe stattgefunden. Um diesen Dialog und die Zusammenarbeit für die kommenden Jahre zu stärken und zu festigen, wurde am 28. März 2023, im Rahmen der internationalen Wochen gegen Rassismus, ein Kooperationsvertrag zwischen der Polizeidirektion Braunschweig, vertreten durch den Polizeipräsidenten Michael Pientka, und dem Haus der Kulturen Braunschweig e. V., vertreten durch den ersten Vorsitzenden, Adama Logosu-Teko, geschlossen.

Der Vereinbarung enthält unter anderem die Erstellung eines gemeinsamen Aktionsplanes. Des Weiteren wurde sich darauf verständigt, in regelmäßigen Bilanzgesprächen die Zusammenarbeit und die weitere Entwicklung in den Blick zu nehmen, um in dem gemeinsamen Anliegen kontinuierlich zu Verbesserungen zu kommen.



Dienststelle: Polizeidirektion Braunschweig
Projektort: Braunschweig
Ansprechpersonen: Anke Mareile Müller (PD Braunschweig)
Haus der Kulturen Braunschweig e. V.
Erreichbarkeiten: poststelle@pd-bs.polizei.niedersachsen.de
info@hdk-bs.de; www.hdk-bs.de/

Landesaufnahmebehörde Braunschweig

Am 9. August 2023 unterzeichneten der Präsident der Polizeidirektion Braunschweig, Michael Pientka, und der Präsident der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, Klaus Dierker, eine Kooperationsvereinbarung, die das Ziel verfolgt, die bereits bestehende gute Zusammenarbeit zwischen der Polizeidirektion Braunschweig und der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig weiter zu festigen und auszubauen.

Neben 40 geladenen Gästen, die in einen regen Austausch traten, wurde die niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, begrüßt, die im Rahmen ihrer Sommerreise dieser kleinen Feierstunde beiwohnte.

In ihrem Grußwort fand die Ministerin lobende Worte: „Als Gesellschaft stehen wir gemeinsam vor großen Herausforderungen, auch im Bereich der inneren Sicherheit und im Bereich der Migration und Integration. Konkurrenzdenken und Zuständigkeits-

*Konkurrenzdenken
und Zuständigkeits-
gerangel sind [...] nicht zielführend.*

gerangel sind bei der Bewältigung dieser Aufgaben nicht zielführend. Deshalb freue ich mich sehr, dass hier heute eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet

wird, die sich sehen lassen kann: Die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen und die Polizeidirektion Braunschweig wollen und werden in Zukunft noch enger zusammenrücken. Neben der Stärkung der Zusammenarbeit über den Einsatzalltag hinaus und der Stabilisierung des Vertrauensverhältnisses der Menschen in staatliche Institutionen geht es auch um die Verteidigung unserer demokratischen Werte gegenüber demokratiefeindlichen Tendenzen.“

Für die Polizeidirektion Braunschweig ist die Kooperation aus mehreren Perspektiven gewinnbringend. Zum einen bietet sich die Gelegenheit, die Landesaufnahmebehörde nicht nur aus Anlass von Konflikten aufzusuchen, sondern auch zu erleben, wie tagtäglich schutzsuchende Menschen Zuflucht finden und dankbar ihre ersten Schritte in eine für sie neue Gesellschaft gehen. Auch die Motive für Flucht und Migration werden erlebbar und nachvollziehbar. Zum anderen können die Schutzsuchenden bereits im Ankunftszenrum die deutsche Polizei – also eine Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat – kennenlernen und ein positives Bild für ihren weiteren Weg gewinnen. Zusätzlich kann von einem engen Austausch und der Teilhabe an den jeweiligen Qualifizierungs- und Personalentwicklungsangeboten profitiert werden.

Ein Baustein der Kooperationsvereinbarung ist das Angebot des Verkehrspräventionsteams der Polizeiinspektion Braunschweig, das diese gemeinsam mit der örtlichen Verkehrswacht initiiert hat. Hier erlernen die Kinder und Jugendlichen auf spielerische Art und Weise Verkehrsregeln und kommen mit Polizistinnen und Polizisten in Kontakt. Ganz nebenbei erleben die Kinder die Polizei als Freund und Helfer.



Dienststelle:	Polizeidirektion Braunschweig
Projektort:	Braunschweig
Ansprechpersonen:	Anke Mareile Müller (PD Braunschweig) Hannah Hintze (Landesaufnahmebehörde Niedersachsen)
Erreichbarkeiten:	poststelle@pd-bs.polizei.niedersachsen.de poststelle-bs@lab.niedersachsen.de

KZ-Gedenkstätte Moringen

Am 15. Februar 2024 wurde durch den Leiter der KZ-Gedenkstätte, Stefan Wilbricht, und die Inspektionsleiterin der Polizei Northeim, Maren Jäschke, ein Kooperationsvertrag unterschrieben.

Über die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ und die hier auch auf Ebene der PI Northeim implementierten Demokratiepat*innen entstand im Jahr 2021 der Kontakt zur Gedenkstätte Moringen. Die Zusammenarbeit ist zwischenzeitlich stetig angewachsen. Beide Parteien haben sich nun entschieden, ihre zukünftige Zusammenarbeit unter das Dach eines Kooperationsvertrages zu stellen.

Seit Dezember 2022 wurden seitens der Polizei regelmäßige Seminarangebote mit dem Titel „Zwischen Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur – Workshop über das polizeiliche Handeln in der Frühzeit der NS-Diktatur“ wahrgenommen. Konzipiert und durchgeführt wurden diese von Mattis Binner, Historiker und erster Vorsitzender des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte. Zudem war die KZ-Gedenkstätte bei einer Führungskräfte-tagung der PI Northeim mit einem Workshop vertreten. Dort galt es, polizeiliche Maßnahmen anhand eines konkreten Beispiels zweier entflohener Zwangsarbeiter Ende 1944 zu reflektieren.

Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten.

Polizeidirektorin Jäschke stellte die Bedeutung der KZ-Gedenkstätte Moringen und die damit einhergehende historische Verantwortung der Polizei heraus: „Nur wer die Vergangenheit kennt,

kann die Zukunft gestalten“, sagte Jäschke und betonte damit die Bedeutung des Programms „Polizeischutz für die Demokratie“. Alle Anwesenden waren sich einig, dass der Kooperationsvertrag in Zeiten aufkommender demokratiefeindlicher Tendenzen ein bedeutsames Zeichen ist. Deshalb ist eine weitere intensive Zusammenarbeit wichtig, um auch das Demokratieverständnis der Mitarbeitenden der Polizeiinspektion weiter zu stärken.

Mit dem Kooperationsvertrag zeigt die Polizeiinspektion Northeim, dass sie sich ihrer Verantwortung für die Sicherheit der Demokratie bewusst ist und sich dafür einsetzt. Kann Geschichte sich wiederholen und wenn ja, wie kann das verhindert werden? Genau darum dreht sich das Polizeiprojekt in der KZ-Gedenkstätte Moringen. „Wir wollen aus der konkreten Ortsgeschichte heraus lernen, warum Zivilcourage, Menschlichkeit und demokratisches Selbstverständnis fundamentale Werte der Polizeiarbeit sein müssen“, sagt Mattis Binner über das Projekt.



Dienststelle:	Polizeidirektion Göttingen – Polizeiinspektion Northeim
Projektort:	Moringen
Ansprechpersonen:	Cornelia Klausch (PK Uslar) und Anne-Christin Peters (PI Northeim) Stefan Wilbricht (Gedenkstätte Moringen)
Erreichbarkeiten:	poststelle@pi-northeim.polizei.niedersachsen.de info@gedenkstaette-moringen.de

Museum Friedland

Am 28. Oktober 2022 wurde im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung, zu der sich knapp 40 geladene Gäste aus Politik, Wissenschaft und Polizei versammelten, ein Kooperationsvertrag zwischen der Polizeidirektion Göttingen und dem Museum Friedland unterzeichnet.

Vorangetrieben wurde die Kooperation durch das landesweite Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ mit dem Hintergrund, die zentralen Themen des Museums Friedland in die Aus- und Fortbildung der Polizeikräfte einzubeziehen und so einen Schwerpunkt zum Thema „Polizei und Migration“ zu setzen.

Neben Grußworten unter anderem von Landespolizeipräsident Axel Brockmann berichtete Monzer Alzakrit, Mitarbeiter des Museums, auch über persönliche Erfahrungen im Grenzdurchgangslager.

Mit dem Museum Friedland wurde für die Kooperation eine Einrichtung gewählt, die nicht nur historisch bedeutsam ist, sondern auch heute noch eine zentrale Rolle in der Aufnahme von Migrant*innen in Deutschland spielt. „An keinem anderen Ort lässt sich mehr Verständnis für Flucht und Migration schaffen als hier in Friedland. Deswegen war es uns eine Herzensangelegenheit, diese Kooperation auf den Weg zu bringen“, sagte Gwendolin von der Osten, damalige Polizeipräsidentin der PD Göttingen, in ihrer Begrüßungsrede.

Schulungen, Veranstaltungen und vor allem der regelmäßige Austausch über die wissenschaftliche Arbeit des Museums und die polizeiliche Praxis sollen von nun an Grundlage für eine erfolgreiche Bearbeitung des Themas sein.

Landespolizeipräsident Axel Brockmann stellte fest: „Die Kooperation der Polizeidirektion Göttingen mit dem Museum Friedland ist aus meiner Sicht für beide Seiten gewinnbringend – am meisten aber für uns als Gesellschaft.“ Im Museum werde beispielhaft aufgearbeitet, welche Bedeutung Migration für Deutschland und für Niedersachsen hatte und noch immer hat, betonte der Landespolizeipräsident. Und umgekehrt: Welche wichtige Rolle eine demokratische Gesellschaft für die Migrant*innen einnimmt, so Axel Brockmann weiter. „Auch und gerade für die niedersächsische Polizei hat unsere Demokratie einen hohen Stellenwert“, unterstrich er. Der Landespolizeipräsident hob hervor, dass auch das demokratische Selbstverständnis der Polizei immer wieder diskutiert, weiterentwickelt und belebt werden sollte. Vor diesem Hintergrund ist das Museum Friedland ein ausgezeichnete Kooperationspartner für die Fortbildungsbelange der Polizeidirektion Göttingen.

Auch und gerade für die niedersächsische Polizei hat unsere Demokratie einen hohen Stellenwert.



Dienststelle: Polizeidirektion Göttingen
Projektort: Friedland
Ansprechpersonen: Jennifer Uhl (PD Göttingen)
Angela Steinhardt (Museum Friedland)
Erreichbarkeiten: poststelle@pd-göttingen.niedersachsen.de
info@museum-friedland.de

[Die Zusammenarbeit und einzelne Veranstaltungen werden durch die Stiftung Mercator unterstützt.]

„Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg

Die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg wurde am 20. Juli 2022 als „Lernort für Demokratiebildung“ ausgezeichnet. Bereits im September 2021 hielt Dr. Carola Rudnick, wissenschaftliche und pädagogische Leitung der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, im Rahmen der Wanderausstellung „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“ einen mitreißenden Fachvortrag im Museum Lüneburg.

Im Juni 2023 konnte der Demokratiepate Mathias Fossenberger an einer Fortbildung der Gedenkstätte teilnehmen. Bei diesem Angebot ging es um das Thema „Entscheiden“. Die Teilnehmenden hatten in sogenannten Dilemma-Situationen existenzielle Entscheidungen zu treffen.

In weiteren Gesprächen bestand der Wunsch nach einer vertiefenden Zusammenarbeit.

Im November 2024, im Rahmen einer Lüneburger Woche der Demokratie, konnte eine Gruppe von bis zu 25 Mitarbeiter*innen der Polizei Lüneburg die Möglichkeit der Teilnahme bei einer Fortbildung nutzen.

Für das Jahr 2025 ist eine weitere gemeinsame Fortbildung geplant.

Mittelfristiges Ziel ist eine Kooperation beider Institutionen.



Dienststelle:	PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
Projektort:	Lüneburg
Ansprechperson:	Mathias Fossenberger
Erreichbarkeiten:	poststelle@pi-lg.polizei.niedersachsen.de

Gedenkstätte Bergen-Belsen

In der heutigen Zeit „schliddert“ unsere Gesellschaft innerhalb kürzester Zeit von einer Krise in die nächste und wird dadurch anfälliger für demokratiegefährdende Einflüsse.

Es sind instrumentalisierte Tabubrüche in Politik und Gesellschaft durch einen rauen Umgangston im

[...] instrumentalisierte Tabubrüche in Politik und Gesellschaft [...]

menschlichen Miteinander und der scheinbare Verlust, sich mit politischen Diskursen inhaltlich auseinanderzusetzen, festzustellen.

Umso wichtiger ist es, dass das Thema bei der Polizei im Rahmen der Strategie 2027 präsent gemacht wird, um innerhalb der Organisation über demokratiegefährdende Einflüsse zu sprechen, zu diskutieren, dafür zu sensibilisieren und zum Nachdenken anzuregen.

Dabei wurde der Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen als erstes Projekt in der PD Lüneburg initiiert. Hierzu werden alle Neuzugänge und mittlerweile auch weitere interessierte Kolleg*innen der PD Lüneburg zu diesem Fortbildungstag entsandt. Die Gruppe wird immer von zwei Demokratiepat*innen begleitet.

Das Programm in der Gedenkstätte umfasst einen zeitlichen Rahmen von acht Stunden, in denen vor Ort zwei Gruppen von ca. 15 Personen gemeinsam arbeiten. Es werden zum Einstieg die Erwartungen der Teilnehmenden und die Frage nach der Relevanz für jeden Einzelnen und die Institution Polizei geklärt. Anschließend erfolgt ein kurzer Einstiegsvortrag zur Rolle der Polizei im Nationalsozialismus.

In eigenständigen Arbeitsgruppen wird dann der thematische Schwerpunkt „Deportationen“ aufgearbeitet. Unter Zuhilfenahme von zur Verfügung gestellten Zeitdokumenten erfolgt dabei eine Auswertung über die Fundstellen, die anschließend in der Gesamtgruppe vorgestellt und diskutiert wird. Nach einer Führung über das Außengelände unter Hervorhebung polizeispezifischer Aspekte und dem Besuch der Dauerausstellung wird das organisierte perfide Leid der verfolgten Menschen deutlich vor Augen geführt.

Am Nachmittag folgt ein Modul zu Ausgrenzung als gesellschaftliches Phänomen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Rassismus – Antisemitismus – Antiziganismus).

Zum Abschluss besteht dann noch Zeit und Raum, um offengebliebene Fragen zu klären.

Die Feedbacks zu dieser Fortbildungsreihe sind überwiegend positiv – trotz eines intensiven, langen Tages sind es immer auch nachwirkende Eindrücke.



Dienststelle:	Polizeidirektion Lüneburg
Projektort:	Gedenkstätte Bergen-Belsen
Ansprechperson:	Achim Tatge
Erreichbarkeiten:	auf@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Stiftung Lager Sandbostel

Die Polizeidirektion Lüneburg unterzeichnete am 22. Mai 2023 eine Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Lager Sandbostel. Das Lager Sandbostel war von 1939 bis 1945 ein Kriegsgefangenenlager, das zudem als KZ-Auffanglager genutzt wurde und in dem Tausende Kriegsgefangene den Tod fanden.

Im Rahmen der Vereinbarung werden die Angehörigen der PD Lüneburg zukünftig spezielle historisch-pädagogische Aus- und Fortbildungen vor Ort erhalten. So wurde ein Workshop eigens für Polizeibeamt*innen entwickelt. Regelmäßige Führungen durch das Lager sind vereinbart und Polizeibeamt*innen werden hinsichtlich der Rolle der Polizei im NS-Staat sensibilisiert.

Darüber hinaus sollen gemeinsame Veranstaltungen und Forschungsprojekte entwickelt und durchgeführt werden. Die Gedenkstätte ist ein Symbol für das kollektive Gedächtnis und ein bedeutender Teil der Erinnerungs- und Gedenkkultur Niedersachsens. Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung hielt u. a. Innenministerin Daniela Behrens eine Rede, dem ein Vortrag des Zeitzeugen Ivar Buterfas-Frankenthal folgte.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das Angebot auf eine breite Resonanz stößt. So sind Besuche des Lagers Sandbostel inzwischen in vielen Dienststellen fester Bestandteil von Fortbildungs- und Exkursionsangeboten.



Dienststelle: Polizeidirektion Lüneburg
Projektort: Sandbostel
Ansprechpersonen: Michael Butt (PK Zeven)
Gedenkstätte Lager Sandbostel
Erreichbarkeiten: poststelle@pi-row.polizei.niedersachsen.de
info@stiftung-lager-sandbostel.de

[Die Kooperation bzw. einzelne zugehörige Veranstaltungen werden durch die Stiftung Mercator unterstützt.]

Begegnungsprojekt der Polizeiinspektion Verden/Osterholz

Neue Begegnungen mit interkulturellem Lernen und gegenseitigem Verstehen zu verknüpfen, steht bei dem nun gestarteten „Begegnungsprojekt“ der Polizeiinspektion Verden/Osterholz im Mittelpunkt. Als Basis dient das behördenübergreifende Seminar „Kulturelle Vielfalt – Unterschiede erkennen, Gemeinsamkeiten nutzen“, das schon lange ein fester Baustein der Fortbildung ist.

Die Basisüberlegung zu dem Begegnungsprojekt steckt schon im Namen: Ein Erfahrungsaustausch zwischen Polizeibeamt*innen und Menschen eines zuvor definierten Bevölkerungskreises. Für das Pilotprojekt gab es ein Zusammentreffen zwischen Polizei und Personen aus dem muslimischen Kulturkreis.

Das Begegnungsprojekt ist in zwei Veranstaltungsabende aufgeteilt, die planmäßig in zwei aufeinanderfolgenden Wochen stattfinden. Gleich große Gruppen aus beiden Kreisen kommen am ersten Abend in einer Moschee zusammen und lernen sich dort in lockerer Atmosphäre kennen. Am zweiten Abend ist die Polizei Gastgeberin und lädt zum weiterführenden Austausch in die Dienststelle ein, wo neben einer Kollektivarbeit eine offene Diskussionsrunde stattfindet. Ein gemeinsames Essen ist ein zentrales Element an beiden Veranstaltungsabenden. Beide Gruppen stellen jeweils eine*n Moderator*in aus den eigenen Reihen, um die Teilnehmenden zu gleichen Teilen durch die Abende zu führen. Ziel dieses Austauschs ist die Reduktion bzw. der Abbau von gegenseitigen Vorbehalten und das Gewinnen von Netzwerkpartnern für unsere Polizeiinspektion.

Erfahrungen aus der Auftaktveranstaltung:

Am 28. November 2023 fiel der Startschuss. In kleinem Kreis kamen wir dafür in den Abendstunden in



*der imposanten Ravza-Moschee in Achim zusammen. Nach einem ersten „Beschnuppern“ und einem kurzen persönlichen Kennenlernen führte uns der Vorsitzende des Kulturvereins Achimer Muslime (kurz Kamu) durch die Moschee. Nach einem Beibewohnen des Nachtgebets ging es im Anschluss zum gemeinsamen Essen. Bei traditionell herzhaftem und süßem Gebäck, türkischem Tee und Kaffee ergaben sich viele interessante Gespräche zwischen den Teilnehmer*innen. Anschließend stellte der Vereinsvorsitzende die Arbeit des Vereins anschaulich vor und nach einer kurzen und durchweg positiven Feedbackrunde war der Abend auch schon vorbei. Bereits am folgenden Dienstag empfing das fünfköpfige Team der Polizei sechs Gäste des Kulturvereins Achimer Muslime am Polizeikommissariat Achim. Bei der Begrüßung war kein erneutes Kennenlernen erforderlich – alle Teilnehmenden waren nach dem ersten Treffen bekannt, und das war an der vertrauteren Atmosphäre spürbar. Gestartet wurde mit der Vorstellung des Dienstgebäudes, um im Anschluss zu einem gemeinsamen Essen zusammenzukommen. Wie auch bei der ersten Begegnung in der Ravza-Moschee erschien vor allem der Small Talk beim gemeinsamen Essen eine unbeschwerte und sehr freundschaftliche Atmosphäre zu fördern.*

Dienststelle:	Polizeiinspektion Verden/Osterholz
Projektort:	PI Verden/Osterholz und Ravza-Moschee in Achim
Ansprechperson:	Jasmin Rönner (Polizeiinspektion Verden/Osterholz)
Erreichbarkeiten:	poststelle@pi-ver.polizei.niedersachsen.de

Denkort Bunker Valentin

Im November 2023 organisierte die Polizeiinspektion Verden/Osterholz auf Initiative von PDin Antje Schlichtmann (Leiterin PI Verden/Osterholz) und in Zusammenarbeit mit Dr. Christel Trouvé (Landeszentrale für politische Bildung Bremen)

[...] sowie das Bewusstsein für die eigene Rolle und Verantwortung zu sensibilisieren.

einen Seminar-Pilotdurchlauf am Bunker Valentin in Bremen-Farge, um die Vergangenheit auch im Heute aufzuarbeiten sowie das Bewusstsein für die eigene Rolle und Verantwortung zu sensibilisieren.

Das Referierenden-Trio setzte sich aus Ksenja Holzmann (Historikerin und pädagogische Mitarbeiterin der Stadt Bremen), Dr. Hans-Gerhard Schmidt (Historiker aus Bremerhaven, Träger des Preises für Heimatforschung Bremens 2022 für sein Werk „Entschädigung für NS-Unrecht ohne Wiedergutmachung?“) und Henrike Illig (Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen) zusammen. Die drei Referierenden gaben umfangreiches historisches Hintergrundwissen zu den Geschehnissen in Politik und Gesellschaft im Zeitfenster von 1933 bis 1945:

- „Terror und Gewalt“ (1933–1934)
- „Aufbau und Konsolidierung der sog. Volksgemeinschaft“ (1935–1938)
- „Krieg und Deportation“ (1939–1941)
- „Jahre der Vernichtung“ (1941–1945)

Der Seminarort, der Denkort Bunker Valentin, ist ein zwischen 1943 und 1945 errichteter U-Boot-Bunker an der Weser in Bremen-Farge und bis heute der größte freistehende Bunker Deutschlands. Bei Rundgängen im Innen- und Außenbereich erinnern Gedenktafeln an die Zeitzeug*innen sowie die Opfer

des Bunkerbaus. Zu den Todesopfern gehörten Tausende Zwangsarbeiter*innen aus dem eurasischen Raum. Auch Kriegsgefangene, deutsche Inhaftierte und Menschen jüdischen Glaubens wurden unter unwürdigen Bedingungen zu Arbeiten am Bunkerbau gezwungen.

Der Pilotdurchlauf zeigte den historischen Zusammenhang zwischen dem NS-Regime und der Polizei. Nicht zuletzt ist durch die kritische Auseinandersetzung das Bewusstsein zur ständigen Selbstkontrolle im polizeilichen Alltag gestärkt worden. Es ist geplant, die Seminare regelmäßig durchzuführen und eine offizielle Kooperationsvereinbarung zwischen der PD Oldenburg und dem Denkort Bunker Valentin 2025 zu unterzeichnen.

Aus der Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Bremen sind noch weitere Projektgedanken hervorgegangen, die durch eine Kooperationsvereinbarung mit der PD Oldenburg realisiert werden sollen. Im Jahre 2025 jährt sich der sog. Todesmarsch nach Sandbostel zum 80. Mal. Zum Gedenken an die Opfer des Ereignisses wird vom 23. April bis 27. April 2025 ein Gedenkmarsch vom Denkort Bunker Valentin zur Gedenkstätte Lager Sandbostel geplant.



Dienststelle:	Polizeidirektion Oldenburg
Projektort:	Bremen-Farge
Ansprechperson:	Konstantin Ovtchinnikov (Polizeiinspektion Verden/Osterholz) Landeszentrale für politische Bildung – Denkort Bunker Valentin
Erreichbarkeiten:	poststelle@pi-ver.polizei.niedersachsen.de mail@bunkervalentin.de

Projekt „Deine Polizei“

Das Projekt „Deine Polizei“ ist seit mehreren Jahren fester Bestandteil des Integrationsteams der Polizeiinspektion Verden/Osterholz. Erwachsen ist das Projekt aus den Anstrengungen der Inspektion, im Zuge der Flüchtlingssituation im Jahr 2015 und den Folgejahren Integrationsprozesse aktiv voranzutreiben, mitzugestalten und Netzwerkpartner*innen zu gewinnen.

„Deine Polizei“ richtet sich an alle Menschen, die neu in Deutschland sind. In dem Projekt sind Polizeibeamt*innen aus allen Dienststellen der Inspektion vertreten. Diese organisieren Besuche in Integrationskursen und Sprachlernklassen im Inspektionsbereich.

Ziel ist es, die Teilnehmenden über die Polizei in Deutschland zu informieren, die Grundregeln des Zusammenlebens darzustellen und Hemmungen abzubauen, die Polizei bei Problemen zu kontaktieren. Es werden auch Informationen bereitgestellt, welche Möglichkeiten in Deutschland gegeben sind, wenn man sich von der Polizei ungerecht behandelt fühlt. Ziel ist es, gemeinsam mit den Teilnehmenden in einen offenen Austausch zu treten und mit dem Selbstverständnis als nahbare Bürgerpolizei ansprechbar, transparent und auch offen für kritische Nachfragen zu sein.

Ebenso werden Besuche bei der örtlichen Dienststelle organisiert, um möglichen Berührungspunkten vorzubeugen.



Dienststelle:	Polizeiinspektion Verden/Osterholz
Projektort:	jeweilige Veranstaltungsräumlichkeiten der Netzwerkpartner*innen, örtliche Dienststellen
Ansprechpersonen:	Antje Schlichtmann jeweilige Netzwerkpartner*innen
Erreichbarkeiten:	poststelle@pi-ver.polizei.niedersachsen.de

Projekt „Haltung zeigen“

Dieses Modellprojekt der Polizeidirektion Oldenburg ist eine modulare Fortbildungsreihe, die jeweils zehn Vertreter*innen der Polizei und zehn (meist grundsätzlich eher polizeikritische) Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in einen Dialog zusammenbringt. Es wurde 2022 gemeinsam mit dem Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V. entwickelt.

Inzwischen im dritten Durchlauf treffen in einem mehrtägigen Seminar Polizeibeamt*innen und Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft aufeinander und diskutieren gesellschafts- und polizeikritische Themen. Anlassunabhängig, aber intensiv, wird sich mit Fragen u. a. zu gegenseitigen Vorurteilen, Rassismus, Rechtsextremismus, Protestformen und Gewalt auseinandergesetzt.

Aus unterschiedlichen Perspektiven und mit großer Methodenvielfalt regen dabei drei Module mit einer jeweiligen Dauer von drei Tagen (Unterbringung am Veranstaltungsort) zu Diskussionen an:

- Modul 1: „Dialog baut auf Vertrauen“ – Perspektiven wechseln, Vorurteile aufbrechen, sensibilisieren
- Modul 2: „Rassismus und Racial Profiling“ – Betroffenheit sichtbar machen, Strukturen in den Fokus nehmen

- Modul 3: „Polizeieinsätze und Protestformen“ – Interaktion und Konfliktdynamik erfahren, Analyse und Kritik üben

Die Teilnehmer*innen agieren im Anschluss als Multiplikator*innen und organisieren unter Nutzung der erworbenen Kontakte, Kooperationen und Fähigkeiten weitere Veranstaltungen.

Das Projekt wird gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landesinitiative „Polizeischutz für die Demokratie“.

Kooperationspartner sind das Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V., der Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V., der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e. V., die Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge e. V. sowie Arbeit und Leben Niedersachsen.



Dienststelle: Polizeidirektion Oldenburg
Projektort: Bad Bevensen
Ansprechpersonen: David Tabeling, Daniel Birkholz (PD Oldenburg)
Iwona Domachowska (Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V.)
Erreichbarkeiten: d01@pd-ol.polizei.niedersachsen.de
iwona.domachowska@gsi-bevensen.de; www.gsi-bevensen.de

[Das Projekt wurde durch die Stiftung Mercator finanziell unterstützt.]

Projekt „Genau besehen. Rassismuskritische Dialogarbeit mit Polizei und Zivilgesellschaft“

Dieses Projekt schließt an das bereits laufende Projekt „Haltung zeigen“ an und erweitert den Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft um eine internationale Dimension. Ziel ist es, die internationale Konstellation für die Entwicklung von Dialogansätzen, von Weiterbildungskonzepten im Einsatz gegen Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit und für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Kooperation von Polizei und Zivilgesellschaft zu nutzen.

Insgesamt 24 Teilnehmende aus den USA und Deutschland, aus der Zivilgesellschaft und der Polizei Niedersachsen, sind zu Themen wie „Racial Profiling“ sowie Gewalt gegen oder von Polizeibeamt*innen in den kritischen Diskurs gegangen.

Während des ersten Teils des Projekts im Sommer 2023 (23.06.–02.07.) in Deutschland, der in Bad Bevensen und Berlin stattgefunden hat, standen beispielsweise Dialog-, Diversity- und Demokratietrainings sowie Gespräche mit Zeitzeugen auf dem Programm. Der zweite Teil des Erfahrungsaustausches fand im Herbst 2023 (19.–30.10.) in Jackson (Mississippi) und Philadelphia (Pennsylvania) statt und gab u. a. Einblicke in geschichtliche Entwicklungen,

polizeiliche Organisationen und Strukturen sowie in zivilgesellschaftliches Engagement. Das Austauschprogramm wurde darüber hinaus durch Exkursionen und Sightseeing bereichert.

Kooperationspartner*innen im Projekt:

- In Deutschland: Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V., Haus der Kulturen, Braunschweig, Teilseind e. V., Muslimische Akademie Heidelberg, Polizeidirektion Oldenburg
- In den USA: u. a. Alluvial Collective, Jackson Mississippi, The Arab-American Development Corporation (Philadelphia)



Dienststelle:	Polizeidirektion Oldenburg
Projektort:	Bad Bevensen, Berlin, Jackson (Mississippi, USA), Philadelphia (Pennsylvania, USA)
Ansprechpersonen:	David Tabeling, Daniel Birkholz (PD Oldenburg) Martin Kaiser (Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V.)
Erreichbarkeiten:	d01@pd-ol.polizei.niedersachsen.de info@gsi-bevensen.de

Inklusionsprojekt „Gelingende Kommunikation“

Wie kann die Polizei Menschen helfen, wenn sie aufgrund geistiger oder sprachlicher Beeinträchtigungen nicht oder nur eingeschränkt in der Lage sind, sich verbal auszudrücken? Helfen kann dabei ab sofort ein kleines Kommunikationsbuch mit Symbolen. Es wurde gemeinsam in Papenburg entwickelt. Im Rahmen einer Schulung wurden mehrere Exemplare von St. Lukas Leben erleben an die Kolleg*innen des Polizeikommissariats Papenburg übergeben.

Das Heft enthält viele sogenannte METACOM-Symbole zu unterschiedlichen Themen. METACOM ist ein professionell und speziell für die Kommunikation gestaltetes Symbolsystem für den deutschsprachigen Raum sowie benachbarte europäische Länder. Die Symbole sind prägnant, kontrastreich und helfen bei

sprachlichen Barrieren. Durch das Zeigen auf die Symbole können Gespräche initiiert, Ereignisse kommentiert oder Fragen gestellt werden. So ist Kommunikation selbst dann möglich, wenn man nicht die gleiche Sprache spricht. „Barrierefreie Kommunikation“ ist ein Menschenrecht und als solches in der UN-Konvention verankert. „Jeder von uns kann und sollte einen Teil zur barrierefreien und inklusiven Gesellschaft beitragen“, sagte Sarah Wessels während der Schulung von 15 Beamt*innen in der Papenburger Dienststelle. Sie ist in der St. Lukas Leben erleben als Beauftragte für Gelingende Kommunikation (GK) zuständig. Von 2019 bis 2023 wurde Gelingende Kommunikation über ein von der Aktion Mensch gefördertes Projekt in den Sozialraum getragen. So entstanden aus vorheriger Zusammenarbeit von St. Lukas Leben erleben mit dem Polizeikommissariat Papenburg die Idee und die Kooperation zur Entwicklung des Kommunikationsbuches und des Schulungsangebotes für die Beamt*innen. „Kommunikation ist der Schlüssel für ein gutes Miteinander“, sagte die Polizeirätin Sina Butke, Leiterin des Polizeikommissariats Papenburg. Dieses Kommunikationsbuch ist eine gute Hilfe beim Dienst der Beamt*innen für alle Bürger*innen.

*Kommunikation ist
der Schlüssel für ein
gutes Miteinander.*



Dienststelle: Polizeikommissariat Papenburg
Projektort: Zuständigkeitsbereich PK Papenburg
Ansprechpersonen: Nina Vinke und Sina Butke (PK Papenburg)
Erreichbarkeiten: PK Papenburg, Gasthauskanal 16, 26871 Papenburg
Tel.: 04961 9260, E-Mail: poststelle@pk-papenburg.polizei.niedersachsen.de
Sarah Wessels, Fachbereichsleiterin St.-Lukas – Leben erleben
Gasthauskanal 5, 26871 Papenburg
Tel.: 04961 9250, E-Mail: info@st-lukas-heim.de

Projekt „Gemeinsam Sicherheit schaffen“

Über das Projekt „Gemeinsam Sicherheit schaffen“ kamen im ganzen Jahr 2024 muslimische Jugendliche mit Polizeibeamt*innen der Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim in direkten Kontakt, um Vorurteile und Vorbehalte abzubauen. Die Jugendlichen sollten die Arbeit und die Aufgaben der Polizei kennenlernen und in einen persönlichen Austausch gehen, um bestehende Stereotypen abzubauen. Gleichzeitig sollten aber auch die Polizeibeamt*innen für die Anliegen der muslimischen Jugendlichen sensibilisiert werden.

Bei den verschiedenen Treffen gibt es auch gemeinsame Aktivitäten wie

- Drachenboot fahren,
- Klettergarten zusammen bewältigen,



- gemeinschaftliche Wanderungen und Schnitzeljagden sowie
- zusammen zu kochen und zu essen.



Diese Aktivitäten sollen zunächst die Hemmschwellen für den direkten Kontakt abbauen und einen intensiven und vertraulichen Austausch ermöglichen.

Es handelt sich dabei um ein Projekt, das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert wird.

Dienststelle:	Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim
Projektort:	inspektionsweit
Ansprechperson:	Muslimische Jugendcommunity Osnabrücker Land e. V.
Erreichbarkeiten:	Frau Dua Zeitun Tel.: 0176 41915313, E-Mail: mujos.ev@gmail.com Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim KHK Jutta Spiegelberg Tel.: 0591 87-348, E-Mail: jutta.spiegelberg@polizei.niedersachsen.de

Pulverfabrik Liebenau (Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg)

Seit dem 21. April 2022 besteht eine Kooperation zwischen der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg und der Gedenk- und Bildungsstätte Liebenau. Die Kooperation beinhaltet speziell regelmäßige Besuche der Gedenk- und Bildungsstätte Liebenau durch Mitarbeitende der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg. Ziel ist, das veränderte Demokratie-Verständnis von damals und heute in den Blickpunkt zu rücken, die regionale Auseinandersetzung mit den Ereignissen des NS-Regimes zu fördern und zugleich die Demokratie zu stärken. In diesem Zusammenhang erfolgte bereits eine Vielzahl von Besuchen durch Angehörige der PD Göttingen.

Die Kooperationspartner wollen gegenseitige Toleranz und die Achtung der Menschenwürde in der Gesellschaft fördern und zur Mitwirkung und Mitbestimmung bei dieser Aufgabe motivieren. Auch im Umgang mit Bürger*innen soll allen Formen der Diskriminierung – insbesondere Rassismus – aktiv entgegengetreten und damit in der Gesellschaft ein Beitrag zu einem gewaltfreien, demokratischen Gemeinwesen geleistet werden.



Dienststelle: Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg
Projektort: 31618 Liebenau, Schulstr. 1
Ansprechpersonen: Martin Guse, Leiter der Gedenk- und Bildungsstätte
Katharina Winter, Mitarbeiterin
Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e. V.
Erreichbarkeiten: poststelle@pi-nbg.polizei.niedersachsen.de
info@doku-liebenau.de

Pulverfabrik Liebenau (Polizeiakademie Niedersachsen)

Von den Nazis verschleppt, eingesperrt und zur Zwangsarbeit gezwungen – dieses Schicksal erlebten Millionen Menschen während des Zweiten Weltkriegs, auch in der Nähe der kleinen Gemeinde Liebenau in Niedersachsen. Über 20.000 von ihnen wurden dort ausgebeutet, 2.000 kamen zu Tode. Damit dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte nicht in Vergessenheit gerät, wurde 2023 die Gedenk- und Bildungsstätte Liebenau eröffnet. Auch die Polizeiakademie Niedersachsen setzt sich gegen das Vergessen ein und schloss am 21. Juni 2024 eine Kooperationsvereinbarung mit dem Verein Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e. V. und der Gedenk- und Bildungsstätte Liebenau, die vom Akademiedirektor Carsten Rose und dem ersten Vorsitzenden des Vereins, Walter Eisner, unterzeichnet wurde.

„Dieser Ort ist ein wichtiges historisches Zeugnis, ein Mahnmal, was Menschen ihresgleichen antun können, nur wegen einer rassistisch geprägten Ideologie und blindem Gehorsam. Damit sich so etwas Schreckliches nicht wiederholt, müssen wir die Erinnerung aufrechterhalten. Diese Bildungs- und Gedenkstätte arbeitet dieses dunkle Kapitel unserer Vergangenheit informativ, anschaulich und nahbar auf und geht dabei auf zahlreiche Einzelschicksale im Kontext historischer und gesellschaftlicher Entwicklungen ein. Die Polizeiakademie Niedersachsen ist dankbar, diese elementare Erinnerungsarbeit zu unterstützen und wir freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit“, sagte der Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen während der Unterzeichnung der Vereinbarung.

Martin Guse, Leiter der Gedenk- und Bildungsstätte, betonte: „Lernen aus der Vergangenheit bedeutet für jeden von uns die Hinterfragung eigener aktueller Vorurteile und eben auch die stetige kritische Selbstreflexion zum Verhalten und den Verbrechen im Nationalsozialismus durch gesellschaftliche Institutionen, wie eben der Polizei, aber auch durch Verwaltungen, den Pflegeberufen oder der Sozialarbeit, damals Fürsorge genannt.“

Das gemeinsame Ziel ist es, ein nachhaltiges Bewusstsein zur Wahrung der Menschenrechte in einer friedvollen, gewalt- und diskriminierungsfreien Gesellschaft zu schaffen.

Lernen aus der Vergangenheit bedeutet für jeden von uns die Hinterfragung eigener aktueller Vorurteile [...].



Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Liebenau
Ansprechperson: Dezernat 01
Erreichbarkeiten: poststelle@pa.polizei.niedersachsen.de
info@doku-liebenau.de

Kooperationsvereinbarung zwischen dem KreisSportBund Emsland e. V. und der Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim

Seit dem 12. Oktober 2022 besteht die Kooperation zwischen dem KreisSportBund Emsland e. V. und der Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim. Ziel dieser Kooperation ist die gegenseitige Unterstützung durch die Aufgaben und Möglichkeiten des jeweiligen Kooperationspartners und diese in konkreten Projekten anlassbezogen umzusetzen. Dabei sollen Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Diversität vermittelt und durch Zusammenarbeit erreicht werden.

Folgende Themen sollen im Rahmen der Kooperation u. a. behandelt werden:

- Aus- und Fortbildung von Übungsleiter*innen und die Lizenzausstellung im Bereich der niedersächsischen Polizei
- Prävention (Unfall- und Gewaltprävention)
- Infoveranstaltungen mit und für Sportvereine zu polizeispezifischen Themen, z. B. Umgang im Internet, Drogenmissbrauch, Verkehrssicherheitsarbeit, politisch motivierte Kriminalität, sexualisierte Gewalt/sexuelle Belästigung usw.

- Übernahme von Vereinspatenschaften im Zuständigkeitsbereich des KSB durch Polizeibeamt*innen für die o. a. Themenbereiche

- Gesundheitsprävention
- Dienstsportangebote
- Gesundheitstage

Während der Laufzeit der Vereinbarung (verlängert sich grds. jährlich) findet ein ständiger Informationsaustausch statt, wobei jährliche regelmäßige Treffen sowie weitere aus aktuellen Anlässen angestrebt werden.

Des Weiteren wird eine Kooperation für einen längeren Zeitraum angestrebt, in dem weitere Übereinkünfte und gemeinsame Projekte angestrebt werden. Die Details dazu werden zwischen den fachlich zuständigen Stellen des KSB und der PI Emsland/Grafschaft Bentheim jeweils aktuell nach den Bedarfen abgestimmt.

Dienststelle:	Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim
Projektort:	inspektionsweit
Ansprechperson:	Michael Koop, Präsident KreisSportBund Emsland e.V.
Erreichbarkeiten:	Schlaunallee 11a, 49751 Sögel Tel.: 05952 940101, E-Mail: info@ksb-emsland.de Nicola Simon, Leiterin Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim Wilhelm-Berning-Straße 8, 49809 Lingen (Ems) Tel.: 0591 87101, E-Mail: nicola.simon@polizei.niedersachsen.de

Kooperation und stetiger Austausch mit NGOs (Polizeidirektion Hannover)

„Gedenkstätte Bergen-Belsen“

In Kooperation mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen werden gemeinsame Veranstaltungen für alle Mitarbeitenden der PD Hannover durchgeführt.

- „Polizei in der NS-Zeit und die Geschichte Bergen-Belsens“

Im Kern thematisiert das dreitägige Seminar die Funktion und das Selbstverständnis der Polizei im Nationalsozialismus sowie ihre Beteiligung an der Verfolgung und Tötung von Menschen. Dabei spielen auch die Umbruchphasen zwischen den politischen Systemen eine Rolle. Die Polizei wird dabei nicht nur als Institution betrachtet. Vielmehr geht es auch um die Auseinandersetzung mit dem konkreten Handeln, den möglichen Handlungsoptionen und den Motiven Einzelner. Auf dieser Grundlage regt das Seminar zu einer kritischen Reflexion des eigenen polizeilichen Handelns in der Gegenwart an. Unter der Berücksichtigung ihrer herausgehobenen beruflichen Stellung sowie dem damit einhergehenden Rollenverständnis diskutieren die Teilnehmenden gegenwartsrelevante Themen. Das meint beispielsweise das Bewusstmachen von roten Linien (im moralischen Sinne) des eigenen Handelns oder die Auseinandersetzung mit menschenrechtlichen Fragen gegenwärtiger Polizeiarbeit.

- „Antiziganismus und die Geschichte Bergen-Belsens“

Die Teilnehmenden setzen sich mit der Geschichte der Polizei im Nationalsozialismus und deren Beteiligung an der Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma auseinander. Dabei wird die Verbindung zum historischen Ort Bergen-Belsen aufgezeigt. In diesem zweitägigen Seminar spielen auch die Um-

bruchphasen zwischen den politischen Systemen eine Rolle. So werden Kontinuitätslinien und Brüche der Verfolgung nach 1945 diskutiert und sich in einem zweiten Teil mit den gegenwärtigen Formen von Antiziganismus und möglichen Handlungsoptionen auseinandergesetzt. Das hier angebotene Seminar greift explizit die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma im Nationalsozialismus auf.

„Afrikanischer Dachverband Norddeutschland e. V.“ (ADV)

Der ADV setzt sich seit Jahren für ein demokratisches Miteinander im norddeutschen Raum ein und zielt mit seiner Arbeit primär darauf ab, gegen jegliche Art von Diskriminierung und vor allem Rassismus vorzugehen. Dabei versteht sich der Verein als Brückenbauer*innen zwischen Menschen mit afrikanischer Herkunftsgeschichte und allen anderen kulturellen Gemeinschaften. (Auszug: Homepage des ADV)

„Can Arkadaş e. V.“

Der gemeinnützige Verein ist in Hannover im Bereich der interkulturellen Sozial-, Bildungs- und Kulturarbeit aktiv. Projekte zur Gewaltprävention sind ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. (Auszug: Homepage „Can Arkadaş e. V.“)

Die teils seit Jahren bestehenden Kooperationen sind durch die Arbeit für die Initiative mit diversen NGOs ergänzt worden – z. B.: „MiSO-Netzwerk Hannover e. V.“, „kargah e. V.“, „Haus der Religionen“, „Gedenkstätte Ahlem“, „Nds. Verband deutscher Sinti e. V.“, Jüdische Gemeinde Hannover, Katholische Akademie Hannover, „ZeitZentrum Zivilcourage“ und „Artikel 1 – Initiative für Menschenwürde e. V.“ (Kooperation in der Entstehung) etc.

Dienststelle:	Polizeidirektion Hannover
Projektort:	Hannover
Ansprechpersonen:	Fulya Kurun/Andreas Krahmer
Erreichbarkeiten:	ikd@pd-h.polizei.niedersachsen.de oder auf@pd-h.polizei.niedersachsen.de

FORTBILDUNGSANGEBOTE

Argumentationstraining für Sachgebietsleitungen des Landeskriminalamts Niedersachsen

Im Zeitraum Dezember 2021 bis März 2022 gab es auf Initiative der Demokratiepat*innen für die Ebene der Sachgebietsleiter*innen des LKA die Möglichkeit, an einem Argumentationstraining gegen Rassismus teilzunehmen. An insgesamt sechs Terminen wurden 70 Kolleg*innen durch fachkundige Mitarbeitende des Vereins IBIS e. V. aus Oldenburg angeleitet und beschult. Aufgrund der pandemischen Lage musste jedoch kurzfristig auf ein ganztägiges Online-Format im BigBlueButton ausgewichen werden.

Inhaltlich gab es folgende Themenschwerpunkte:

- Begriffsklärung Rassismus
- Gemeinsame Fragestellungen: Woher kommt Rassismus? Wer erfährt Rassismus? Wie macht sich Rassismus bemerkbar? Gesellschaftlicher Rahmen, in dem rassistische/rechte Haltungen entstehen können.
- Kleingruppenarbeit: Sensibilisierung zu alltäglichen rassistischen Situationen. Charakteristika von rechten, rassistischen und autoritären Aussagen, Einstellungen, Funktionsweisen und Strategien
- Präsentation eines Filmes mit anschließender Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rassismus.
- Input zu Argumentation und Strategien
- Argumentative Bearbeitung von rassistischen Situationen, von vorgegebenen Situationen oder von Situationen, die die Teilnehmenden selbst erlebt haben

- Gemeinsames Üben des Argumentierens

Nach einigen begrifflichen Klärungen und dem theoretischen Input zum Thema Rassismus ging es mit Kleingruppenarbeit und Rollenspielen direkt in das praktische Training. Aktuelle Beispiele aus der Medienlandschaft dienten dabei als Aufhänger. Die Reflexion des praktischen Teils machte auch Grenzen deutlich, und an dieser Stelle gab es noch einmal hilfreiche Tipps und Tricks von den Trainer*innen.

*Diese O-Töne spiegeln Rückmeldungen einiger Teilnehmer*innen wider:*

„Sinnvoll investiertes Geld. Die Veranstaltung trägt maßgeblich zur sprachlichen Sensibilisierung bei.“

„Der Rassismus-Begriff wurde nicht präzise genug abgegrenzt, hier könnte noch einmal angesetzt werden. Es war jedoch gut, in Kleingruppen darüber ins Gespräch zu kommen.“

„Insgesamt war eine Tagesveranstaltung zu wenig bzw. wäre das Format als Präsenzveranstaltung sicher noch intensiver gewesen.“

*„Gut vermittelte Inhalte, durch Rollenspiele war es lebendig und kurzweilig. Die Teamer*innen von IBIS e. V. waren recht unterschiedliche Persönlichkeiten, das machte es zusätzlich abwechslungsreich.“*

„Tolles Angebot, bitte wiederholen und am besten in Präsenz.“

„Es war gut, sich einfach mal einen ganzen Tag über das Thema Rassismus zu unterhalten.“

Dienststelle:	Landeskriminalamt Niedersachsen
Projektort:	Hannover
Ansprechperson:	Dirk Behrmann (LKA Niedersachsen)
Erreichbarkeiten:	poststelle@lka.polizei.niedersachsen.de Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e. V. (IBIS e. V.) Klävemannstr. 16, 26122 Oldenburg www.ibis-ev.de

Podcast und Vortrag Prof. Dr. Karim Fereidooni

Einen Blick durch die Analysebrille der Rassismuskritik konnten die interessierten Kolleg*innen des LKA am Mittwoch, 14. Dezember 2022, gemeinsam mit Prof. Dr. Karim Fereidooni von der Ruhr-Universität Bochum werfen. Der Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit den Themen Rassismus und Rassismuskritik, gerade im Zusammenhang mit Organisationen und Institutionen wie Schulen und Polizei. Nachdem es bereits ein Gespräch in Form eines Podcasts mit dem Demokratiepaten Mathias Schümann gegeben hatte, war der Wissenschaftler der persönlichen Einladung in das LKA Niedersachsen gefolgt.

Im voll besetzten Sitzungssaal S1/S2 wurde Fereidooni nun persönlich und herzlich vom Vizepräsidenten Bernd Gründel begrüßt. Sein etwa 60-minütiger Vortrag beschäftigte sich zuerst mit der Ideologie und den Formen von Rassismus, eng angelehnt an Thesen namhafter Wissenschaftler*innen. Rassismuskritik und rassismuskritische Polizeiforschung im Besonderen sind auch Bestandteile von verschiedenen Veröffentlichungen Fereidoonis, die zum Teil auch auf Grundlage von eigenen Befragungen entstanden sind. Darüber hinaus ließ Prof. Dr. Fereidooni aber auch andere Quellen wie die Autoritarismus-Studie, die sogenannte Mitte-Studie und den Afrozensus einfließen. Anhand einiger Beispiele vermittelte der Sozialwissenschaftler Fereidooni eindrücklich, wie vermeintliche Wissensbestände aus dem Rassismusmonitor die Polizeiarbeit beeinflussen können.

Laut Fereidooni bedarf es einer Professionskompetenz, um normal über Rassismus sprechen – sprechen zu können. Viel zu oft reizt allein die Nennung des Begriffes und lässt Menschen an die Decke gehen. Dabei gehe es nicht um Schuldzuweisung, vielmehr um Übernahme von Verantwortung. Überaus wichtig sei es, sich der Privilegien des „Weißseins“ bewusst zu sein und das eigene Denken und Handeln zu reflektieren. Zu unterscheiden sei in jedem Fall zwischen Positioniertheit und Positionierung, wobei wir letzteres verändern und steuern können.

Als Handlungsempfehlungen für die Polizei hatte Prof. Dr. Fereidooni schließlich einen Katalog von zwölf Maßnahmen zur rassismuskritischen Gestaltung von Polizeiarbeit mitgebracht. Einzelne Maßnahmen wurden im Anschluss an den Vortrag auch kontrovers diskutiert und hinterfragt, darüber hinaus gab es weitere lebhaft Wortmeldungen.

Am Ende stellte Prof. Dr. Fereidooni eindrucksvoll die große Verantwortung der Polizei für eine funktionierende Gesellschaft fest: „Sie dürfen kein Spiegelbild der Gesellschaft sein. Sie müssen besser sein!“ Dazu konnte Prof. Dr. Fereidooni mit seinem Vortrag hoffentlich einen Beitrag leisten.

*Sie dürfen kein
Spiegelbild der
Gesellschaft sein.
Sie müssen
besser sein!*

Dienststelle: Landeskriminalamt Niedersachsen
Projektort: Hannover
Ansprechpersonen: Mathias Schümann (LKA Niedersachsen)
Prof. Dr. Karim Fereidooni
Erreichbarkeiten: poststelle@lka.polizei.niedersachsen.de
mail@karim-fereidooni.de

Vortrag Prof. Dr. Matthias Quent

Am 5. Dezember 2022 hatte das LKA Niedersachsen einen prominenten Gast zu Besuch: Prof. Dr. Matthias Quent, Professor für Soziologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal, ist ein gefragter Rechtsextremismusexperte.

Auch als Autor hat er sich einen Namen gemacht und mit seinem Buch „Deutschland rechts außen“ den Preis für das beste politische Buch des Jahres 2020 gewonnen. Ende September 2022 erschien mit „Klimarassismus – Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende“ im Piper Verlag sein neues Sachbuch und dieses nahmen die Demokratiepat*innen zum Anlass, ihn ins LKA einzuladen.

Wer aber eine einfache Lesung erwartet hatte, wurde mit einem ausführlichen und detailreichen Vortrag überrascht. So gab es zum Einstieg zwar Definitionen und einige historische Herleitungen, aber ebenso einige Diagramme und zahlreiche Fotos. Auf diese Weise konnten die Thesen des Buches (vergleichbar mit dem Aufbau der einzelnen Kapitel) absolut anschaulich transportiert werden.

Eine vom Mercator Research Institute entwickelte Kohlenstoffuhr zählt bereits die Zeit herunter, bis wahrscheinlich der „Point of no Return“ in Sachen CO₂-Ausstoß erreicht sein wird – das Datum liegt



bereits im Jahr 2027. Das Eis der Polkappen schmilzt und immer mehr extreme Wetterveränderungen treten auf, die zum Teil in Katastrophen wie im Ahrtal münden. Wie genau rechte Gruppierungen Inhalte und Daten im Zusammenhang mit der Klimaveränderung aber für sich nutzen und diese auslegen, konnte Quent mit sehr aktuellen Beispielen verdeutlichen.

In der anschließenden Diskussion ging es nicht nur um Rolle und Auftreten der Polizei bei Demonstrationen, um länderspezifische Besonderheiten, sondern auch um die Verantwortung jedes und jeder Einzelnen in Sachen Konsum und Klimaschutz. Ganz sicher ein Nachmittag, der nachhallt und dessen Inhalte die Zuhörer*innen in Zukunft noch weiter beschäftigen werden.

Dienststelle:	Landeskriminalamt Niedersachsen
Projektort:	Hannover
Ansprechpersonen:	Imme Hildebrandt (LKA Niedersachsen) Prof. Dr. Matthias Quent
Erreichbarkeiten:	poststelle@lka.polizei.niedersachsen.de matthias.quent@idz-jena.de

Seminar „Antirassistische Sprache“

„Die stärkste Waffe eines Menschen ist seine Sprache“ (Bibiella, 2006, S. 80). Dieser Satz findet häufig Erwähnung in der polizeilichen Ausbildung und soll verdeutlichen, dass vorliegende kommunikative Kompetenz stets anderen polizeilichen Einsatzmitteln vorgezogen werden soll. Denn Sprache ist effektiver und körperliche Gewalt nur ein letztes Mittel (Baberowski, 2015).

Doch Sprache kann, genau wie auch andere Einsatzmittel, sowohl dem Angriff als auch der Verteidigung dienen und sie kann Verletzungen hervorrufen (Evert, 2015).

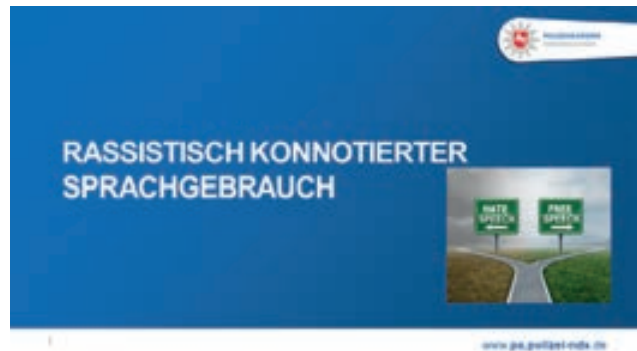
Sprachliche rassistische Diskriminierung kann in vielen verschiedenen Formen auftreten. Die Folgen bei den Betroffenen liegen oftmals im psychischen und physischen Bereich. Vielen Menschen scheint nicht bewusst zu sein, dass auch Äußerungen, die einem

Vielen Menschen scheint nicht bewusst zu sein, dass auch Äußerungen, die einem selbst nicht rassistisch vorkommen, eine diskriminierende Wirkung nach sich ziehen können.

selbst nicht rassistisch vorkommen, eine diskriminierende Wirkung nach sich ziehen können. Sei es ein rassistischer Witz, ein Begriff, den man „immer schon gesagt“ und nie „böse gemeint“ habe, eine bewusste, sprachliche Beleidigung und eine daraus resultierende Andersbehandlung von Menschen in unterschiedlichen Alltagssituationen.

Widerstand gegen Rassismus und rassistisch konnotierten

Sprachgebrauch setzt allerdings da ein, „wo er erkannt, benannt und herausgefordert wird. Dazu zählt auch der Widerstand gegen Begriffe, die rassistisches Wissen tradieren. Gebraucht wird eine neu gestaltete Erinnerungskultur, die Verantwortungs-



übernahme einschließt. Diese setzt beim täglichen Sprechen ein und greift auch weit darüber hinaus“ (Arndt, 2013, S. 30).

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse erscheint eine weitreichende Sensibilisierung und Qualifizierung von Angehörigen der Polizei Niedersachsen als geraten. Selbst wenn es diese in Niedersachsen zumindest nicht wissenschaftlich nachgewiesen gibt, so können und sollten wir als fortschrittliche Bürger*innenpolizei hier proaktiv tätig werden. Durch Sensibilisierung kann eine Grundbereitschaft zur thematischen Auseinandersetzung geschaffen werden. Aus diesem Grund bietet die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ Vorträge, Workshops und Podcasts an, die von vielen Dienststellen und Behörden gebucht wurden und werden. Inhaltlich werden zunächst grundlegende Aspekte der Ursprünge und Ursachen rassistisch konnotierter Sprache dargestellt. Im weiteren Verlauf werden zum einen implizites rassistisches Kommunikationsverhalten sowie konventionalisierte explizite rassistische Begriffe und Bezeichnungen vorgestellt und erläutert. Im Speziellen wird hier auf die Begrifflichkeiten N-Wort, Zi-Wort, K-Wort und Südländer*in eingegangen und final eine verletzungärmere und reflektierte Sprachkultur in Dienststellen besprochen und diskutiert.

Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	niedersachsenweit, online
Ansprechperson:	Thomas Eickhoff
Erreichbarkeiten:	thomas.eickhoff@polizei.niedersachsen.de

Argumentationstrainings

Sowohl in dienstlichen als auch alltäglichen Situationen treffen Meinungen, Positionen und Werte aufeinander, die sich grundsätzlich widersprechen. Gerade in den letzten Jahren gab es immer wieder Anlässe und Entwicklungen, die dafür sorgten und sorgen, dass die Gefahr einer gesellschaftlichen Polarisierung steigt.

In unserer Gesellschaft, in der der Anspruch auf individuelle Freiheit immer mehr Raum einnimmt, fehlt es gelegentlich an Ecken und Kanten, an denen sich selbst ernannte Streiter*innen für Freiheit reiben können.

Der Ausbruch der globalen Covid-19-Pandemie hat Vertreter*innen des vermeintlichen „wahren Volkswillens“ zusätzliche Aufmerksamkeit verschafft. Diese Allianz aus Populist*innen, Verschwörungsgläubigen, Rechtsextremen sowie Esoteriker*innen, aber auch von ernsthaft besorgten Bürger*innen, die auf den „Anti-Corona“-Protesten zu beobachten gewesen sind, sorgte für heftige Diskussionen, nicht zuletzt durch die aktive Beteiligung von Polizeiangehörigen.

(Wie) können gerade Polizeibedienstete in eine Diskussion einsteigen, in der zum Teil demokratiegefährdende Behauptungen aufgestellt werden? Wie kann einer Diskussion begegnet werden, in der es nicht einfach um Gewinnen oder Verlieren, sondern um das Zuhören, das Begegnen, also um eine konstruktive Kommunikationsstruktur geht? Nicht immer ist das Ziel der eigenen Argumentation das Gegenüber. Häufig besteht die Zielgruppe auch aus den stillen Umstehenden.

Die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ hat sich diesem Themenfeld angenommen und in verschiedenen Formen Aufklärungsarbeit geleistet. Seit 2020 werden immer wieder allgemeine und auch auf spezielle aktuelle Themen reflektierende Podcasts veröffentlicht, in denen über die Kommunikationsstruktur und die Ziele populistisch argumentierender Gegenüber aufgeklärt und durch die Arbeit an konkreten Aussagen und generellen Hinweisen die eigene Kommunikationskompetenz gestärkt wird.

Durch den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. findet in den Qualifizierungen eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Thematik statt, sodass Demokratiepate*innen zum einen die Relevanz erkennen, aber auch in die Lage versetzt werden, ihr Wissen an Mitarbeitende ihrer Behörden weiterzugeben. Unterstützend bietet die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ hierfür Vorträge und Workshops in den jeweiligen Dienststellen an, die bereits von einer Vielzahl der Demokratiepate*innen innerhalb ihrer Behörden organisiert wurden. Zusätzlich werden auch Trainings von polizeixternen Trägern und Trainer*innen organisiert.



Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: niedersachsenweit, online
Ansprechperson: Thomas Eickhoff
Erreichbarkeiten: thomas.eickhoff@polizei.niedersachsen.de

[Die Veranstaltung wurde durch die Stiftung Mercator finanziell unterstützt.]

Multiplikator*innen für das Rassismusbarometer

Die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ bietet landesweite Schulungen für Demokratiepate*innen und Interessierte zur Nutzung und Weitergabe der Methodik des Rassismusbarometers. Ziel dieser Methodik ist es, Diskussionen über rassistische Äußerungen anzuregen und hierbei ein gemeinsames Grundverständnis über rassistische Äußerungen zu erarbeiten. Insgesamt wird mithilfe dieser Methodik deutlich, dass es mit hohen Schwierigkeiten verbunden ist, eine gemeinsame Definition des Begriffs Rassismus zu finden, da es sich um ein alltägliches Phänomen handeln kann.

Es ist festzustellen, dass die Übung zu hoch emotionalen Diskussionen führen kann, die weit über die zeitlichen Grenzen der jeweiligen Unterrichtseinheit hinausreichen. Weiterhin wird deutlich, dass das Aufzeigen von rassistischen Handlungen oder das Aussprechen von rassistischen Aussagen kein abstraktes, sondern ein alltägliches Phänomen ist und es einer intensiveren und häufigeren Reflexion des eigenen Verhaltens bedarf, um sich rassismussensibel und -kritisch zu verhalten.



Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Oldenburg
Ansprechperson: Thomas Eickhoff
Erreichbarkeiten: thomas.eickhoff@polizei.niedersachsen.de

Führungskräftefortbildung Alles bleibt anders! Wieder.sprechen

Unter diesem Motto begrüßte der Präsident der Polizeidirektion Braunschweig, Michael Pientka, am 22. September 2022 rund 100 Führungskräfte zur jährlichen Führungskräfteversammlung. Die derzeitigen gesellschaftlichen Krisen und Umbrüche, ausgelöst durch Krieg, Pandemie, Inflation und Energieknappheit, verursachen und verstärken aktuell Unsicherheiten, Protestbewegungen sowie Radikalisierungen und auch die Ablehnung staatlicher Strukturen in Teilen der Gesellschaft. Als Polizei nehmen wir das bereits in vielen Situationen wahr und gehen professionell mit dieser Entwicklung im Alltag um. Dazu gehört auch das Sprechen, das Miteinander und das „wieder Sprechen“ sowie das Widersprechen.

Um dieses Motto zu vertiefen, trafen die Teilnehmer*innen sich zunächst in drei dezentralen Veranstaltungen in der Gedenkstätte und dem Dokumentationszentrum der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel, dem Haus der Kulturen Braunschweig e. V. sowie der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig. In der JVA Wolfenbüttel bestand die Gelegenheit, sich im Rahmen einer Führung mit Vorträgen zur Geschichte und zu den aktuellen Herausforderungen des Justizvollzugs zu informieren. Dazu stand der Justizvollzug in den Zeiten des NS-Regimes im Fokus. Der Besuch des Hinrichtungshauses und des neuen Dokumentationszentrums wurde durch die stellvertretende Leiterin der Gedenkstätte, Simona Häring, und den Historiker Dr. Gustav Partington sowie Robert Held und Katja Lehmköster am Beispiel individueller Schicksale erläutert. Es erfolgten zudem ein stilles Gedenken an die Verstorbenen sowie ein Eintrag ins Gedenkbuch.

„Rassismus ein Alltagsphänomen?! Gespräche mit Menschen mit Rassismuserfahrungen“ mit Dr. Astrid Jacobsen (Polizeiakademie Niedersachsen) und Adama Logosu-Teko (Haus der Kulturen) war das Thema der Vorträge und kontroversen Diskussionen im Haus der Kulturen Braunschweig e. V.

Beim Besuch der Landesaufnahmebehörde Braunschweig befassten sich die Teilnehmer*innen mit dem Thema „Einen Perspektivwechsel schaffen, was bedeutet Flucht und Migration und wie wird dabei die Polizei wahrgenommen“.

Mit dem Juristen und Ehrenmitvorsitzenden des Kuratoriums der Stiftung 20. Juli 1944, Dr. Axel Smend, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Andenken an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus lebendig zu halten, erwartete die 100 Teilnehmer*innen am Nachmittag ein ganz besonderer Gast. Mit seinem sehr eindringlichen Vortrag und im persönlichen Austausch zog er die Anwesenden in seinen Bann.

Auf dem abschließenden „Markt der Möglichkeiten“ stand die Reflexion des Tages in Dienststellen internen Runden im Vordergrund. Hier konnten erste Ideen diskutiert werden, wie demokratische Resilienz im Alltag oder durch Kooperationen und Aktionen gestärkt werden kann.



Dienststelle: Polizeidirektion Braunschweig
Projektort: Braunschweig
Ansprechperson: Anke Mareile Müller (PD Braunschweig)
Erreichbarkeiten: poststelle@pd-bs.polizei.niedersachsen.de

Digitale Eigensicherung

Facebook, Instagram, X – die digitale Welt hat immer größeren Einfluss auf unser Leben und den täglichen (Polizei-)Dienst. So hilfreich das Internet und die Nutzung sozialer Medien auch sind, so bieten diese auch allerhand Möglichkeiten für die Verbreitung von Hass, Hetze und Falschdarstellungen.

Wie begegnen wir solchen Phänomenen, sowohl im dienstlichen als auch im privaten Kontext? Welche Äußerungen bewegen sich in einem Graubereich, welche stellen eine klare Grenzüberschreitung dar? Im Rahmen einer Workshopreihe zum Thema „Digitale Eigensicherung: Verhalten in sozialen Medien“ konnte Ralf Hermes, Personalratsvorsitzender der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden und Demokratiepate, als Referent für mehrere Veranstaltungen im Zuständigkeitsbereich der PD Göttingen gewonnen werden. So informierte und sensibilisierte er beispielsweise am 4. Mai 2023 über die Schattenseiten der sozialen Medien.

Wovor hast du Angst? Der Referent eröffnete die Veranstaltung mit einer persönlichen Frage an die Teilnehmenden: „Wovor hast du Angst?“

Viele der Anwesenden umschrieben „Angst“ mit dem Synonym „Sorge“. Das Gefühl der Angst ist nämlich ein wichtiger Knackpunkt dieser Veranstaltung gewesen. Akteur*innen in den sozialen Medien, die unsere Meinungsbildung durch sogenannte „Memes“ beeinflussen wollen, zielen genau auf dieses Gefühl ab. Wenn der Mensch in Angst versetzt wird, fängt er an zu zweifeln.

Diese Zweifel an der Gesellschaft, dem Staat oder auch an den Repräsentanten des Staates, wie der Polizei, können unsere Demokratie erheblich gefährden. Um eine Resilienz gegen diese Mechanismen und Strategien zu entwickeln, sollte sich jede Person beim Konsum sozialer Medien zwei Dinge vor Augen führen:

Das, auch unbedachte, Teilen oder Liken eines Inhalts benötigt wenige Klicks – doch die Auswirkung kann verheerend sein. Polizist*innen genießen auch in ihrer Freizeit eine hohe Autorität in der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund ist es sehr wichtig, dass wir uns intensiver mit unserem Auftreten in sozialen Medien befassen. Im Rahmen des Seminars wurde sehr deutlich, dass die Gefahren der sozialen Medien bei den Teilnehmenden nahezu alltäglich präsent sind und sie ihr Verhalten bereits dementsprechend anpassen.

Dienststelle: Polizeidirektion Göttingen
Projektort: Gesamte Polizeidirektion
Ansprechperson: Ralf Hermes (a. D.)
Erreichbarkeiten: poststelle@pd-goe.polizei.niedersachsen.de

Besondere Verantwortung für Führungskräfte (Polizeidirektion Hannover)

Seit Beginn der Umsetzung der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ manifestierte die Behördenleitung der Polizeidirektion Hannover in einer Führungskräfteetagung und im nachfolgenden „Rahmenkonzept zur Umsetzung des Projektes Polizeischutz für die Demokratie“ ihre Leitlinien – aber auch die besondere Verantwortung für die Führungskräfte in der Behörde.

Die verantwortlichen Führungskräfte vor Ort sind aufgefordert, die Tätigkeiten der Demokratiepat*innen sowie die über 50 „Unterstützer*innen“ (Multiplikator*innen) zu unterstützen und mit ihnen den regelmäßigen Austausch zur Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zu pflegen. Dieses Vorhaben wird u. a. stetig in Führungskräftebesprechungen der Dienststellen sowie bei Führungskräfteetagungen auf Behördenebene umgesetzt.

Der Fortbildungsbereich der PD Hannover bietet kontinuierlich Fortbildungen für alle Führungskräfte an. Die Führungskräfte werden mit Blick auf die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ vertiefend informiert sowie kontextuell in ihrem Rollen- und Selbstverständnis als Führungskraft sensibilisiert und gestärkt.

Hierzu gehören etwa Workshops für alle Führungskräfte zum Thema „Polizeischutz für die Demokratie“, die im Online-Format gezielt auf das „Rahmenkonzept zur Umsetzung des Projektes Polizeischutz für die Demokratie“, auf Kompetenzerweiterung und Sensibilisierung im Umgang mit dem Thema aus Sicht einer Führungskraft eingehen.

Außerdem gibt es Reflexionen und Diskussionen über die Rolle der individuellen Widerstandskraft der Mitarbeitenden gegen demokratiegefährdende Beeinflussungen. Außerdem wird die Stärkung des Rollen- und Selbstverständnisses einer Führungskraft im Kontext des Projektes sowie die kritische Auseinandersetzung mit der Rollenerwartung in der demokratischen Gesellschaft thematisiert.

Darüber hinaus werden Führungskräfte-dialoge für Mitarbeitende der mittleren und oberen Führungsebene durchgeführt.

Inhalte sind u. a.: Reflexion der eigenen Haltung sowie des eigenen demokratischen Selbstverständnisses, den damit verbundenen Folgen für den beruflichen Alltag und das persönliche Verhalten nach innen und außen. Kritische Auseinandersetzung mit der herausgehobenen Führungsrolle in der Polizei mit Blick auf die demokratische Gesellschaft sowie Interventionsstrategien und die Rolle der individuellen Widerstandskraft der Mitarbeitenden der Polizei gegen demokratiegefährdende Beeinflussung.

Alle Teilnehmer*innen erhalten in den Veranstaltungen die Möglichkeit, in einen intensiven Austausch auf ihrer Ebene zu kommen.

Dienststelle: Polizeidirektion Hannover (Fortbildungsbereich)
Projektort: Hannover
Ansprechpersonen: Milva-Nadine Lange/Andreas Krahmer
Erreichbarkeiten: auf@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Fortbildungsveranstaltungen „Polizeischutz für die Demokratie“ (Polizeidirektion Hannover)

Die Dienststellen der Polizeidirektion Hannover bieten regelmäßig Seminare zu einzelnen Themen in der Demokratiearbeit an. Die Veranstaltungen haben eine Dauer von 90 bis 240 Minuten und werden weitestgehend online angeboten:

„Hate Speech“

Hasskriminalität ist ein nicht von der Hand zu weisendes Problemfeld in der derzeitigen polizeilichen Arbeit. Die Veranstaltung in Form eines 1,5-stündigen Vortrags soll diesbezüglich ein erstes Fundament bilden. Hierzu erfolgen u. a. eine kritische Auseinandersetzung mit der statistischen Forschung zu dem Themenbereich sowie eine überblicksartige Darstellung einschlägiger Straftatbestände.

„Fake News“

Im digitalen Zeitalter sind Fake News ein vielfältiges Phänomen, das Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und entsprechend für die demokratische Grundordnung birgt. Im Rahmen des Fortbildungsmoduls werden Grundinformationen und Handlungsempfehlungen vorgestellt, die den professionellen Umgang mit der Thematik vermitteln und erleichtern sollen.

„Dienstliche Nutzung von Social Media“

In diesem 1,5- bis 2-stündigen Kurzseminar geht es insbesondere um das Mitführen privater Telefone im Dienst und die Nutzung dieser Telefone für dienstliche Zwecke. Über die Vorstellung eines realen Fallbeispiels zum Thema „WhatsApp-Chat und Polizei“ sollen alle Teilnehmer*innen sensibilisiert und handlungssicher gemacht werden.

„Sprache schafft Wirklichkeit“

In dem etwa vierstündigen Workshop zu „Sprache schafft Wirklichkeit“ mit ca. 15 bis 20 Personen wird auf unseren Sprachgebrauch geschaut – im privaten, aber auch im dienstlichen Bereich.

„Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“

Der Workshop bietet Hilfestellungen und Strategien, um sich klar zu positionieren und der bzw. dem „Parolenklopperin bzw. -klopfer“ den „Wind aus den Segeln“ zu nehmen. Im Rahmen des eintägigen Workshops wird in der Gruppe in den aktiven Austausch gegangen, um gemeinsam wirksame Strategien zu erarbeiten.

„Rassismus/Racial Profiling“

In Seminaren, beginnend ab 30 Minuten und mit ca. 15 Teilnehmenden, wird das Ziel verfolgt, den Teilnehmer*innen die Begrifflichkeiten Rassismus, Kolonialismus sowie den Zusammenhang von Sklaverei und „weißer Überlegenheit“ näherzubringen.

„Vortrag Rechtsextremismus im Internet und auf Gaming-Plattformen“

Ein Hakenkreuz als Avatar, ein Spiele-Chat mit antisemitischen Inhalten oder ein Computerspiel mit dem Ziel, Nazi-Symbole einzusammeln – all das ist Realität auf Gaming-Plattformen und in entsprechenden Communitys. Der Vortrag stellt eindrucksvoll die Fülle und Vielfalt rechtsextremistischer Inhalte in Computerspielen und auf Gaming-Plattformen dar und sensibilisiert damit die Teilnehmenden für solche Erscheinungsformen demokratiegefährdender Phänomene.

„Vortrag Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)“

In einer Gesellschaft leben Menschen in vielen unterschiedlichen Gruppen neben- und miteinander. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe ergibt sich dabei häufig unbewusst, wie z. B. bei Autofahrer*innen, Eltern, Sportler*innen, aber auch Wohnungslosen. Bestimmte Merkmale einzelner Gruppen bieten dabei regelmäßig Angriffspunkte für Diskriminierungen. Einige dieser Gruppen werden jedoch deutlich

häufiger diskriminiert als andere. Die Theorie der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit setzt sich mit genau diesen Gruppen auseinander, versucht zu erklären und zu definieren. Anschaulich und eindrücklich erweitern die Teilnehmenden ihr Wissen über benachteiligte Gruppen.

Darüber hinaus bietet der Fortbildungsbereich in Zusammenarbeit mit dem „Interkulturellen Dienst“ (IKD) der PD Hannover weitere Seminare zu interkulturellen Themen an:

- **„Interkulturelle Kompetenz (IK-)Basisseminar“**
- **„IK-Rassismus“**
- **„IK-Antisemitismus“**
- **„IK-Antiziganismus“**
- **„IK-Interreligiöser Rundgang“**
- **„Transkulturelle Kompetenz und empathische Kommunikation“**

Dienststelle:	Polizeidirektion Hannover
Projektort:	Hannover
Ansprechperson:	Milva-Nadine Lange
Erreichbarkeiten:	demokratie@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Europaprojekttag an der BBS Celle

*Demokratie
ist keine
Selbstver-
ständlichkeit
– was ist
Dein Einsatz?*

Am 30. April 2024 fand an der BBS Celle, einer Europaschule, der alljährliche Europaprojekttag statt. In diesem Jahr stand der Projekttag unter dem Motto: „Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – was ist Dein Einsatz?“ Ziel der Veranstaltung war es, den Wert der Demokratie für die Gesellschaft und das Ehrenamt im Landkreis Celle hervorzuheben. Die Polizeiinspektion Celle folgte der Einladung der Schule gern und beteiligte sich aktiv am Projekttag. Die Veranstaltung bot der Polizei die Möglichkeit, mit den Schüler*innen in einen direkten Austausch zu kommen.

Der Projekttag begann um 8:00 Uhr und erstreckte sich über fünf Stunden. In der Sporthalle der Albrecht-Thaer-Schule BBS III Celle gab es zahlreiche Aktionen und Informationsstände, die von verschiedenen Institutionen und Schüler*innengruppen organisiert wurden.

Die Polizeiinspektion Celle richtete einen Informationsstand ein, an dem Polizist*innen den Schüler*innen Rede und Antwort standen. Sie informierten über die vielfältigen Aufgaben der Polizei, das Bewerbungsverfahren für den Polizeidienst und die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse und wurde von den Teilnehmenden sehr positiv aufgenommen. Die Schüler*innen zeigten großes Interesse an den Themen Demokratie und Polizeiarbeit. Viele nutzten die Gelegenheit, um sich über eine mögliche Karriere bei der Polizei zu informieren und praktische Fragen zu stellen.

Der Europaprojekttag an der BBS Celle war ein voller Erfolg und zeigte einmal mehr, wie wichtig der direkte Dialog zwischen Polizei und Bevölkerung ist. Die Polizeiinspektion Celle plant, auch in Zukunft an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, um weiterhin zur Aufklärung und Präventionsarbeit beizutragen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu stärken.

Dienststelle: Polizeiinspektion Celle
Projektort: Celle
Ansprechpersonen: Felix Dawert, Holger Köhnke
Erreichbarkeiten: poststelle@pi-ce.polizei.niedersachsen.de

Seminar „Sprache schafft Wirklichkeit“



Exemplarisch für die im Kontext der landesweiten Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ entstandenen Fortbildungsformate im Zusammenhang mit Sprache wurde im Zentralen Kriminaldienst Hannover eine Vortragsreihe zum Thema Kommunikation und deren Wirkung entwickelt.

Die tägliche Arbeit von Polizeibeamt*innen ist davon geprägt, mit Kolleg*innen, aber besonders mit der Bevölkerung zu kommunizieren und zu interagieren. Unsere Gesellschaft ist dabei facettenreich und vielfältig. Sie ist divers.

Gerade in Situationen, in denen höchste Sensibilität gefragt ist, sollten Polizeibeamt*innen sich eigene Werte und Moralvorstellungen also stets vergegenwärtigen. Zudem unterliegen Polizeibeamt*innen via Diensteid Geboten zur Neutralität, Objektivität und zum Schutz der Bevölkerung.

Daher sollten Kommunikation und Handeln auch in besonderem Maße von Respekt und Toleranz geprägt sein. Fehlerhafte Kommunikation wird besonders kritisch wahrgenommen und häufig öffent-

lichkeitswirksam diskutiert. Die Kommunikation über Social Media hat die Verbreitung von Informationen zudem grundlegend verändert. Neben vielen positiven Aspekten verbirgt sich aber gerade hier das Risiko einer ungewollten Wirkung von Sprache.

Die oder der Sender*in einer Nachricht wird nicht als Individuum, sondern als „die Polizei“ wahrgenommen. Polizeibeamt*innen tragen dadurch nicht nur die Verantwortung für sich selbst, sondern auch für das Ansehen der Institution Polizei in der Bevölkerung.

Es gilt, in der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Sprache die eigene Wahrnehmung zu schärfen und sensibel im Umgang mit der Wortwahl zu sein. Es ist wichtig, dass jeder für sich und die Polizei im Ganzen ein Bewusstsein über die Bedeutung und Wirkung von Worten entwickelt. Genau das ist entscheidend für eine gerechte und neutrale Kommunikation. Allein das Bewusstsein um diese Tatsache schafft Klarheit darüber, dass das gesprochene Wort eine Wirklichkeit bei mir selbst und meinen Mitmenschen schafft.

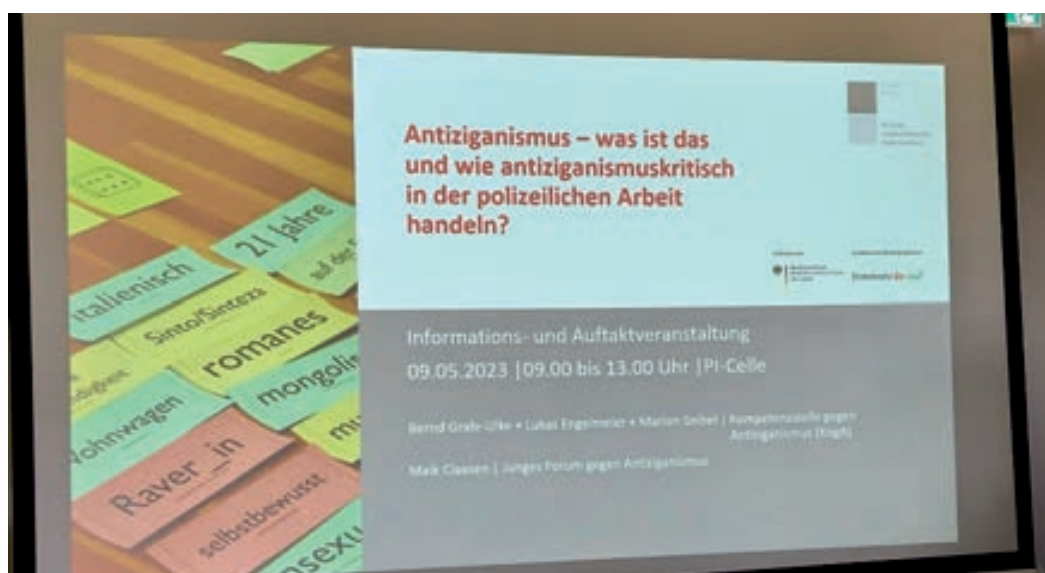
Sprache kann letztlich gar keine wertneutrale Kommunikation sein. [...] Sie ist kein statisches Medium, sondern veränderbar, beweglich und lebendig.

Sprache kann letztlich gar keine wertneutrale Kommunikation sein. Sie spiegelt immer individuelle Ansichten wider und legt innerhalb eines sozialen Gefüges Wirklichkeiten fest. Sie ist kein statisches Medium, sondern veränderbar, beweglich und lebendig.

Die Vortragsreihe wird seitens verschiedener, auch benachbarter Dienststellen wahrgenommen und findet Eingang in Fortbildungsveranstaltung und Führungskräftebesprechungen/-Tagungen.

Dienststelle:	Polizeidirektion Hannover, Zentraler Kriminaldienst
Projektort:	Hannover
Ansprechperson:	Inga Ungruh
Erreichbarkeiten:	Kfi5@zkd-h.polizei.niedersachsen.de

Informationsveranstaltung zum Thema Antiziganismus



Antiziganismus ist eine eigenständige Form des Rassismus gegen Sinti und Sintizze und Roma und Romnja. „Antiziganismus stellt ein gesamtgesellschaftliches Problem in Deutschland dar“, dieses Resümee findet sich in einem durch den Deutschen Bundestag beauftragten Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus.

Neben abwertenden Einstellungen in der Bevölkerung äußere sich diese Form des Rassismus auch durch diskriminierende Praktiken auf institutioneller Ebene. Es sei wichtig, ein Bewusstsein für individuelle antiziganistische Denk- und Handlungsmuster zu entwickeln und die Ursachen des Problems in den Blick zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund lud die Polizeiinspektion Celle im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Polizeischutz für die Demokratie“ ihre Mitarbeitenden am 9. Mai 2023 zu einer vierstündigen Informationsveranstaltung zum Thema „Antiziganismus – was ist das?“ ein.

Die Veranstaltung wurde durch Mitarbeiter*innen der Kompetenzstelle gegen Antiziganismus (KogA), des Jungen Forum gegen Antiziganismus sowie der Polizeiinspektion Celle gestaltet.

Dienststelle: Polizeiinspektion Celle
Projektort: Celle
Ansprechperson: Frank Freienberg
Erreichbarkeiten: poststelle@pi-ce.polizei.niedersachsen.de

[Die Veranstaltung wurde durch die Stiftung Mercator unterstützt.]

Fortbildungsveranstaltungen in der Synagoge Celle

Am 17. April 2024 fand die erste von zwei geplanten Veranstaltungen in der Synagoge Celle statt, organisiert von Patrick Hahne von der jüdischen Gemeinde Celle und Enno Stünkel vom „Celler Netzwerk gegen Antisemitismus“. Diese Veranstaltung war eine interne Schulung für Mitarbeitende der gesamten Polizeiinspektion Celle.

Patrick Hahne begann die Veranstaltung um 13:00 Uhr mit einer umfassenden Einführung in das Judentum. Er beleuchtete die Entstehung und Entwicklung der Religion und erklärte die zentralen Glaubenssätze und Praktiken des Judentums. Besonders eindrucksvoll war sein Vortrag über die Judenverfolgung während der NS-Zeit, der viele Zuhörer*innen tief bewegte. Hahne ging auch auf spezifische Themenwünsche der Teilnehmenden ein, was die Veranstaltung sehr interaktiv und relevant machte. Die Veranstaltung endete nach etwa zweieinhalb Stunden mit einer lebhaften Fragerunde, in der der Referent geduldig alle Fragen beantwortete.

Eine Woche später, am 24. April 2024, fand die zweite Veranstaltung statt, ebenfalls um 13:00 Uhr in der Synagoge Celle. Dieses Mal referierte Enno Stünkel über Antisemitismus. Er begann mit der Definition und verschiedenen Arten des Antisemitismus und erläuterte anschließend antisemitische Verschwörungstheorien. Sein Vortrag war gespickt mit aktuellen Beispielen und historischen Bezügen, was den Teilnehmenden half, die tief verwurzelten und vielfältigen Formen des Antisemitismus besser zu verstehen.

Stünkel betonte die Bedeutung der Aufklärung und Sensibilisierung im Kampf gegen antisemitische Tendenzen und erläuterte, wie solche Verschwörungstheorien oft gezielt verbreitet werden, um Hass und

Misstrauen zu schüren. Auch hier folgte eine ausführliche Fragerunde, in der die Teilnehmenden ihre Eindrücke und Fragen einbringen konnten. Die Veranstaltung dauerte etwa drei Stunden.

[...] Verschwörungstheorien [werden] oft gezielt verbreitet, um Hass und Misstrauen zu schüren.

Beide Veranstaltungen waren ein voller Erfolg und trugen wesentlich zur Sensibilisierung der Teilnehmenden für das Thema Antisemitismus bei. Die Zusammenarbeit zwischen der jüdischen Gemeinde Celle und dem „Celler Netzwerk gegen Antisemitismus“ erwies sich als äußerst fruchtbar. Die Teilnehmenden äußerten sich sehr positiv über die informativen und tiefgründigen Vorträge und betonten die Bedeutung solcher Veranstaltungen für ihre Arbeit und ihr persönliches Verständnis.

Diese Initiativen haben nicht nur das Wissen über das Judentum und Antisemitismus vertieft, sondern auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines respektvollen und informierten Umgangs mit diesen Themen gestärkt. Die Polizeiinspektion Celle plant, ähnliche Veranstaltungen auch in Zukunft fortzuführen, um kontinuierlich zur Aufklärung und Prävention beizutragen.



Dienststelle: Polizeiinspektion Celle
Projektort: Celle
Ansprechperson: Felix Dawert
Erreichbarkeiten: poststelle@pi-ce.polizei.niedersachsen.de

Projekt Alfons

Alfons – Kabarettist und Deutschlands Lieblingsfranzose – begeistert seit einigen Jahren mit seinem Bühnenstück „Alfons – Jetzt noch deutscher“ sein Publikum. Er erzählt auf berührende und dennoch lustige Weise die Geschichte seiner Familie seit der Zeit des Nationalsozialismus und wie es zu einer „Deutschwerdung“ kam. Auf der didacta 2023 stellte er sein Projekt „Alfons spielt für Schulen“ vor: ein auf dem Bühnenstück basierendes multimediales Projekt zu den Themen Toleranz, Völkerverständigung und Demokratie. Es wird mittlerweile deutschlandweit an vielen Schulen umgesetzt.

Neu war die Idee, dieses Projekt und die Demokratiearbeit der Polizei zusammenzubringen – Alfons (alias Emmanuel Peterfalvi) war sofort begeistert, auch der Polizei etwas über das Thema Demokratie beizubringen.



Üblicherweise besuchen einzelne Klassen, die an Alfons' Projekt teilnehmen, eine seiner bereits im Spielplan feststehenden Vorstellungen. In unserem Fall ermöglichten Alfons und das Veranstaltungszentrum Empore in Buchholz die Planung einer Extravorstellung, um so 200 Schüler*innen sowie 30 Polizeibeamt*innen teilnehmen zu lassen.

Es entstand ein Projekt, das im September 2024 durchgeführt wurde und folgende Bausteine enthielt:

- Vorbereitung auf das Bühnenstück für die teilnehmenden Schüler*innen mithilfe des bereits vorhandenen und von Alfons zur Verfügung gestellten Materials im Unterricht und z. T. unter Beteiligung der Polizei
- Workshop für die teilnehmenden Polizeibeamt*innen
- Gemeinsamer Besuch der Theateraufführung
- Nachbereitung und Diskussion mit Alfons und allen Teilnehmenden aus Schule und Polizei am Tag nach dem Theaterbesuch

Dienststelle: Polizeiinspektion Harburg (Polizeidirektion Lüneburg)
Projektort: Buchholz in der Nordheide
Ansprechperson: Katrin Ragge
Erreichbarkeiten: poststelle@pi-harburg.polizei.niedersachsen.de

Vortrag „Rassistisch konnotierter Sprachgebrauch“

Durch die Projektgruppe Netzwerk demokratische Resilienz der Polizeiinspektion Heidekreis organisiert, motivierten Thomas Eickhoff und Benjamin Schröder von der Polizeiakademie Niedersachsen am 20. September 2023 die 50 Teilnehmenden zur Reflektion der Sprache im innerdienstlichen Kontext.

Thomas Eickhoff, der selbst Kommunikations- und Betriebspsychologie studierte, befasste sich im Rahmen seiner Masterarbeit mit dem polizeilichen Sprachgebrauch. Wie Thomas Eickhoff ist auch Benjamin Schröder Mitarbeiter der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“.

Nach Darstellung der Ursprünge rassistischer Sprache erklärten die Referenten nachvollziehbar, warum Äußerungen zu Trauer und Wut führen können, obwohl die oder der Absendende seine oder ihre Worte ohne rassistische Hintergedanken wählte.

In ihrem rund 90-minütigen kurzweiligen Vortrag gelang es den Referenten, die Zuhörerschaft zu einem intensiven Austausch anzuregen.

Das Ziel, die Mitarbeiter*innen der Polizeiinspektion Heidekreis zu sensibilisieren, ist gänzlich erfüllt worden.



Dienststelle:	Polizeiinspektion Heidekreis (Polizeidirektion Lüneburg)
Projektort:	Soltau
Ansprechpersonen:	Kristofer Pflug, Karen Stockhausen
Erreichbarkeiten:	poststelle@pi-hk.polizei.niedersachsen.de

Fortbildung Demokratische Resilienz der Zentralen Kriminalinspektion Lüneburg

Im Rahmen der Strategie 2027 wurde das Ziel festgelegt, als Polizei widerstandsfähig gegen demokratiegefährdende Einflüsse zu sein und eine hohe Akzeptanz in allen Bevölkerungsschichten anzustreben. Diskriminierende oder extremistische Äußerungen werden nicht toleriert.

Vor diesem Hintergrund führt die PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen seit Mai 2023 eine zweistündige Fortbildung mit dem Ziel der Sensibilisierung durch. Im vertraulichen Umfeld der eigenen Organisationseinheit beschäftigen sich die Mitarbeiter*innen in dieser Pflichtveranstaltung mit dem Thema Diskriminierung. Zunächst besteht für die Gruppe die Möglichkeit, eigene Erfahrungen zu schildern. Es ist durchaus beeindruckend, wenn sich ein junger Polizeikommissar offenbart und nachdenklich schildert, dass er in seiner Jugendzeit bewusst andere Menschen beleidigt und bloßgestellt hat. Es ist auch kaum zu glauben, dass es für eine junge Polizeikommissarin vor weniger als fünf Jahren auf einer niedersächsischen Polizeidienststelle noch keinen Umkleideraum gab und sie sich im Geschäftszimmer umziehen musste.

Im weiteren Verlauf wird in Kleingruppen besprochen, was für einen persönlich Diskriminierung bedeutet. Im sogenannten Diskriminierungsbarometer ordnen zunächst die Kleingruppen verschiedene Bilder, Sprüche oder Memes ein und klären für sich, ob der Inhalt als diskriminierend anzusehen ist. Anschließend wird das Ergebnis im Rahmen der gesamten Gruppe erneut besprochen. Festzustellen ist, dass einige Bilder auf den ersten Blick zum Schmun-

zeln anregen, dann bei näherer Betrachtung dennoch als diskriminierend einzuschätzen sind.

In der Polizeiinspektion Stade und bei der Zentralen Kriminalinspektion Lüneburg wurde ebenfalls bereits begonnen, ähnliche Workshops unter dem Thema „Diskriminierungsbarometer“ durchzuführen.

Auch für den Stab der Polizeidirektion Lüneburg wurden seit September 2023 bislang 30 Workshops mit der Überschrift „Rassismus-Barometer“ in ähnlicher Weise für alle verpflichtend durchgeführt.

In den zweieinhalb- bis dreistündigen Fortbildungsveranstaltungen in einem geschützten Rahmen berichten Mitarbeitende über persönliche und dienstliche Erfahrungen mit Rassismus, versuchen die Frage zu klären: „Was ist Rassismus eigentlich?“ und diskutieren u. a. mithilfe von politischen Aussagen, kleinen Sachverhalten, Nachrichten und Memes, Themen wie Racial Profiling, Populismus, Vorurteile, Ausgrenzung, Rassismus und Beeinflussbarkeit durch soziale Medien.

Der Workshop wird von dem größten Teil der Mitarbeitenden als sehr gewinnbringend angesehen – der Wunsch nach weiteren Fortbildungen mit ähnlichem Format wird oft geäußert.

Dienststelle:	PD Lüneburg, Plen Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen und Stade, Zentrale Kriminalinspektion Lüneburg
Projektort:	bislang Lüneburg und Stade
Ansprechperson:	Achim Tatge
Erreichbarkeiten:	auf@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Lüneburger Woche der Demokratie 2022

In der Polizeidirektion Lüneburg fand vom 7. bis 11. November 2022 erstmalig die sogenannte „Woche der Demokratie“ statt. Hierbei überlegten sich die Inspektionen verschiedenste Aktionen und Veranstaltungen:

- Demokratie, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Populismus, Rassismus, Ehrenamt (PI Celle)
- Podcast mit zwei Geflüchteten (PI Heidekreis)
- „Warum radikalisiert sich Menschen?“ – Psychologe und Extremismusforscher Ahmad Mansour als Referent zu Gast bei „Woche der Demokratie“ (Standort Lüneburg)
- Besuch der Gedenkstätte Lager Sandbostel (PI Rotenburg)

- Vortrag des Zeitzeugen Otte Duve (PI Stade)
- Erkundung der Stolpersteine (PI Stade)
- Vortrag zum Thema „Vertrauen in die Polizei“ im Rahmen der Führungskräftefortbildung (PI Stade)
- Polizeibeamt*innen/Kolleg*innen mit Migrationshintergrund sprechen ehrlich über ihre (negativen) Erfahrungen (PI Stade)

Die Woche der Demokratie wurde am 1. Dezember 2022 mit einer Veranstaltung der PI Harburg im Behördenzentrum „Auf der Hude“ abgerundet: „Schluss mit dem Schlusstrich – Gegen das Vergessen?“ – Vortrag des Zeitzeugen Ivar Buterfas-Frankenthal.



Woche der Demokratie



Dienststelle: Polizeidirektion Lüneburg
Projektort: gesamte Polizeidirektion Lüneburg
Ansprechperson: Achim Tatge
Erreichbarkeiten: auf@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Integrationsteam der Polizeiinspektion Verden/Osterholz



Integration ist ein Prozess, der uns als Polizei seit Jahrzehnten begleitet und in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus der Gesellschaft gerückt wird. Eine erfolgreiche Integration kann dazu beitragen, dass durch Zuwanderung eine inklusive und vielfältige Gemeinschaft entsteht, in der jeder Mensch geschätzt und respektiert wird. Scheitert dieser Prozess, kann dies zu sozialer Ausgrenzung, mangelndem Vertrauen zwischen den Gemeinschaften, erhöhter Kriminalität und einem Anstieg von Vorurteilen und Diskriminierung führen. Um diese Herausforderungen und deren Einfluss auf den polizeilichen Alltag zu meistern, rief die Polizeiinspektion Verden/Osterholz 2017 das landesweit erste Integrationsteam ins Leben, das seitdem zu einem festen Bestandteil der Inspektion geworden ist.

Tatsächlich beschäftigt sich die Polizeiinspektion sogar seit 2008 mit der Thematik „Interkulturelle Kompetenz“ und Öffnung der Polizei in Richtung Zivilgesellschaft. Damals wurden die ersten interkulturellen Kontaktbeamt*innen ausgebildet und behördenübergreifende Grundmodule im Bereich interkultureller Kompetenz durchgeführt, an denen Mitarbeitende aus den Landkreisen, Städten und Kommunen sowie Kolleg*innen der Inspektion teilnahmen. Die Weiterentwicklung hin zum heutigen Integrationsteam war ein Prozess, der durch die Flüchtlingssituation 2015 noch einmal an enormer Bedeutung gewonnen hat.

Ziel des Teams ist die Schaffung einer Basis für ein rücksichts- sowie verständnisvolles Miteinander aller Kulturen. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung durch den Erhalt und Ausbau von Netzwerken und die Qualifizierung von Personal ist ebenso wichtig wie das Schaffen von Vertrauen, der Abbau von Vor-

urteilen sowie die Vermittlung von Werten. Polizeiarbeit kann in vielen Fällen nur in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung erfolgreich gestaltet werden. Hierzu zählen die gesamte Belegschaft, Geflüchtete, Migrant*innen, haupt- und nebenamtliche Netzwerkpartner*innen sowie die sonstige Zivilgesellschaft.

Die Arbeitsgruppe konnte zahlreiche Veranstaltungen durchführen und erfuhr damit aus internen und externen Kreisen stets hohen Zuspruch. In jüngerer Vergangenheit zählten hierzu folgende Ereignisse:

- Jährlicher Fachtag zur interkulturellen Kompetenz
- Jährliche Thementage: z. B. „Antisemitismus“ (2023), „Protestkulturen: Extremismus, Radikalisierung und Herausforderungen des Populismus“ (2024)
- Netzwerkarbeit: „Internationale Mittagspause“ in Kooperation mit Landkreisen, Finanzämtern und anderen Behörden
- Öffentlichkeitsarbeit über offizielle Social-Media-Kanäle der PI Verden/Osterholz
- Projekte mit direktem Bürgerkontakt: z. B. „Deine Polizei“, „Begegnungsprojekt“ (seit 2023)



Dienststelle:	Polizeiinspektion Verden/Osterholz
Projektort:	Landkreis Verden und Landkreis Osterholz
Ansprechperson:	Antje Schlichtmann (Leiterin Polizeiinspektion Verden/Osterholz)
Erreichbarkeiten:	poststelle@pi-ver.polizei.niedersachsen.de

Workshop „Polizeischutz für die Demokratie“ (Polizeidirektion Osnabrück)

Seit Januar 2024 hat die Polizeiinspektion Osnabrück bereits dreimal den Tagesworkshop „Polizeischutz für Demokratie“ durchgeführt. Zusammengestellt wurde das Seminar von den Demokratiepate*innen Michael Außendorf und Sandra Pendl.

In einer lockeren Gruppenrunde soll zu Schwerpunktthemen aufgeklärt, sie gemeinsam erarbeitet, Anregungen zum Nachdenken geboten, Gedankenaustausch gefördert und Hilfestellung gegeben werden. Insbesondere im (polizeilichen) beruflichen Kontext ist es immer wieder wichtig, sich mit den Themen auseinanderzusetzen, um keinen Tunnelblick zu bekommen. Der direkte Austausch im kleinen Rahmen von max. 14 Personen bietet den Kolleg*innen dazu ein passendes Umfeld.

Zu Beginn des Seminars werden die bisherigen Projekte in der PI Osnabrück im Kontext „Polizeischutz für Demokratie“ vorgestellt. Zudem wird auch auf die dienstlichen Besonderheiten im Hinblick auf das Verbreiten von Bildern und Texten z. B. in Chatverläufen eingegangen.

Anschließend wird direkt in das Thema eingestiegen und der Austausch zu den Begrifflichkeiten Diskriminierung, Demokratie und Rassismus begonnen. Gerade bei der Frage, ob eine Aussage schon diskriminierend ist, kommen manchmal unterschiedliche Meinungen vor, die auf verschiedenen Erfahrungen und Prägungen basieren. Das Hören einer anderen Sichtweise kann hier zum Nachdenken anregen. Im weiteren Verlauf des Workshops werden die Vorur-

teile und ihre Gefahren behandelt. Im Hinblick auf polizeiliche Kontrollen und den Vorwurf des Racial Profiling wird mit den Teilnehmer*innen über Gründe von Kontrollen gesprochen und eigene Entscheidungen reflektiert.

Zum Ende hin liegt der Fokus auf populistischen Äußerungen und wie diese zu erkennen sind. Populismus kann in Medien, am privaten Kaffeetisch, bei der Besprechung und im Einsatz auftreten.

Einfache Kommunikationshilfen geben Tipps an die Hand, die es einfacher machen, mit populistischen Äußerungen umzugehen. Geplant wurden weitere Workshops im Winterhalbjahr 2024 in der PI Osnabrück. Für die PD Osnabrück wird der Workshop im Rahmen der Demokratiewoche im März 2025 angeboten und für die Führungskräfte im Mai 2025.

*Nicht einmal die Wahrheit
höchstpersönlich ist so
überzeugend wie ein gut
zementiertes Vorurteil.*

Juli Zeh

Dienststelle: Polizeidirektion Osnabrück, PI Osnabrück
Projektort: Osnabrück
Ansprechpersonen: Sachbereich Strategie
Erreichbarkeiten: strategie@pd-os.polizei.niedersachsen.de

Argumentationstraining der PI Emsland/Grafschaft Bentheim

Die Polizei Niedersachsen tritt aktiv für eine freiheitliche Demokratie und die Achtung sowie den Schutz der Menschenrechte ein. Auch in den örtlichen Dienststellen soll diese Grundüberzeugung angestrebt und mit Maßnahmen belegt werden. In der Zeit sozialer Medien und einfacher Verbreitung von Inhalten im Internet gewinnt es zunehmend an Bedeutung, extremer Propaganda und Argumentation angemessen zu begegnen.

Die Grenze des Sagbaren scheint sich dem Eindruck nach in den letzten Jahren verschoben zu haben. Vieles wird unbedacht geäußert, aber einiges hat sich bereits auch fest in den Sprachgebrauch eingefügt. Zu hinterfragen, ob „Pack“ oder andere Ausdrücke wirklich in unseren Sprachgebrauch gehören, ist wichtig und vor dem Hintergrund unserer demokratischen Grundhaltung sinnvoll. Dabei ist es nicht das Ziel, die Umgangssprache neu zu definieren, sondern vielmehr für die Alltagssituationen zu sensibilisieren.

Um den Kolleg*innen Handlungssicherheit zu vermitteln und sie in die Lage zu versetzen, der Argumentation gegen populistische Parolen zu begegnen, wurde die Tagesveranstaltung „Argumentieren gegen Stammtischparolen“ entwickelt.

Gemeinsam mit Jutta Spiegelberg als Sachbearbeiterin für Prävention gegen politisch motivierte Kriminalität wurde dieses Training bereits mehrfach im Rahmen von Präventionsveranstaltungen vom FK 4 durchgeführt. Es ist sehr interaktiv und lebt vom gemeinsamen Dialog und dem Ziel, die Teilnehmer*innen für sensible Situationen zu stärken. Jede und jeder von uns kann bereits argumentieren, jedoch fehlen in bestimmten Situationen vielleicht auch einfach die Handlungsalternativen. So sollen alle Teilnehmer*innen weiter darin bestärkt werden, frühzeitig, angemessen und effizient auf Probleme reagieren zu können.

Dienststelle:	Polizeidirektion Osnabrück, PI Emsland/Grafschaft Bentheim
Projektort:	Lingen
Ansprechperson:	Sachbereich Strategie
Erreichbarkeiten:	strategie@pd-os.polizei.niedersachsen.de

Fortbildungsangebote der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (u. a. Bereitschaftspolizei)



Im Rahmen der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ in der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen wurden bereits 2023 sogenannte „Quartalsthemen“ implementiert. Ziel ist es, allen Mitarbeitenden einen Zugang zu Veranstaltungen, Exkursionen und Vorträgen zu den zuvor ausgewählten Themen zu ermöglichen und sich dadurch intensiv damit auseinanderzusetzen, etwa die Befreiung von Auschwitz (Thema 1. Quartal 2023). Weiterhin wurden bereits mehrere Vorträge und Workshops in den jährlichen Fortbildungsplan integriert. Für 2024 sind daraus resultierend 13 Seminare zu fünf verschiedenen Themen geplant worden. Durch das große Netzwerk der ZPD NI an aktiven Mitgliedern der Bildungsinitiative ist insbesondere in den Bereitschaftspolizeihundertschaften ein buntes Portfolio aus durchgeführten Aktivitäten und Fortbildungen für Angehörige von Bereitschaftspolizeieinheiten entstanden.

Nachfolgend soll hierzu ein Überblick gegeben werden (nicht abschließend).

- Workshop „Rechtsextremismus (in Niedersachsen) und Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ mit Achim Bröhenhorst vom Landes-Demokratiezentrum
- „Linksextremismus und Linke Militanz“ – Bildungs- und Beratungsstelle PHÄNO
- „Salafismus in Niedersachsen“ – beRaten e. V.
- Workshop „Polizei – Visitenkarte und Garant für eine demokratische Gesellschaft“ mit Thomas Müller
- „Rassismus-Sensibilisierung“ mit Schwarze Schafe e. V. und mit Abigail Joseph-Magwood, Lehrkraft der Hochschule Osnabrück
- „Führungskräftetraining: Demokratie schützen, Rassismus vorbeugen: Meine Rolle als Führungskraft“ – Schwarze Schafe e. V.
- Teilnahme an mehreren Workshops des ZeitZentrums Zivilcourage:
 - „Mitmachen oder Widerstehen? Lebensgeschichten erkunden“
 - „Wie können wir zusammen mutiger sein? Demokratie und Zivilcourage“

- Besuch im Haus der Religionen und Teilnahme durch Demokratiepat*innen beim gemeinsamen Fastenbrechen der islamischen und jüdischen Gemeinde
- Exkursion der Bereitschaftspolizeihundertschaft Lüneburg zur Wanderausstellung „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“ im Museum Lüneburg
- „Verschwörungserzählungen und Polizeiarbeit“ – Veranstaltung der Amadeu Antonio Stiftung
- Teilnahme am Vortrag von Prof. Dr. Karim Fereidooni im LKA NI zum Thema „Rassismuskritik: Was muss ich wissen? Was kann ich tun? Was kann die Institution Polizei leisten?“
- „Erinnerung an NSDAP-Mitglieder?“ – Straßennamen in der oldenburgischen Gemeinde Wardenburg (Historiker*innen der Uni Oldenburg gaben exklusive Einblicke in ihre Arbeit)
- Besuch und offenes Gespräch zum Thema Judentum und Gefahrenlage in der Jüdischen Gemeinde zu Oldenburg K.d.ö.R.
- Jährliche Teilnahme durch ca. 30 Personen der ZPD NI an der Demokratiewoche der PD Osnabrück
- Besuch der Gedenkstätte Esterwegen (ca. 30 Teilnehmer*innen)



Dienststelle: Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen
Projektort: Niedersachsen
Ansprechperson: Richard Schirmer
Erreichbarkeiten: strategie@zpd.polizei.niedersachsen.de

Demokratie-Workshop der Masterstudierenden in der Gedenkstätte Pulverfabrik Liebenau

Am 12. und 13. August 2024 fand bei hochsommerlichen Temperaturen ein zweitägiger Demokratie-Workshop der Studierenden des Masterstudiengangs „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ in der Gedenk- und Bildungsstätte Pulverfabrik Liebenau statt. Anknüpfend an eine im Juni 2024 zwischen der Polizeiakademie Niedersachsen und der Gedenkstätte geschlossene Kooperationsvereinbarung wurde der Zielgruppe der Masterstudierenden als angehende hochrangige Führungskräfte am ersten Tag zunächst ein umfangreicher Einblick in die Gedenkstätte und deren Entstehung zuteil.

Nach der Begrüßung durch den Direktor der Polizeiakademie, Carsten Rose, führten Martin Guse, als Leiter der Gedenkstätte, und die Historikerin Katharina Winter durch die Ausstellungsräumlichkeiten. Während der weiteren eigenständigen Begehung und dem „auf sich wirken lassen“ der aufgezeigten

Dimensionen von Verschleppung, Zwangsarbeit und Tod in einem beschaulichen Ort wie Liebenau wurde es merklich still unter den Teilnehmenden.

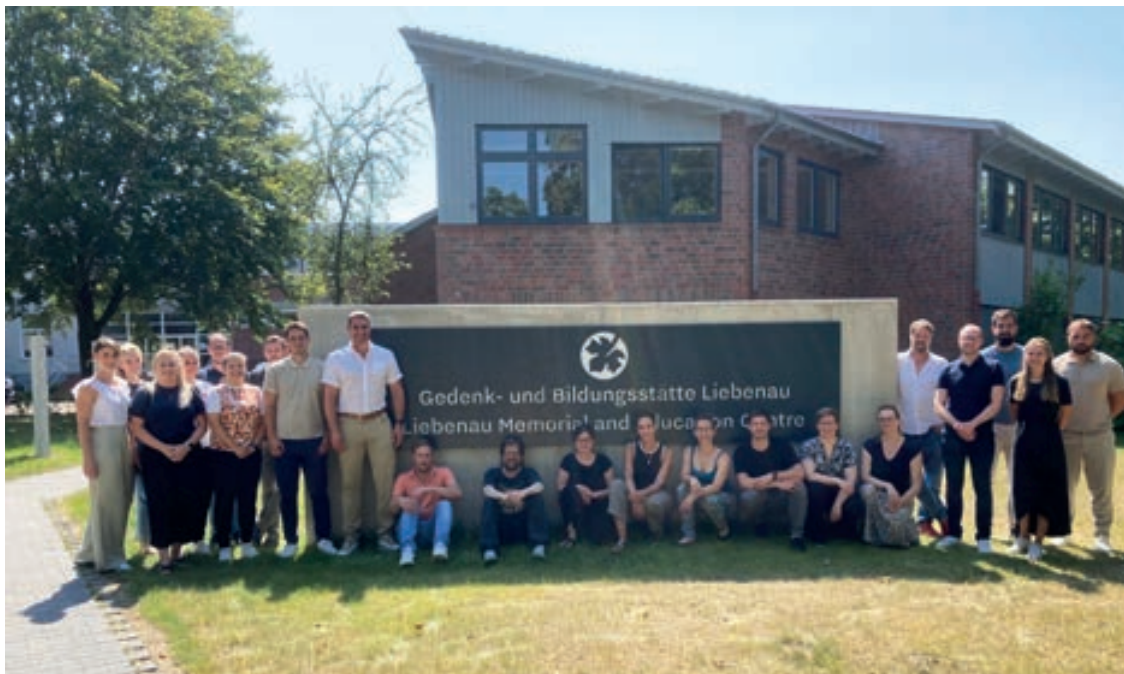
Am Nachmittag von Tag 1 erfolgte dann die Besichtigung des eigentlichen ehemaligen Werksgeländes der Pulverfabrik Liebenau, wobei auch persönliche Lebensgeschichten von Häftlingen vorgestellt wurden.

Der zweite Tag stand im Zeichen von Workshops, fachlichem Input und insbesondere niedrigschwelligem persönlichem Austausch. In einem Eröffnungsvortrag wurde durch den Mitarbeiter der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte, Michael Schmeltkus, die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ bzw. deren aktuelle Ausprägungen und Vorhaben vorgestellt.



Im Anschluss fanden für alle Teilnehmenden Workshops zu den Themen „Demokratisches Selbstverständnis als Führungskräfte“ (M. Schmelkus), „Ideen zur Intensivierung der Zusammenarbeit von Polizeiakademie und Gedenkstätte in der Aus- und Fortbildung“ (M. Guse/K. Winter) sowie zu „Kritischen Führungssituationen im Zusammenhang mit demokratischer Resilienz“ (Jan Gaebel, Studienggebiet 2) statt.

In vielen niedrigschwelligen Gesprächen konnten die Masterstudierenden hierbei in einen fundierten fachlichen Austausch treten, eigene bereits erlebte kritische Führungssituationen im geschützten Kreis teilen und insbesondere die eigene zukünftige Führungsrolle reflektieren.



Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Liebenau
Ansprechperson: Jan Gaebel
Erreichbarkeiten: poststelle@pa.polizei.niedersachsen.de

[Die Veranstaltung wurde finanziell durch die Stiftung Mercator gefördert.]

Begleitwort

*Christiane von Websky,
Stiftung Mercator*



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stiftung Mercator freut sich, ein Teil dieser Publikation sein zu dürfen. Denn in dieser wird ein Thema angesprochen, das uns als Stiftung besonders am Herzen liegt: die strukturelle Verankerung von Demokratietarbeit in staatlichen Institutionen, unter anderem und sehr zentral – in der Polizei.

Gemäß unserem Leitbild in der Stiftung Mercator setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, die sich durch Toleranz, Respekt und Weltoffenheit auszeichnet. Im Bereich Teilhabe und Zusammenhalt der Stiftung möchten wir die Teilhabe und Mitwirkung unterrepräsentierter Gruppen fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Die Polizei hat einen großen Einfluss auf die Gesellschaft. Als Exekutivorgan des Staates trägt sie die besondere Verantwortung, die Grundrechte aller zu schützen und demokratische Werte zu wahren. Aktuelle Ereignisse wie das Auftauchen rechtsextremer Netzwerke in der Polizei und Diskriminierungs- oder unberechtigte Gewalterfahrungen zeigen auf, dass strukturelle Defizite in den Sicherheitsbehörden bestehen, die es zu beheben gilt. Auch wenn derzeit das Vertrauen in die Polizei vergleichsweise hoch ist, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie ihre Glaubwürdigkeit beibehält. Kommen daran Zweifel auf, ist die Demokratie in Gefahr.

In diesem Zuge ist unsere Zusammenarbeit mit der Polizeiakademie Niedersachsen und dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.“ im Projekt „Demokratiestarke Polizei – Strukturelle Verankerung von Demokratietarbeit in der Polizei“ ein wichtiger Schritt, um Demokratietarbeit in der Praxis zu verankern.

Eine dauerhafte Etablierung des bereits existierenden Netzwerks von Demokratiepatinnen und Demokratiepaten in der Polizei Niedersachsens und die Ausweitung auf weitere Bundesländer stehen im Mittelpunkt des Projekts. Wir möchten so die Widerstandskraft gegen demokratiefeindliche Tendenzen innerhalb der Polizei stärken und dabei unterstützen, Polizeiarbeit zukunftsfähig und demokratisch zu gestalten.

Als Stiftung sehen wir unsere Rolle darin, mutige Akteur*innen zu unterstützen, die sich dieser Aufgabe widmen und innovative Ansätze wie dieses Projekt anstoßen. Wir sind zuversichtlich, dass dieses Projekt zu einer Veränderung beitragen wird, die bereits über Niedersachsen hinaus Wirkung zeigen konnte. Wir sind dankbar für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und dass sich die Polizei auf diese eingelassen hat.

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre der Publikation und freue mich auf die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, um eine demokratiestarke Polizei und eine vielfältige, inklusive Gesellschaft zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Christiane von Websky

Leiterin Bereich Teilhabe und Zusammenhalt
Stiftung Mercator

VERANSTALTUNGEN

Bundesweiter Kongress „Netzwerk demokratiestärke Polizei“ 2021



tur, von Rassismus über Antisemitismus, Sexismus und Gender/LSBTIQ. In Workshops sowie an rund 30 Ständen wurden den Teilnehmenden aus den Polizeien aller Bundesländer und des Bundes, aus Politik sowie polizeiinterner wie externer Wissenschaft aktuelle und wichtige Projekte und Trends in den Polizeien aufgezeigt. Am zweiten Tag folgten Fachreferate zum Komplex Führung und zur demokratischen Resilienz. Zum Abschluss wurden Transferstrategien der wissenschaftlichen Impulse in die polizeiliche Praxis diskutiert.

Die Polizeiakademie Niedersachsen begrüßte am 9. und 10. September 2021 mehr als 200 Teilnehmende vor Ort im Hannover Congress Centrum sowie mehrere Hundert Gäste per Livestream zum bundesweiten Kongress „Netzwerk demokratische Polizei“. An zwei Tagen traten die Polizeien aus ganz Deutschland mit namhaften Wissenschaftler*innen zu aktuellen und auch kontrovers diskutierten Themen in den Dialog. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Konferenz der polizeilichen Hochschulen, Fachbereiche und Akademien des Bundes und der Länder (HPK) durchgeführt.

Das Spektrum des unter der Schirmherrschaft des damaligen niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport, Boris Pistorius, stehenden Kongresses war breit gefasst: von zu untersuchenden Diskriminierungstendenzen über Aspekte der Organisationskul-

Zu Gast waren namhafte Referierende. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D. und Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, führte in seiner Keynote „Demokratie schützen – Zur Rolle der Institutionen und ihrer Mitwirkenden“ in das Thema ein.

Er betonte, dass wir Polizistinnen und Polizisten brauchen, die sich aktiv für die Demokratie einsetzen. Zudem müsste Demokratie vor Ort gestaltet und gelebt werden. Jeden Tag aufs Neue.

Zudem müsste Demokratie vor Ort gestaltet und gelebt werden. Jeden Tag aufs Neue.

Am zweiten Tag war die Publizistin und Politikerin, Marina Weisband, Keynote-Speakerin und referierte über Sicherheit und Freiheit in einer digitalisierten, demokratischen Gesellschaft. Der Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, Carsten Rose, zeigte sich über die hohe Resonanz erfreut. „Wir verstehen den Kongress als weiteren Baustein zur Stärkung der demokratischen Widerstandskraft der Polizeien sowie als Beitrag zum Austausch und zur Vernetzung



Demokratiestarke Polizei Niedersachsen



Die Polizei ist als Teil des staatlichen Gewaltmonopols ein zentraler Akteur der Demokratie. Daher ist die demokratische Widerstandsfähigkeit innerhalb der Polizei sowie ihr Wirken nach außen immer auch ein Gradmesser der Demokratie und erfordert eine permanente und aufmerksame Reflexion polizeilicher Aufgaben und gelebter Praxis im Kontext demokratischer Werte. Für eine konstruktive und selbstkritische Reflexion spielen polizeiexterne und polizeiinterne Forschung, Bildung und die öffentliche Diskussion um und über die Polizei eine zentrale Rolle. Mit dem Kongress sollen Diskussionen aufgegriffen, kritische Diskurse geführt und der Austausch mit der Wissenschaft verstetigt werden.



der verschiedenen Akteure“, so Rose in seiner Begrüßung. Die Polizei Niedersachsen hat bereits 2019 Schwerpunkte im Bereich Demokratiekompetenz gesetzt, sei es mit dem Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ oder mit der Verortung der Stärkung der demokratischen Resilienz als strategisches Ziel. Im Jahr 2021 wurde an der Polizeiakademie Niedersachsen zudem das Institut für Kriminalitäts- und Sicherheitsforschung (IKriS) gegründet.



Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Hannover
Ansprechpersonen: Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten: polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

Bundesweiter Kongress „Netzwerk demokratiestärke Polizei“ 2023



stärken? Parallel zu verschiedenen Panels lief an beiden Tagen eine Fachmesse, in der über 35 Organisationen zu ihren Aspekten der Demokratiewerk ausstellten und informierten.

Die niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, betonte in ihrem Grußwort: „Unsere niedersächsischen Polizistinnen und Polizisten sind die ersten Verteidiger der Demokratie. Sie stehen fest auf dem Boden unseres Grundgesetzes.

Am 24. und 25. Oktober 2023 fand in Hannover der zweite Kongress Netzwerk Demokratiestärke Polizei zum Thema „Polizei und Demokratiewerk – Forschung, Projekte und Diskurse“ statt. Wie bereits 2021 diente die Fachtagung dem Austausch zwischen (zivil)gesellschaftlichen Akteuren, der Polizei, der Wissenschaft und der Politik.

Kernthema des Kongresses war erneut die Frage: Wie widerstandsfähig ist die Polizei gegen demokratiewerkfeindliche Verlockungen und wie kann man dem zunehmenden Populismus als Organisation entgegenreten, um die Resilienz der einzelnen Polizist*innen gegen entsprechende Tendenzen zu

Sie sorgen dafür, dass das elementare Bedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit erfüllt wird. Die Polizei Niedersachsen steht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein und tritt demokratiewerkgefährdenden Erscheinungen entschlossen entgegen. Lassen Sie nicht locker und bleiben Sie auch bei Gegenwind auf diesem Weg.“

Dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts a. D. und Vorsitzenden des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, ging es in seinem Impulsvortrag vorrangig um die Kernbotschaften: „Den Beschäftigten





des Öffentlichen Dienstes ist die Demokratie in besonderem Maße anvertraut. Die Polizei verteidigt nicht nur die demokratische Verfassungsordnung, wenn sie gefährdet ist. Die Polizei vermittelt in ihrem gesamten Auftreten auch die demokratischen Werte unseres Gemeinwesens.“ Weiter führte er aus, „dass das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Polizei nicht dazu führen darf, sich zurückzulehnen und auf schlechte Umfragewerte anderer staatlicher Akteure zu verweisen. Vielmehr gilt es, die besondere Verantwortung der Polizei für den demokratischen Rechtsstaat fortlaufend mit Leben zu erfüllen – und dazu gehört auch eine strukturelle Weiterentwicklung. Demokratie ist kein Nice-to-have, sondern notwendiger Bestandteil der Personalsteuerung.“

Der erste Tag drehte sich vorrangig um Demokratiearbeit in und auch mit der Polizei. Dr. Dirk Götting, Leiter der Forschungsstelle für Polizei- und Demokrati-

Demokratiearbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

tiengeschichte an der Polizeiakademie Niedersachsen, betonte: „Demokratiearbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In der Polizei Niedersachsen wirken mittlerweile über 100 Demokrati-

epatinnen und Demokratiopaten. Sie gestalten eine Fülle von Projekten, von denen eine Auswahl im Rahmen dieses Kongresses vorgestellt wird.“ Aber auch externe Fachleute fanden Raum für Gehör. So zeigte Dr. Michael Parak, Geschäftsführer des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., auf, wie

gute Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Polizei funktioniert. Dazu müsse man „die Zusammenarbeit mit denjenigen innerhalb der Polizei suchen, die eine Weiterentwicklung der Institution vorantreiben wollen – nur so kann sich eine ‚Tür der Veränderung‘ von innen öffnen.“

Die Ausrichtung des Kongresses erfolgt in Zusammenarbeit mit dem gemeinnützigen Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und wird gefördert durch die gemeinnützige Stiftung Mercator.

„Die Polizei vollzieht das Gewaltmonopol in unserem Staat. Bei der Durchsetzung von Gesetz und Ordnung muss sie der großen Verantwortung gerecht werden, alle Menschen gleichzubehandeln. Kommen daran Zweifel auf, ist die Demokratie in Gefahr“, begründete Dr. Wolfgang Rohe, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stiftung Mercator, in seinem Grußwort das strategische Interesse der Stiftung an dem Thema. „Die Stiftung Mercator engagiert sich für den Abbau von Diskriminierungen in Bereichen mit großem Machtgefälle, etwa den Sicherheitsbehörden oder dem Gesundheitssektor. Benachteiligungen aufgrund der Herkunft oder fehlender Sprachkenntnisse haben hier besonders schwerwiegende Folgen. Wir sind froh und dankbar, dass wir mit der Polizeiakademie Niedersachsen und dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zwei so aufgeschlossene und kompetente Projektpartner gewinnen konnten, um gemeinsam an diesen sensiblen Themen zu arbeiten“, ergänzte Christiane von Websky, Leiterin des Bereichs Teilhabe und Zusammenhalt der Stiftung Mercator, im Podiumsgespräch.

Der zweite Tag drehte sich vorrangig um das Thema Polizei und Gewalt. Hanna Naber (MdL), Präsidentin des Niedersächsischen Landtages, drückte in ihrer Keynote-Speech tiefen Respekt für die Arbeit der Polizei aus: „In Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche und Herausforderungen ist die Polizei

In Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche und Herausforderungen ist die Polizei ein wichtiger Stabilitätsfaktor.



ein wichtiger Stabilitätsfaktor für unsere Gesellschaft. Gemeinsam tragen wir die Verantwortung dafür, das Vertrauen in unsere Demokratie und in unsere Institutionen zu schützen und zu stärken.“

Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, war hocherfreut, dass sich für den Kongress erneut ein so großer und fachlich versierter Teilnehmendenkreis zusammengefunden hat. „Es zeigt einen Bedarf, den Kongress Netzwerk Demokratiestarke Polizei als festen Termin in Hannover zu etablieren. Er ist ein weiterer Baustein in unserem Bestreben, die Polizei zukunftsicher gegen alle Formen demokratischer Einflüsse abzusichern. Dies

Wir benötigen dafür eine enge Vernetzung zu den vielen anderen Akteuren, die unserer Demokratie ein Gesicht geben.

kann die Polizei nicht allein aus sich heraus, auch wenn die Motivation dazu vorhanden ist. Wir benötigen dafür eine enge Vernetzung zu den vielen anderen Akteuren, die unserer Demokratie ein Gesicht geben. Dieser Kongress soll die Idee der demokratiestarken Polizei nach innen weiter festigen und



zugleich Strahlkraft nach außen erzeugen. Er soll zeigen, dass die Menschen in der Polizei verlässliche Partner sind in der aktuell so wichtigen gesamtgesellschaftlichen Demokratiearbeit. Gemeinsam wirkungsstärker sein, das ist unsere Strategie.“ *Gemeinsam wirkungsstärker sein [...]*

Fazit: Es ging im Kongress immer wieder um die Stärkung der inneren Haltung der Polizeibeschäftigten, um das Vertrauen in die Polizei und schlussendlich darum, dass Demokratie durch Vernetzung der Akteur*innen an Festigkeit gewinnt. Polizist*innen, die aktiv für die zentralen Werte unserer Verfassung eintreten, sind verlässliche Partner*innen in einer wehrhaften Demokratie.

Auch im Jahr 2025 wird es wieder einen bundesweiten Kongress „Netzwerk demokratiestarke Polizei“ geben. Hier werden nicht nur theoretische Erkenntnisse präsentiert, im Mittelpunkt steht vor allem der intensive praktische Austausch.

Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Hannover
Ansprechpersonen:	Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten:	polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

Netzwerktreffen der Demokratiepat*innen und Unterstützer*innen 2024

Wenn es darum geht, unsere Demokratie zu stärken, dann müssen die Menschen die Demokratie mittragen. Menschen müssen sich beteiligen.



„Wenn es darum geht, unsere Demokratie zu stärken, dann müssen die Menschen die Demokratie mittragen. Menschen müssen sich beteiligen!“

Diese Worte richtete die Landrätin von Lüchow-Danzenberg, Dagmar Schulz, an die Teilnehmenden des Netzwerktreffens der Demokratiepat*innen, das vom 5. bis zum 7. August 2024 in Lüchow stattfand. Und wie stark der Beteiligungswille innerhalb der Polizei Niedersachsen ist, das machten über 70 Demokratiepat*innen und Netzwerkende während der dreitägigen Veranstaltung deutlich.

Eingebunden waren auch Gäste aus der Polizei Schleswig-Holstein, die nach niedersächsischem Vorbild Demokratiearbeit in ihre Landespolizei übertragen, sowie Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, der am zweiten Veranstaltungstag die Teilnehmenden in Lüchow begrüßte.

Impulse und konstruktiver Austausch

Wie können demokratische Werte innerhalb der Polizei gestärkt werden? Wie überzeugen wir Kolleg*innen für Demokratiearbeit in der Polizei? Welche Erfahrungen wurden gemacht und was benötigen Demokratiepat*innen, um demokratie-

stärkende Projekte weiterhin umzusetzen? Dies ist nur ein Auszug der Fragen, die Demokratiepat*innen auch abseits des offiziellen Programms diskutierten.

Die These, dass unsere Demokratie auch mit Verfahren der direkten Demokratie gestärkt werden kann, vertrat die Referentin, Prof. em. Christine Landfried, in ihrem Vortrag. Eine kontroverse These, die von den Teilnehmenden kritisch hinterfragt wurde. Landfried nahm sich Zeit, alle Fragen zu beantworten und betonte: „Man darf den Menschen nicht die Verantwortung für ihre Demokratie nehmen. Das

schadet der Demokratie!“

In verschiedenen Workshops diskutierten die Teilnehmenden, wie wir über und in einer Demokratie miteinander sprechen oder wie wir Rassismus und populistischen Parolen widersprechen können. Auch die eigene Netzwerkarbeit, Kooperationen mit Gedenkstätten und die Rolle von Führungskräften im Themenfeld der demokratischen Resilienz wurden reflektiert und erörtert.

Mit Mattis Binner stellte sich auch die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten vor und stellte Ansätze dar, aus der historischen Erfahrung zu lernen. Hierbei zeigte er die berufsgruppenspezifischen Vermittlungsangebote der Gedenkstätten auf, die gerade für die Polizei stetig aktualisiert und entwickelt werden.



Demokratiearbeit benötigt Raum zum Austausch

Dass die Arbeit der Demokratiepät*innen und Netzwerkenden für die Polizei von enormer Bedeutung sei, stellten Dr. Dirk Götting, Leiter der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte, und Andrea Mählmann, stellvertretende Vorsitzende des PHPR, in ihren Vorträgen heraus. Mählmann machte einmal mehr deutlich, dass auch der Personalrat hinter der Arbeit der Demokratiepät*innen und Netzwerkenden stehe und in diesem Themenfeld ein verlässlicher Partner sei.

Verlassen können sich die Demokratiepät*innen und Netzwerkenden auch darauf, sich in einem Netzwerk mit Gleichgesinnten zu befinden, die engagiert Demokratiearbeit in der Polizei gestalten. Die Teilnehmenden betonten mehrfach die Relevanz des gemeinsamen Austausches nicht nur innerhalb der Dienststellen, sondern eben auch im Rahmen von regelmäßigen behördenübergreifenden Netzwerktreffen.

Deshalb wurden abschließend bereits neue Ideen für weitere Netzwerktreffen gesammelt, damit es auch bald wieder heißt: Demokratiestark in Lüchow!

Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Lüchow
Ansprechpersonen:	Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten:	polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

Podiumsdiskussion „Interkulturelle Kompetenz als Baustein demokratischen Selbstverständnisses“



Durch den Demokratiepaten, Thomas Eickhoff, der Polizeiakademie Niedersachsen wird eine inzwischen jährlich stattfindende Podiumsdiskussion zum Themenfeld „Interkulturelle Kompetenz als Baustein des demokratischen Selbstverständnisses“ organisiert und online gestreamt. Hierbei werden unterschiedliche Themenschwerpunkte unter Beteiligung polizeilicher Vertretungen und Personen der Zivilgesellschaft diskutiert:

Der Themenschwerpunkt „Interkulturelle Kompetenz als Baustein des demokratischen Selbstverständnisses – Welche Formen von Sachverstand benötigt die Polizei hierzu?“ wurde am 18. Februar 2021 unter Beteiligung von Dr. Astrid Jacobsen (Professorin an der PA NI im Studiengebiet 4), Michael Zorn (damaliger Polizeivizepräsident der Polizeidirektion Osnabrück), Harry Blome (Leiter der 4. Kriminalfach-

inspektion des ZKD Hannover) und Frank Waterstraat (damaliger Leiter des kirchlichen Dienstes in Polizei und Zoll) diskutiert. Im Fokus standen die Fragen, was unter interkultureller Kompetenz verstanden wird, welche Formen der interkulturellen Kompetenz innerhalb der Polizei benötigt werden und welche Bedeutung interkulturelle Kompetenz in Bezug auf Verhalten und Haltung für jede und jeden Polizeibeamt*in bedeutet. Rund 470 Mitarbeiter*innen der Polizei Niedersachsen verfolgten die Podiumsdiskussion online.

Der Themenschwerpunkt „Potenziale für reflektiertes antidiskriminierendes polizeiliches Handeln“ wurde am 23. Februar 2022 unter Beteiligung von Gwendolin von der Osten (damalige Polizeipräsidentin der PD Göttingen, heutige Polizeipräsidentin der PD Hannover), PHK Dietmar Schilff (stellv. GdP-

Bundesvorsitzender und stellv. Vorsitzender im Polizeihauptpersonalrat), Dr. Jens Bergmann (Professor an der PA NI), Konrad Erben (ehemaliges Vorstandsmitglied der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland e. V.), Muzaffer Öztürkyilmaz (Referent der Geschäftsführung des Flüchtlingsrates Niedersachsen e. V.) diskutiert und von ca. 400 Mitarbeiter*innen der Polizei Niedersachsen verfolgt.

Der Themenschwerpunkt „Die Bedeutung einer anti-rassistischen Sprache“ wurde am 22. Februar 2023 unter Beteiligung von Carsten Rose (Direktor der PA NI), Savaş Gel (Leiter der KFI 5 des ZKD Hannover), Souad Lamroubal (Kommunalbeamtin und Dozentin Interkulturelle Kompetenz) und Christoph Gnau (Dozent an der Akademie der Polizei Hamburg) diskutiert und erstmalig via YouTube und Facebook live gestreamt. Insgesamt verfolgten rund 300 Personen die digitale Veranstaltung.

Der Themenschwerpunkt „Wenn rechte Chatgruppen das Vertrauen in die Polizei untergraben und was wir dagegen tun können“ fand Eingang in eine Podiumsdiskussion, die am 20. Februar 2024 live aus dem Studio der ZPD Niedersachsen in Hannover über YouTube gestreamt wurde (ca. 1.000 Klicks). Nach Eröffnung durch die Abteilungsleiterin 1 der PA, Prof. a.d.PA. Dr. Heike Matthias-Ripke und einer digitalen Grußbotschaft der Innenministerin des Landes Niedersachsen, Daniela Behrens, diskutierten, unter Moderation von Henning Schnieder PDin Christina Benkert (Leiterin des Studiengebiets 3 – Rechtswis-

senschaften der PA NI), Felix Zimmermann (Redakteur der TAZ), PORin Julia Semper (PI Salzgitter/Peine/Wolfenbüttel), Prof. Dr. Marc Coester (Professor für Kriminologie an der HWR Berlin) und PHK Benjamin Schröer (Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte) zum Thema.

Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Nienburg, Hannover, online
Ansprechperson:	Thomas Eickhoff
Erreichbarkeiten:	thomas.eickhoff@polizei.niedersachsen.de

Tag der Demokratie der Polizeiakademie Niedersachsen



Anlässlich des Internationalen Tages der Demokratie hatte die Polizeiakademie Niedersachsen am 15. September 2023 rund 90 Schüler*innen ortsansässiger Gymnasien an den Studienstandorten in Hann. Münden und Nienburg eingeladen.

Ziel des Besuches war der gemeinsame Austausch von Schüler*innen mit den Studierenden über Demokratie in der deutschen Gesellschaft und über die Rolle der Polizei im Verlauf der deutschen Geschichte.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch einen Impulsvortrag zu den Themen Chancen, Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen, die eine Demokratie als Regierungssystem für eine Gesellschaft bereithält, sowie die Rolle der Polizei in der

modernen Demokratie und warum nur eine lebendige Demokratie eine starke Demokratie ist.

Diesen Themen widmeten sich die teilnehmenden Schüler*innen gemeinsam mit den Studierenden in einer anschließenden Workshop-Phase. Zudem behandelten sie weitere Fragen zur Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft. Abschließend diskutierten die Teilnehmenden die Herausforderung des institutionellen Rassismus in Behörden. Geleitet wurden die Workshop-Phasen durch die Mitar-

beiter*innen der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratieggeschichte sowie die Demokratiepat*innen der Polizeiakademie Niedersachsen.

Zum Abschluss des Tages kamen die Teilnehmenden an den jeweiligen Standorten wieder zusammen und stellten einander die Arbeitsergebnisse der Workshops vor. Hierbei waren sich alle Beteiligten einig darüber, welch hohes Gut unsere Demokratie darstellt und dass sie nicht für selbstverständlich hingenommen werden darf. Alle Behörden sowie Bürger*innen haben die Pflicht, sie zu verteidigen – und sei es durch die Ausübung ihrer demokratischen Rechte.

Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Nienburg, Hann. Münden
Ansprechpersonen: Pressestelle
Erreichbarkeiten: pressestelle@pa.polizei.niedersachsen.de

Demokratieschutzmesse der Polizeidirektion Göttingen

Welche Anstrengungen die Polizei unternimmt, um die Demokratie zu schützen und was sie tut, um die eigenen Kräfte noch weiter zu stärken und zu sensibilisieren, präsentierte die Polizeidirektion Göttingen am 8. und 9. Juni 2023 im Rahmen einer Demokratieschutzmesse in den Räumlichkeiten des Landkreises Hildesheim.

An zwei Tagen standen neben der Polizei verschiedene Kooperationspartner*innen, der Staats- und der Verfassungsschutz sowie der Weiße Ring e. V. mit Informationsständen den geladenen Gästen aus Politik, Kommunen, anderen Behörden, öffentlichem Leben und Polizeikreisen Rede und Antwort und informierten über ihre Arbeit. Begleitet wurde die Messe zudem von Fachvorträgen.

So informierten die Ansprechpersonen LSBTIQ der Polizeidirektion Göttingen, die Personalräte der Behörde, der Staatsschutz der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden und die Demokratieschutzpat*innen der PD Göttingen über ihre Arbeit. Die Polizeiakademie Niedersachsen war mit der Ausstellung „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“ vertreten. Ebenfalls mit Informationsständen vertreten waren die Gedenk- und Lernorte „Bückeberg“ im Landkreis Hameln-Pyrmont/Holzminden sowie „Pulverfabrik Liebenau“ im Landkreis Nienburg/Weser, die Gedenkstätte Moringen und das Museum Friedland. Der Verfassungsschutz Niedersachsen und die Opferschutzeinrichtung Weißer Ring e. V. rundeten das Angebot ab.

Im Vortragsprogramm ging es am ersten Messetag vor Vertreter*innen aus Politik und Kommunen unter anderem um das Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“. Über Reichsbürger*innen und ihre Einbindung im (rechts-)extremistischen Milieu referierte der Verfassungsschutz Niedersachsen, über Hasskriminalität im digitalen Raum die Staatsanwaltschaft Göttingen.

Der zweite Messetag stand thematisch ganz im Zeichen der Migration und ihrer Auswirkungen auf die Gesellschaft und richtete sich an Angehörige der Polizei. So ging es in einem Dialog unter anderem um die Frage, welche Konsequenzen Migration für die Menschen hat, die ihre Heimat verlassen, wie Integration gelingen kann und welche Rolle die Polizei bei all dem spielt. In einem anschließenden Vortrag ging Landespolizeipräsident Axel Brockmann der Frage nach, wie die Polizei zu einer demokratiestarken Polizei werden kann. Danach informierte Dr. Marc Coester von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin zudem über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auch Landespolizeidirektor Ralf Leopold war an diesem Tag zu Gast im Kreishaus.



Dienststelle: Polizeidirektion Göttingen
Projektort: Hildesheim
Ansprechperson: Julia Huhnold (PD Göttingen)
Erreichbarkeiten: poststelle@pd-göttingen.niedersachsen.de

[Die Veranstaltung wurde durch die Stiftung Mercator finanziell unterstützt.]

„Kicken gegen Vorurteile“ (Polizeidirektion Hannover)

Vor nunmehr 15 Jahren wurde das Projekt vom Afrikanischen Dachverband e. V. erstmals ins Leben gerufen und wird seitdem gemeinsam mit dem Interkulturellen Dienst der PD Hannover – unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Hannover und der Polizeipräsidentin der PD Hannover – in Kooperation mit Hannover 96 und Migrantenorganisationen im Erika-Fisch-Stadion ausgerichtet.

„Wenn man nahezu täglich mit reißerischen Medienberichten und schockierenden Schlagzeilen konfrontiert wird, schürt das Ängste und Unsicherheit in der Bevölkerung. Stimmungs- und meinungsmachende Berichte verleiten dazu, Menschen vorzuverurteilen. Umso wichtiger ist es, gegen antidemokratische und rassistische Tendenzen vorzugehen und das zunehmend verloren gegangene Vertrauen in staatliche In-

stitutionen, wozu auch wir als Polizei gehören, wiederherzustellen. Antirassismus sollte als Engagement in unserem täglichen Handeln verwurzelt sein.“ Mit diesen Worten begrüßte die Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten, gemeinsam mit Hannovers Bürgermeister Jens Klapproth, die Spieler*innen sowie die zahlreichen Besucher*innen am 17. Juni 2023.

Wie auch in vorangegangenen Jahren wurde die Veranstaltung, neben strahlendem Sonnenschein, von einem kulinarischen und bunten Programm eingrahmt.

*Antirassismus
sollte als Engagement
in unserem
täglichen Handeln
verwurzelt sein.*



Auch im Jahr 2023 ging es nicht um verbissene Zweikämpfe auf dem Rasen und dem unerbittlichen Streben der Spieler*innen (unter ihnen auch viele aus der PD Hannover) nach vielen Toren, sondern darum, sich gegen Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus einzusetzen.

Viele Gäste und ehrenamtliche Unterstützer*innen haben mit ihrem Engagement ein Zeichen für Toleranz und Gleichberechtigung gesetzt.

Ein besonderer Publikumsmagnet für Groß und Klein war das „Demokratie Glücksradspiel“, das von zwei Ansprechpersonen „Polizeischutz für die Demokratie“, einer Ansprechperson LSBTIQ und der Gleichstellungsbeauftragten betreut wurde.

Die Veranstalter*innen können eine gelungene Veranstaltung mit interessanten, vorurteilsfreien Gesprächen jenseits des Spielfeldes, die bei Musik, kulinarischen Köstlichkeiten, Spiel und Tanz Verständnis auf allen Seiten gefördert haben, resümieren.

Sieger*innen waren alle, die zu einem freundlichen Miteinander beigetragen haben.

Dienststelle:	Polizeidirektion Hannover
Projektort:	Hannover
Ansprechpersonen:	Interkultureller Dienst
Erreichbarkeiten:	ikd@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Jährliches Benefizkonzert mit dem Polizeiorchester Niedersachsen unter dem Motto: „Polizeischutz für die Demokratie“

Bereits zum dritten Mal fand 2024 das Benefizkonzert des Polizeiorchesters Niedersachsen mit der Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim statt. Das Motto dieses regelmäßig stattfindenden Konzerts ist immer „Polizei-

schutz für die Demokratie“. Dabei werden verschiedene Themen wie Diversität, Internationalität, Integration/Zusammenarbeit, trotz verschiedener Nationalitäten und Kulturen usw. behandelt.

Im ersten Konzert wurde eine Musikklassse der Friedensschule aus Lingen eingebunden, die Mitglied im Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist. Da die PI-Leiterin Patin für dieses Projekt ist, lag es nahe, diese Schule mit in das Konzert einzubinden und auf dieses Projekt hinzuweisen. Zunächst trat die Musikklassse, anschließend das Polizeiorchester und zum Abschluss beide zusammen mit der Europahymne auf.

Der Erlös des Konzerts wurde der Musikklassse der Schule für neue Musikinstrumente gespendet.

Im zweiten Jahr wurde die Internationalität in den Vordergrund gestellt und, neben dem Polizeiorchester Niedersachsen, das Polizeiorchester der niederländischen Polizei sowie erneut die Schule aus Lingen eingebunden. Wiederum traten zunächst die Or-



chester einzeln und zum Schluss alle gemeinsam auf. Auch hier wurde dargestellt und vorgelebt, dass man trotz verschiedener Nationalitäten und Sprachen gemeinsam etwas erreichen kann.

Der Erlös wurde in dem Jahr für die „Schulhofwerkstatt“ im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion gespendet. Die Schulhofwerkstatt wird durch die Sachbearbeiter*innen Prävention der Polizeiinspektion mit Unterstützung der örtlichen Verkehrswachten durchgeführt. Dabei werden Fahrräder von Grundschüler*innen kontrolliert und an Ort und Stelle repariert und somit verkehrssicher gemacht. Die notwendigen Ersatz- und Ausstattungsteile wurden durch die Spenden beschafft.

In diesem Jahr fand das Benefizkonzert mit der Sängerin und Songwriterin Susan Albers, die vielen aus der Sat.1-Show „The Voice of Germany“ bekannt ist und in der Grafschaft Bentheim lebt, statt. Sie verzichtete auf den Großteil ihrer Gage, um den guten Zweck des Konzerts noch weiter zu unterstützen. Außerdem traten das Polizeiorchester Niedersachsen

und die Schule aus Lingen auf, die inzwischen zu einem festen Bestandteil des Benefizkonzerts geworden ist.

Geplant war der Auftritt der Musikklasse, dann des Polizeiorchesters und anschließend des Polizeiorchesters gemeinsam mit der Sängerin Albers. Das diesjährige Motto „Füreinander, Miteinander und Zusammen“ traf diesmal ganz besonders zu, wenn alle beteiligten Musiker*innen haben erst auf der Bühne das erste Mal gemeinsam musiziert.

Der Erlös von 8.500 Euro konnte in diesem Jahr auf insgesamt 10 Organisationen/Vereine aufgeteilt werden. Stellvertretend für alle Spendenempfänger waren Vertreterinnen der Beratungsstelle Hobbit und der Deutschen Teddystiftung beim Konzert anwesend. Bedacht wurden zudem die ortsansässigen Verkehrswachten, der Stiftungsfond „Arche“, ein Präventionsprojekt der Stadt Lingen, eine Partnerdienststelle in der Ukraine und die Friedensschule.

Dienststelle:	PI Emsland/Grafschaft Bentheim
Projektort:	Lingen, Theater an der Wilhelmshöhe
Ansprechperson:	Polizeiorchester Niedersachsen Nicola Simon, Leiterin PI Emsland/Grafschaft Bentheim
Erreichbarkeiten:	polizeiorchester@zpd.polizei.niedersachsen.de nicola.simon@polizei.niedersachsen.de

Demokratiewoche der Polizeidirektion Osnabrück 2022

Vom 21. bis 25. März 2022 fand in der PD Osnabrück in Zusammenarbeit mit den zugehörigen Polizeiinspektionen eine einwöchige interne Projektwoche mit dem Titel „Haltung zeigen!“ statt. Die Projektwoche wurde in die Internationalen Wochen gegen Rassismus eingebettet, die alljährlich um den 21. März – dem Internationalen Tag gegen Rassismus – stattfinden.

Ziel dieser Woche war, die Sensibilität für demokratiegefährdende Erscheinungen weiter zu schärfen und die Arbeit in der Direktion noch stärker an der Situation in der Gesellschaft auszurichten. Rund 800 Personen nahmen an den Angeboten der Demokratiewoche teil.

Die Programmpunkte der Demokratiewoche beinhalteten u. a. folgende Themen:

- Talkrunde als Liveübertragung „Demokratisches Selbstverständnis in der Polizei – Selbstverständlichkeit oder Weiterentwicklung?“ Bei jedem Kontakt mit den Bürger*innen liege in der Kommunikation der Schlüssel zum Erfolg. Es wurde das Bewusstsein für die Macht und die Verantwortung der Polizei in einer Demokratie, aber auch für die Herausforderungen, vor denen die Polizei täglich steht, geschärft.
- Begleiteter Rundgang in der Gedenkstätte Gestapokeller und Augustaschacht in Osnabrück
- „Judentum begreifen“ – Synagogenführung durch den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Michael Grünberg
- Stadtführung in Aurich „Auf den Spuren des jüdischen Ursprungs“
- Führung durch die „Ehemalige Jüdische Schule“ in Leer durch die Leiterin Susanne Bracht. Die Veranstaltung zeigte erneut, wie wichtig die Aufarbeitung der Vergangenheit ist
- Vortrag „Polizeischutz für die Demokratie – Die Stärkung der demokratischen Widerstandskraft in der Polizei Niedersachsen“
- Emotionaler und spannender digitaler Vortrag von der Polizeivollzugsbeamtin Kathrin Pfeiffer: „Erfahrungen mit Demokratieprozessen im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen“. In ihrem Vortrag stellte sie ihre persönlichen Erfahrungen der polizeilichen Ausbildung in Afghanistan und im Südsudan dar.
- Im Café Mandela in Osnabrück gab es eine Diskussionsrunde „Let's talk – Alltagsdiskriminierung“
- Staffellauf „Ein Band für die Demokratie“ vom Süden Osnabrücks bis zur Insel Langeoog, um Verbundenheit darzustellen



Dienststelle: Polizeidirektion Osnabrück
Projektort: Vom Teutoburger Wald bis zu den Ostfriesischen Inseln
Ansprechpersonen: Sachbereich Strategie
Erreichbarkeiten: strategie@pd-os.polizei.niedersachsen.de

Demokratiewoche der Polizeidirektion Osnabrück 2023

Vom 20. bis 24. März 2023 fand innerhalb der PD Osnabrück eine einwöchige interne Projektwoche mit dem Titel „Wir schaffen Begegnung“ statt, die in Zusammenarbeit mit allen zugehörigen Polizeiinspektionen durchgeführt wurde. Mehr als 1.200 Personen nahmen auf freiwilliger Basis an den zahlreichen Begegnungs- und Dialogangeboten teil. Das Programm bot eine breite Palette von interessanten Vorträgen, Führungen durch Synagogen, Moscheen und Gedenkstätten, Stadtführungen, Filmvorführungen und verschiedenen Workshops. Die Woche war eingebettet in die Internationalen Wochen gegen Rassismus.

Die Programmpunkte der Demokratiewoche beinhalteten u. a. folgende Themen:

- Zeitzeugenvortrag des Holocaust-Überlebenden Ivar Buterfas-Frankthal
- Veranstaltung „Hass in der Stadt“ als Hybrid-Veranstaltung mit dem LKA mit dem Ziel, in den Austausch mit queeren Menschen zu gelangen
- Vortrag des Psychologen und Autors Ahmad Mansour zum Thema Radikalisierung und gescheiterte Integration von Menschen mit muslimisch-arabischen Wurzeln
- Besuch des Niedersächsischen Landtages mit dem Ziel, einen Einblick in parlamentarische Prozesse und die Arbeit der politischen Gremien und Ausschüsse zu erhalten
- Vorträge zu den Themen „Polizeiliche Auslandseinsätze“, „Radikalisierung“, „Verschwörungs-ideologien“
- Film „Wir sind jetzt hier“
- Interkulturelles Kochen mit geflüchteten Menschen
- Begegnungsprojekt an Grundschulen mit dem Ziel, die Bedeutsamkeit von Gleichberechtigung, Hilfsbereitschaft und Respekt zu zeigen
- Staffellauf „Ein Band für die Demokratie“, bei dem alle Inspektionen der PD Osnabrück miteinander verbunden waren



Dienststelle: Polizeidirektion Osnabrück
Projektort: Vom Teutoburger Wald bis zu den Ostfriesischen Inseln
Ansprechpersonen: Sachbereich Strategie
Erreichbarkeiten: strategie@pd-os.polizei.niedersachsen.de

Demokratiewoche der Polizeidirektion Osnabrück 2024

Vom 11. bis 15. März 2024 fand innerhalb der PD Osnabrück eine einwöchige interne Projektwoche unter dem Motto „Wir schauen hin!“ statt. Das abwechslungsreiche Programm wurde in Zusammenarbeit mit allen zugehörigen Polizeiinspektionen gestaltet und von mehr als 1.000 Mitarbeiter*innen

besucht. Polizeipräsident Michael Maßmann äußerte sich dazu: „Ich glaube, es ist richtig und wichtig, dass wir unsere Rolle ständig reflektieren und uns unserer besonderen Verantwortung immer wieder bewusst werden. Ich bin stolz auf eine tolle Demokratiewoche 2024 und gleichzeitig dankbar für neue, wertvolle Erkenntnisse.“

[...], es ist richtig und wichtig, dass wir unsere Rolle ständig reflektieren und uns unserer besonderen Verantwortung immer wieder bewusst werden.

Während der Demokratiewoche waren u. a. folgende Themen Programmpunkte:

- Besondere Stadtführungen durch Osnabrück mit Fokus auf der queeren Geschichte der Stadt und aus Sicht der Wohnungslosigkeit
- Vorträge zu „Rassismus erkennen & verlernen“ und „Wie gefährlich sind digitale Medien für die Demokratie?“
- Sportprojekte in Brennpunktschulen, um Schüler*innen spielerisch

Themen wie Gleichberechtigung und Hilfsbereitschaft näherzubringen.

- Besuch beim VFL Osnabrück für die Veranstaltung „Nie wieder – Tradition lebt von Erinnerung“ mit dem Fokus auf dem Schicksal von Zwangsarbeitenden während der NS-Zeit
- Benefizkonzert des Polizeiorchesters Niedersachsen, bei dem Spenden für die Caritas Osnabrück und den Präventionsverein Osnabrück gesammelt wurden
- Begleitete Führungen und Besuche, z. B. Gedenkstätte Gestapokeller im Schloss, Augustaschacht, Esterwegen und Osnabrücker Synagoge
- Sportangebot inkl. Spendenlauf zugunsten der Wohnungslosenhilfe



Dienststelle: Polizeidirektion Osnabrück
Projektort: Vom Teutoburger Wald bis zu den Ostfriesischen Inseln
Ansprechpersonen: Sachbereich Strategie
Erreichbarkeiten: strategie@pd-os.polizei.niedersachsen.de

Jährlicher (Fortbildungs-)Tag der Demokratie der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen



Mit der Gründung der Bildungsinitiative „Polizeischutz für die Demokratie“ wurde durch die Zentrale Polizeidirektion der „Tag der Demokratie“ eingeführt. Dieser soll demokratische Themen in den Fokus rücken, um zum einen das Wissen der Mitarbeitenden zu erweitern und zum anderen den Austausch untereinander anzuregen. Durch das hybride Format können alle Mitarbeitenden und insbesondere die dislozierten Standorte der ZPD NI an Veranstaltungen teilnehmen.

Am 10. November 2021 hat der erste Tag der Demokratie in Hannover auf dem Gelände der ZPD NI stattgefunden. Die erste Veranstaltung in diesem Rahmen diente vor allem dazu, die Demokratieschutzthemen herauszukristallisieren, die unsere Behörde in den nächsten Jahren im Besonderen begleiten werden. Unter anderem gab es einen emotionalen Erfahrungsbericht von diskriminierendem Verhalten der Polizei in einem nicht europäischen Land.

Der zweite Tag der Demokratie wurde am 27. Oktober 2022 im Veranstaltungszentrum INFORUM

zum Thema „Die herausgeforderte Demokratie und ihre geforderte Mitte“ durchgeführt. Auch diese Veranstaltung wurde digital in die Standorte der ZPD NI übertragen. Der erste Vortrag wurde durch Michael Schmelkus (Polizeiakademie Niedersachsen) zum Thema „Aktuelle Herausforderungen und Populismus“ gehalten. Abgeschlossen wurde der Vormittag durch einen Impulsvortrag von Prof. Dr. Marc Coester (Referent der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin) zum Thema „Die Mitte-Studie und aktuelle demokratie-gefährdende Erscheinungen“. Anschließend folgte ein vielfältiges Nachmittagsprogramm.

Am 28. September 2023 fand der dritte Tag der Demokratie im INFORUM Hannover statt. Auch im dritten Jahr waren die Mitarbeitenden des Themas nicht müde. So haben sich wieder zahlreiche Kolleg*innen sowie Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Institutionen zu einem persönlichen Austausch zusammengefunden. Beim Vortrag „(Un)Sichtbar – praktischer Umgang mit Vorurteilen“ von Modou Diedhiou konnte durch den Perspektivwechsel das Verständnis für Betroffene von Vorurteilen erweitert werden.



Im zweiten Vortrag tauschte man sich offen über das Thema „Rassismus im Fußballstadion“ aus. Der Fan-Beauftragte von Eintracht Braunschweig, Eric Lieberknecht, berichtete dafür von seinen Erfahrungen mit Fußballfans aus ganz Deutschland.

Aufgrund der vielen verschiedenen Standorte und Aufgabenbereiche der ZPD NI in ganz Niedersachsen wurde das Nachmittagsprogramm dezentral an den Standorten durch die Demokratiepat*innen sowie Demokratienetzwerker*innen organisiert und durchgeführt. Die Programmpunkte am Nachmittag sind stets vielfältig, so wurde 2023 unter anderem ein

Spendenlauf in Lüneburg, eine Stolpersteinführung in Oldenburg, ein Landtagsbesuch in Hannover, ein Besuch der Gedenkstätte JVA Wolfenbüttel, ein Besuch der Bosnischen Moschee Saraj Bosna e. V in Osnabrück und ein digitaler Vortrag zum Thema „Good gaming – well played democracy“ der Amadeu Antonio Stiftung durchgeführt. Insgesamt wurden am Tag der Demokratie 2023 etwa 25 Veranstaltungen in Form von Exkursionen, Vorträgen und Workshops durchgeführt.

Im Jahr 2024 fand der Tag der Demokratie der ZPD NI zum Thema „Demokratie in der Krise?“ statt.

Dienststelle: Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen
Projektort: Niedersachsen
Ansprechperson: Richard Schirmer
Erreichbarkeiten: strategie@zpd.polizei.niedersachsen.de

Omas gegen Rechts an der Polizeiakademie Niedersachsen

Die Demokratietypin an der Polizeiakademie Niedersachsen, Aylin Akbulut, freute sich sehr darüber, dass die Organisation „OMAS GEGEN RECHTS e. V.“ ihrer Einladung zu einem Austausch mit den Studierenden der PA NI zustimmte. So durfte Akbulut am 6. Juni 2024 rund zehn Damen zum Thema „Was erwartet eine Generation ‚Oma‘ von einer jungen Polizei – Eine Begegnung auf Augenhöhe“ in der Aula der PA NI in Nienburg willkommen heißen. Denn der Verein setzt sich bundesweit für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Vielfalt und Toleranz ein und widersetzt sich somit folgerichtig Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Stigmatisierung, Antifeminismus und damit Hass, Hetze und Gewalt in jeglicher Form. Der Verein verkörpert auf eindrucksvolle Weise die zivilgesellschaftliche Verantwortung für unsere demokratische Gesellschaft, wie sie auch an der Polizeiakademie Niedersachsen gelebt und gelehrt wird.

Nach einem Impulsvortrag des Islamwissenschaftlers Jannik Veenhuis mit dem Titel „Wir müssen reden – Austausch Zivilgesellschaft“ ging es in zwei Workshops vor allem um das Selbst- und Fremdbild der heterogenen Teilnehmenden. Beim Abgleich der unterschiedlichen Sichtweisen auf die jeweils andere Personengruppe wurde deutlich: „Uns verbindet viel mehr, als uns trennt.“

*Uns verbindet
viel mehr,
als uns trennt.*

Dies nahm auch Andrea Marquardt, stellvertretende Akademieleiterin, anerkennend in ihre Schlussworte der Veranstaltung mit auf: „Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur gemeinsam bewältigen. In einer Zeit, in der unsere demokratischen Grund-

werte so gefährdet sind wie seit 75 Jahren nicht mehr, können wir es uns nicht erlauben, uns voneinander zu entfernen. Wir als Gesellschaft sind gut darin beraten, von allen Menschen zu lernen, ungeachtet ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Weltanschauung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer sonstigen Lebensführung, solange sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Nur mit dieser Offenheit und Toleranz allen Menschen gegenüber können wir dem aufkeimenden Hass in unserer Gesellschaft begegnen. Nicht nur in dieser Überzeugung sind die OMAS GEGEN RECHTS und die Polizei in Niedersachsen vereint.“



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Nienburg
Ansprechperson:	Aylin Akbulut
Erreichbarkeiten:	aylin.akbulut@polizei.niedersachsen.de

Interkulturelles Frühstück der Polizeiinspektion Leer/Emden

Im Rahmen der Demokratiewoche der PD Osnabrück initiierten die Polizeiinspektion Leer/Emden, der Demokratiepate Stefan Grünefeld in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten der PD Osnabrück Thea Jouppien ein Interkulturelles Frauen-Frühstück in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Landkreises Leer, der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Leer, der Beauftragten der Migration-Erstberatung Caritas Leer und der Vorstandsvorsitzenden der Türkisch-Deutschen-Freundschaftsgesellschaft Leer.

33 Frauen aus allen Nationen aus dem Bereich der PI Leer/Emden wurden zu dem Interkulturellen Frühstück am 15. November 2023 eingeladen, um Be-

gegnung und Netzwerk zu schaffen und zum Intensivieren der Kontakte mit den Bürgerinnen. Insgesamt 20 Kolleg*innen wurden mit eingebunden, ein paar davon mit Migrationshintergrund, um das Vertrauen zur Polizei zu stärken. Im positiven Kontext wurde die bürgernahe Polizei präsentiert. Die Sachbearbeiterin der Aus- und Fortbildung der PI Leer/Emden nutzte zeitgleich die Veranstaltung für die Nachwuchswerbung für die Polizei.

Die Gäste erlebten einen regen Austausch und gingen mit sehr positiven Eindrücken und dem Wunsch, diese bürgernahe Begegnung mit den Kolleg*innen der Polizeiinspektion Leer/Emden noch einmal zu wiederholen.



Dienststelle: Polizeidirektion Osnabrück, PI Leer/Emden
Projektort: Leer
Ansprechpersonen: Sachbereich Strategie
Erreichbarkeiten: strategie@pd-os.polizei.niedersachsen.de

[Die Veranstaltung wurde durch die Stiftung Mercator unterstützt.]

Interkulturelles Frühstück der Polizeiinspektion Aurich/Wittmund

Vom 20. bis 24. März 2023 fand innerhalb der PD Osnabrück eine einwöchige interne Projektwoche mit dem Titel „Wir schaffen Begegnung“ statt, die in Zusammenarbeit mit allen zugehörigen Polizeiinspektionen durchgeführt wurde. In dem Zusammenhang initiierte auch die PI Aurich/Wittmund mehrere Projekte, u. a. ein interkulturelles Frühstück. Der Fokus lag dabei auf der Kontaktaufnahme und dem Austausch von Menschen unterschiedlichster Kulturen.

Gemeinsam mit der Kreisvolkshochschule Norden, dem Kinderschutzbund Norden, dem Förderverein der Stadt Norden und der Polizei konnte das Projekt realisiert werden.

Am Veranstaltungstag erhielten alle Teilnehmer*innen – Angehörige der Polizei und Menschen aus den verschiedensten Ländern – am Empfang ihre Namensschilder, und jeder hatte die Möglichkeit, Begrüßungsworte in seiner Sprache zu verfassen. An einer Weltkarte konnten die Teilnehmer*innen ihr Herkunftsland markieren, und schon hier kam es zu tollen Gesprächen.

Nach der offiziellen Begrüßung folgte ein kurzes Warm-up zur Auflockerung, und die Teilnehmer*innen konnten während eines Kennlernspiels ihre Gemeinsamkeiten entdecken. Dann starteten die Teilnehmer*innen in Kleingruppen mit der Essenszubereitung. Bei guter Laune wurde geschnippelt, gekocht, gebastelt und sich ausgetauscht. Im Anschluss folgte dann das gemeinsame Essen, bei dem viele verschiedene kulinarische Spezialitäten probiert werden konnten. Es war eine tolle Veranstaltung, die mit internationalen musikalischen Beiträgen abgerundet wurde.



Dienststelle: Polizeidirektion Osnabrück, PI Aurich/Wittmund, PK Norden
Projektort: Norden
Ansprechpersonen: Sachbereich Strategie
Erreichbarkeiten: strategie@pd-os.polizei.niedersachsen.de

Themenwochen „Polizeischutz für die Demokratie“ in der Polizeidirektion Hannover

Die Polizeidirektion Hannover führte im Jahr 2023 ihre erste Themenwoche „Polizeischutz für die Demokratie“ durch.

Die Auftaktveranstaltung fand im Rahmen einer Tagung mit dem Titel „Die Herausforderungen einer demokratischen Polizei – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ statt.

Die Eröffnung erfolgte durch die Schirmherrin der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ in der PD Hannover, Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten. Darüber hinaus richteten die niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Daniela Behrens, sowie der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Belit Onay, Grußworte an die Teilnehmenden.

Neben den Impulsvorträgen „Das Projekt Polizeischutz für die Demokratie der Polizei Niedersachsen – Gedanken aus theologischer und philosophischer Perspektive“ (Frank Waterstraat, Theologe, Pastor in Hannover), „Migration und Sozialleistungen – Die tägliche Bewältigung mentaler Herausforderungen der Mitarbeitenden eines Amtes für Soziales in Berlin“ (Thorsten Ulmer, Oberamtsrat, Fachbereichsleiter „Materielle Hilfen“ des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin) sowie „Polizeiarbeit in einer heterogenen Gesellschaft – Der Umgang mit Diversität und (Anti)diskriminierung als Professionskompetenz“ (Ikram Errahmouni-Rimi, Juristin und Referentin für Vielfalt und Antidiskriminierung der Polizei Bremen) fand auch eine eindrucksvolle Podiumsdiskussion u. a. mit Vertreter*innen des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., der Amadeu Antonio Stiftung und der Polizeipräsidentin statt.

Weitere Schwerpunkte der Themenwoche waren u. a.:

- Exkursion zur Gedenkstätte Bergen-Belsen
- Workshop „Argumentieren gegen Stammtischparolen“
- Internationales Kochen mit dem Afrikanischen Dachverband e. V. und Can Arkadaş e. V.
- Besuch einer Jüdischen Gemeinde
- Besichtigung der Selimiye Camii Moschee
- Besuch des ZeitZentrums Zivilcourage
- Besuch der multimedialen Dauerausstellung im Haus der Religionen
- „Spot on in Hannover – Spaziergang mit Demokratiequiz“
- Workshop mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen
- Vortrag der Staatsanwaltschaft Göttingen zum Thema „Hasskriminalität – Umgang in der polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungsarbeit“
- „demoSlam“ – ein Dialogformat für die Verständigung im Rahmen der Demokratiearbeit

Aufgrund des großen Zuspruchs bei den einzelnen Veranstaltungen wird auch in den nächsten Jahren eine Themenwoche „Polizeischutz für die Demokratie in der PD Hannover“ angeboten werden.



Dienststelle: Polizeidirektion Hannover
Projektort: Hannover
Ansprechperson: Andreas Krahmer
Erreichbarkeiten: demokratie@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Internationales Kochen (Polizeidirektion Hannover)

Die Polizeidirektion Hannover führte im Rahmen der Themenwoche „Polizeischutz für die Demokratie“ erstmalig den Workshop „Internationales Kochen“ mit den Zivilgesellschaften Can Arkadaş e. V. und dem Afrikanischen Dachverband Norddeutschland e. V. durch.

Die Veranstaltung fand mit insgesamt 50 Personen (davon 25 Mitarbeitende der PD Hannover) in den Räumen des Can Arkadaş e. V. statt.

Can Arkadaş e.V. ist in der Landeshauptstadt Hannover im Bereich der interkulturellen Sozial-, Bildungs- und Kulturarbeit gemeinnützig aktiv. Projekte zur Gewaltprävention sind ein wichtiger Bestandteil der Arbeit (Auszug: Homepage Can Arkadaş e. V.). Neben Can Arkadaş e. V. bringt sich der Afrikanische Dachverband Norddeutschland e. V. (ADV) als ein weiterer enger Partner des Interkulturellen Dienstes (IKD) ein.

Der ADV setzt sich seit Jahren für ein demokratisches Miteinander im norddeutschen Raum ein und zielt mit seiner Arbeit primär darauf ab, gegen jegliche Art von Diskriminierung und vor allem Rassismus vorzugehen. Dabei versteht sich der Verein als Brückenbauer*innen zwischen Menschen mit afrikanischer Herkunftsgeschichte und allen anderen kulturellen Gemeinschaften (Auszug: Homepage des ADVs).

Der Interkulturelle Dienst (IKD) der PD Hannover pflegt seit Jahren enge Kooperationspartnerschaften mit beiden Vereinen.

Das Internationale Kochen bietet die Möglichkeit, sich bei einem zwanglosen Austausch kennenzulernen und eventuelle Ressentiments abzubauen. Das Kochen wird unter Anleitung eines Kochs für afrikanische und einer Köchin für orientalische Küche durchgeführt. Alle Teilnehmenden bringen eine Nachspeise mit und stellen sie vor.

Der Interkulturelle Dienst hat diese Veranstaltung in ihr Programm aufgenommen und plant weitere Zusammenkünfte dieser Art.

Dienststelle:	Polizeidirektion Hannover (Interkultureller Dienst)
Projektort:	Hannover
Ansprechpersonen:	Fulya Kurun/Helene Schultheiß
Erreichbarkeiten:	ikd@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Öffentlichkeitsarbeit „Gesicht zeigen für die Demokratie“ (Polizeidirektion Hannover)



Mit der internen Kampagne „Gesicht zeigen für die Demokratie“ startete 2021 die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ in der Polizeidirektion Hannover. Ein eigens entwickeltes Logo sowie Plakate mit den Konterfeis und persönlichen Leitsätzen der Demokratiepat*innen sind mit der Veröffentlichung der Hintergründe und Zielrichtungen des Projektes einhergegangen.

Auch erste Initiativen und Aktionen zur Demokratiearbeit in der PD Hannover wurden vorgestellt.

Neben der Beteiligung an Infoständen beim „CSD“, „Fest der Vielfalt“, bei Stadtteilstesten und Nachwuchsmessen sowie „Blaulichtmeilen“, die zum Teil in Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch Vielfalt der PD Hannover“ durchgeführt werden, präsentieren die Demokratiepat*innen ihre Arbeit nach außen. Hierfür sind zur behördenweiten Nutzung ein „Demokratie-Rad“, Banner, Roll-ups, Beachflags und auch Giveaways entworfen und angeschafft worden, die eine Grundlage für Gespräche vor Ort bieten und so nachhaltiger auf das Projekt aufmerksam machen sollen.

Ferner befindet sich eine „DemokratiInfosäule“ in der Entstehung. Dabei handelt es sich um eine modulare und mobil transportierbare Infosäule, die über demokratische und gesellschaftlich relevante Themen informiert und zum interaktiven Lernen anregt. Die „DemokratiInfosäule“ ist dazu geeignet, die demokratische Resilienz der Kolleg*innen zu fördern. Zudem bietet sich die Infosäule dazu an, die Polizei z. B. bei Infotagen/-veranstaltungen sowie auf Fachmessen, insbesondere im Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung, zum Thema „Die Polizei als Teil der demokratischen Gesellschaft“, als reflektierte Institution zu präsentieren.

Die Themenkomplexe, die für die Säule erarbeitet werden, sind unter anderem:

- Vorurteile und Reflexion bzgl. PKS – Straftaten durch Ausländer
- Queerfeindlichkeit
- Links-/Rechtsextremismus
- Alltagsrassismus gegenüber Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Weitere Themenkomplexe werden ergänzend erarbeitet.

Auch zielgerichtete Aktionen – wie eine Foto-/Videoaktion vor dem Niedersächsischen Landtag anlässlich der 75 Jahre Grundgesetz –, die in den sozialen Medien begleitet werden, gehören zur gezielten Öffentlichkeitsarbeit dazu.

Die PD Hannover zeigt Gesicht für die Demokratie!



Dienststelle: Polizeidirektion Hannover
Projektort: Hannover
Ansprechpersonen: Marvin Cohrs/Andreas Krahmer
Erreichbarkeiten: demokratie@pd-h.polizei.niedersachsen.de

EXKURSIONEN

Studienreise „Demokratiestärke Führungskräfte“ nach Berlin (Masterstudiengang 2024/2026)



Vor dem eigentlichen Start in das Masterstudium „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ erhielt der Jahrgang 2024/2026 vom 19. bis 23. August 2024 erstmals die Möglichkeit einer Studienreise zum Thema „Demokratiestärke Führungskräfte“ nach Berlin.

Neben einem ersten „Ankommen“ im Masterstudium verfolgte die Reise insbesondere das Ziel, die angehenden (hochrangigen) Führungskräfte auf ihre zukünftigen (Führungs-)Aufgaben im Hinblick auf die Stärkung demokratischer Resilienz vorzubereiten und die eigene künftige Rolle zu reflektieren.

Beim Besuch des Deutschen Bundestags an Tag 1 erfolgte zunächst das „Aha-Erlebnis“, dass hinter der Gruppe der Masterstudierenden eine Besuchergruppe auf Einladung eines sächsischen AfD-Abgeordneten Platz genommen hatte.

An Tag 2 wurde der Verein gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. besucht. In einem Workshop wurde hier die Entstehung der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ vorgestellt. Anschließend folgte ein dreistündiges Seminar in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand mit dem Fokus auf den 20. Juli 1944.

Als eindrucksvolles Highlight der Reise dürfte der Besuch des Hauses der Wannseekonferenz und ein zugehöriges sechsständiges Seminar speziell für Polizeibeamt*innen in Erinnerung bleiben. Reflektierend auf die eigene künftige Führungsrolle und Verantwortung wurden hier in mitunter beklemmender Weise die Ausmaße des organisatorischen Verbrechens hochrangiger Beamter des Nazi-Regimes deutlich.

Jene Verbrechen bzw. deren Vorbereitung und Vollstreckung wurden ebenfalls in der Ausstellung „Topographie des Terrors“ sowie beim Besuch der Hinrichtungsstätte Plötzensee spürbar.

Am letzten Tag folgte dann der Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (ehem. Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR).

Zeitzeugen führten hier durch die im Original erhaltenen Gebäude und zeigten dabei u. a. „eigene“ Haftzellen sowie im Original erhaltene Vernehmungsräume. Im Anschluss teilten die Zeitzeugen ihre persönliche Geschichte mit den Teilnehmenden.



Abgerundet wurde die Reise durch einen begleitenden Arbeitsauftrag sowie Raum zur eigenen Reflexion der umfangreichen Eindrücke.



Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Berlin
Ansprechperson: Jan Gaebel
Erreichbarkeiten: poststelle@pa.polizei.niedersachsen.de

[Die Reise wurde durch die Stiftung Mercator finanziell unterstützt.]

Besuch des Dokumentationsorts Bückeberg

Im Rahmen des LKA-Betriebsausfluges 2023 gab es auf Initiative der Demokratiepät*innen das Angebot, den historischen Ort der von den Nationalsozialisten inszenierten „Reichserntedankfeste“ zu besuchen.

Gemeinsam mit einer Gruppe von etwa 30 interessierten Kolleg*innen aus allen Abteilungen des LKA Niedersachsen ging es mit dem Bus in Richtung Hameln. Der Historiker Alexander Remmel gab vor Ort eine ca. zweistündige Führung über das beeindruckende Hanggelände, zitierte aus historischen Quellen und ging auf Fragen der Besucher*innen ein.

Anhand von über die Fläche verteilten Informationsinseln werden dort verschiedene Aspekte beleuchtet und mit historischen Fotos auf Stelen veranschaulicht, welches Ausmaß die Veranstaltungen hatten.

Das auf dem Bückeberg in Emmerthal bei Hameln von 1933 bis 1937 jährlich durchgeführte „Reichserntedankfest“ gehörte zu den größten Massenveranstaltungen des Nationalsozialismus, die nicht zuletzt inszeniert wurden, um mediale Bilder für die NS-Propaganda zu erhalten.



Dienststelle:	Landeskriminalamt Niedersachsen
Projektort:	Hannover
Ansprechpersonen:	Uta Dröschel (LKA Niedersachsen) Alexander Remmel, Dokumentations- und Lernort
Erreichbarkeiten:	poststelle@lka.polizei.niedersachsen.de https://bueckeberg-ggmbh.de/

Gemeinsame Exkursion in die Gedenkstätte Bergen-Belsen

Zentrales Anliegen der Bildungs- und Vermittlungsarbeit in der Gedenkstätte ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers Bergen-Belsen, mit dem Displaced Persons Camp Bergen-Belsen und den Nachwirkungen. Die Abteilung Bildung und Begegnung hält dafür ein breites Angebot an abgestimmten Themen und Methoden bereit.

Bestandteile des Bildungsprogramms sind der Besuch des historischen Lagergeländes und der Dauerausstellung. Bezugspunkte bieten dabei historische Quellen, darunter auch Erinnerungsberichte ehemaliger Gefangener und Häftlinge. Die Perspektive der für die Verbrechen Verantwortlichen wird im Kontrast deutlich.

Gemeinsam mit einer Gruppe von 20 interessierten Kolleg*innen aus unterschiedlichen Abteilungen des LKA besuchten die Demokratiepat*innen im September 2021 die Gedenkstätte Bergen-Belsen, um an einem Studientag teilzunehmen und sich intensiv mit einem Aspekt der Geschichte der Lager zu beschäftigen.

In einem gemeinsamen Workshop wurden Einblicke in die Geschichte von Bergen-Belsen ermöglicht. Während des Workshops und der Führung über das Gelände wurden anhand von Fotos und Zeichnungen wichtige Aspekte von Bergen-Belsen als Kriegsgefangenenlager, Konzentrationslager, Displaced Persons Camp und Ort des Erinnerns erarbeitet.

Durch intensiven Austausch wurden nicht nur Einblicke in die Erlebnisse von Inhaftierten vermittelt, sondern konkret am Beispiel des Ermächtigungsgesetzes über die Verantwortung von Tatbeteiligten sowie über die Auswirkungen des nationalsozialistischen Menschenbildes und einer rassistisch organisierten Gesellschaft gesprochen.



Dienststelle: Landeskriminalamt Niedersachsen
Projektort: Hannover
Ansprechpersonen: Dirk Behrmann (LKA Niedersachsen)
Imme Hildebrandt (LKA Niedersachsen)
Sarah Friedek, pädagogische Mitarbeiterin
Erreichbarkeiten: poststelle@lka.polizei.niedersachsen.de

Besuch des Emslandlagers Esterwegen

Im Rahmen des Wahlpflichtkurses „Die Polizei im Nationalsozialismus“ besuchten Studierende des Jahrgangs BA 19/20 der Polizeiakademie in Oldenburg am 31. Mai 2023 das ehemalige KZ in Esterwegen. Um Informationen für die in diesem Zusammenhang zu fertigenden Ausarbeitungen zu sammeln, begann der Tag mit einem Vortrag über die Geschichte der Emslandlager, gefolgt von einer Führung über das Gelände und verbunden mit der Möglichkeit, die Ausstellung der Gedenkstätte zu besuchen.



Esterwegen war eines von fünfzehn Konzentrations-, Straf- und Kriegsgefangenenlagern, die durch die Nationalsozialisten in den heutigen Landkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim errichtet wurden.

Das KZ in Esterwegen wurde 1933 als Versuchsprojekt der Nationalsozialisten gebaut und gehört somit zu einem der frühen Konzentrationslager. 1937 erfolgte eine Umfunktionierung in ein durch die SA bewachtes Strafgefangenenlager, in dem größtenteils politische Gegner*innen des Nationalsozialismus inhaftiert waren. Der Arbeitsalltag bestand überwiegend aus schwerer körperlicher Zwangsarbeit im

nahe gelegenen Moor. Aufgrund dessen nannten sich die mehr als 177.000 Gefangenen selbst „Moor-soldaten“. Durch die schlechten Lebensbedingungen und die schwere körperliche Arbeit kamen schätzungsweise 30.000 Menschen zu Tode.

Die Exkursion vermittelte den Studierenden ein besseres Verständnis und neue Erkenntnisse für die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus. Gemäß der polizeilichen Landesstrategie 2027 sollte das Ziel sein, dass jede*r das eigene Handeln in der Demokratie reflektiert und demokratiegefährdende Handlungen unterbindet.

Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Esterwegen
Ansprechpersonen:	Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten:	polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

Besuch der jüdischen Gemeinde Oldenburg

Die jüdische Gemeinde zu Oldenburg feierte 2022 ihr 30-jähriges Bestehen nach der Wiedergründung. Aus diesem Anlass organisierte die Polizeiseelsorge in einem offenen Angebot für Studierende der PA NI in Zusammenarbeit mit dem Demokratiepaten Thomas Eickhoff den Besuch der Synagoge Oldenburg.

Am 8. November 2022 begrüßte die Vorsitzende der Gemeinde, Dr. Elisabeth Schlesinger, die Besuchsgruppe vor dem Eingang der Synagoge. Wie ein Mahnmal an vergangene Zeiten thront über der Eingangstür ein alter Baustein aus der vorherigen Synagoge, die in der Nacht des 9. November 1938 in unmittelbarer Nähe zerstört wurde.

Derzeit gehören drei Rabbinerinnen zur Gemeinde, die sich nach der Aufnahme von Frauen und Kindern aus der Ukraine weiter vergrößert hat. Zur Unterstützung der Integration und zur Rückbesinnung auf den Glauben trotz der zum Teil dramatischen Erfahrungen bietet die Gemeinde vielfältige Angebote für die geflüchteten Angehörigen des Judentums an. Dr. Schlesinger führte durch die öffentliche und wissenschaftliche Bibliothek, in den Gottesdienstraum, die Mikwe (Rituelles Bad) und die Gruppen- und Ver-



sammlungsorte. Dabei erklärte sie verschiedene Bräuche und rituelle Handlungen. Die speziellen Fragen der Studierenden zur Religionsausübung, Sicherheit und dem Verhältnis zur Polizei boten eine gute Gelegenheit, um miteinander in den Austausch zu treten. Mehrfach bedankte sich Dr. Schlesinger dafür, dass die Polizei für die Sicherheit während der wichtigen Feiern am Schabbat und anderen Tagen sorgt und präsent ist. Für die Studierenden war dieser Tag eine bereichernde Möglichkeit, um in die Traditionen, Rituale und Alltäglichkeiten einer spannenden Religion einzutauchen. Zum besseren Verständnis, da waren sich die Studierenden einig, sollte jede*r Kolleg*in eine jüdische Gemeinde besuchen, sodass polizeiliche Einsatzsituationen mit jüdischem Bezug noch sicherer und fundierter verlaufen können.



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Oldenburg
Ansprechpersonen:	Thomas Eickhoff, Polizeiseelsorger Björn Thedering
Erreichbarkeiten:	thomas.eickhoff@polizei.niedersachsen.de

Studierende und Absolvent*innen der Polizeiakademie Niedersachsen besuchen die Gedenkstätte Yad Vashem in Israel

Vom 14. bis 18. Mai 2023 konnten der Landespolizeipräsident Axel Brockmann, KD Markus Iwa aus dem MI, der Direktor der Polizeiakademie Carsten Rose, seine Vertreterin LtD. PDin Andrea Marquardt, Dr. Sebastian Knospe aus der Stabstelle Internationales, PHK Thomas Eickhoff, Michael Schmelkus aus der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte, Absolvent*innen der PA sowie Studierende aller drei Studienorte einen ganz besonderen Einblick in die Folgen des Antisemitismus und der Shoah erlangen.

Die Programmpunkte versprachen einiges: Der Besuch in Yad Vashem, als ein Ort der Lehre und Erinnerung über die Shoah, der den Opfern als Individuen gedenkt und nicht als Kollektiv, sollte Mittelpunkt der Reise sein und hat die Teilnehmenden von



Beginn bis Ende emotional mitgenommen. Bei einer Führung durch das Tal der Gemeinden wurde die Tragweite antisemitischen Handels unmissverständlich deutlich: Auf Sandsteinen waren die Namen der Städte eingehauen, in denen jüdische Gemeinden vollständig ausgelöscht oder unwiderruflich reduziert wurden. Ein Moment, der zu Sprachlosigkeit und Gänsehaut führte.



In drei Workshops setzten sich die Studierenden und Absolvent*innen intensiv mit der Rolle der Polizei während des Massakers von Bialystok, Polen, im Juni 1941 auseinander. Betrachtet wurde auch der Umgang mit der Aufarbeitung der schrecklichen Taten im Nachkriegsdeutschland und die Lehren, die man aus den historischen Ereignissen ziehen kann und muss – gerade in der Rolle und der Verantwortung einer Polizistin bzw. eines Polizisten.

Und dies sollte nicht der einzige Moment bleiben: Im Museum gab es eine eindrucksvolle Ausstellung zu jüdischem Leben vor der Shoah, einem Leben, das so bis heute nicht mehr existent ist. Über verschiedene Räume des Museums wird das Ausmaß der Geschichte deutlich. In der Halle der Namen wird durch die Präsentation von Gedenkblättern die Zahl sechs Millionen ganz präsent. Sechs Millionen Juden und Jüdinnen haben während der Shoah ihr Leben verloren. Opfer, die dank der Gedenkstätte nicht in Vergessenheit geraten. Der Besuch einer Kindergedenkstätte – eine beeindruckende Installation, die durch Spiegel und Kerzen dem Universum ähnelnde Lichter schuf – rückte die Wahrnehmung in einen anderen Kontext: Betroffen von der Katastrophe waren Menschen jeden Alters. Eine Vorstellung, die nur schwer zu verstehen ist.

Die Teilnehmenden zeigten sich vor allem auch begeistert über die mehrstündige Stadtführung durch Jerusalem, die mit vielen Informationen sehr kurzweilig gestaltet war und auch Zeit bot, das Gesehene reifen zu lassen und zu verstehen.

Ein ganz besonderes Highlight war die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages zwischen der Polizei Niedersachsen und der International School for Holocaust Studies, Yad Vashem. Bei diesem besonderen Moment betonte Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen: „Wir müssen noch mehr darüber reden, damit sich das Rad der Geschichte nicht plötzlich rückwärts dreht.“ Sie müsse erzählt werden, die Geschichte der Shoah. Erinnerungsorte wie Yad Vashem seien dazu immens bedeutsam, so Rose. Er betonte zudem, wie wichtig Bildungsarbeit in diesem Kontext ist.

Wir müssen noch mehr darüber reden, damit sich das Rad der Geschichte nicht plötzlich rückwärts dreht.



Für die Teilnehmenden der Reise ist klar, dass das Thema Demokratie in ihrem privaten, aber auch beruflichen Leben eine große Rolle spielt. Sie erhoffen sich zudem, in Zukunft antisemitische Handlungen schneller und klarer erkennen zu können, um Ausgrenzung und Fremdenhass frühzeitig entschieden entgegenzutreten. Der über die Reise gewonnene Hintergrund und eine neu fokussierte Perspektive, nämlich die der Opfer, werden sicherlich dazu beitragen.

Auch zukünftig wird die Polizeiakademie Niedersachsen eng mit der Gedenkstätte Yad Vashem zusammenarbeiten.

Auch der Landespolizeipräsident Axel Brockmann fand bewegende Worte: „Ein wehrhafter demokratischer Rechtsstaat braucht eine Polizei, die schon die Anfänge von Antisemitismus nicht nur erkennt, sondern ihnen entschlossen entgegentritt.“ Er ist sich der Verantwortung der deutschen Polizei bewusst und richtete direkte Worte an den Vorstandsvorsitzenden von Yad Vashem, Dani Dayan: „Haben Sie keinen Zweifel daran, dass wir den Antisemitismus mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.“



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Yad Vashem
Ansprechpersonen:	Michael Schmelkus Forschungsstelle für Polizei- und Demokratieggeschichte Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten:	polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

Bildungsreise der Polizeiakademie Niedersachsen nach Polen



Im Frühsommer 2023 unterzeichnete die Polizei Niedersachsen eine Kooperationsvereinbarung mit der internationalen Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Israel. Auch im Jahr 2024 stand der Besuch der Gedenkstätte fest auf der Agenda der Polizeiakademie Niedersachsen, konnte jedoch aufgrund des Angriffs der Terrororganisation Hamas und des anhaltenden Nahostkonflikts nicht stattfinden. Alternativ wurde vom 11. bis 17. Februar 2024 eine Reise nach Berlin und Polen organisiert, deren Inhalte maßgeblich durch den israelischen Kooperationspartner Yad Vashem mitgestaltet wurden.

Thematisch wurden unterschiedliche Einblicke in die Zeit des Holocaust gegeben. Neben einem Vortrag durch die International School for Holocaust Studies, der u. a. die Erinnerungskultur aus jüdischer Perspektive beinhaltet, waren die Besichtigungen des ehemaligen Ghettos in Lodz sowie des Vernichtungslagers Kulmhof nachhaltig beeindruckend.

Ein besonderes, intensives und einprägsames Erlebnis war zudem die Begegnung mit dem lebensfrohen 98-jährigen Zeitzeugen Dr. Leon Weintraub, Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, der als Jugendlicher im Ghetto Lodz lebte und 1944 mit seiner Familie in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert wurde.



Durch gelebte Kooperationen wie die mit Yad Vashem und einer regelmäßigen auch selbstkritischen Reflexion des Geschehenen wird dazu beigetragen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt.

Dass die Polizei gerade in der heutigen Zeit für den Schutz aller Menschen einstehen und antisemitisches Handeln, Ausgrenzung und Fremdenhass frühzeitig erkennen muss, ist allen Teilnehmenden der Reise noch einmal sehr deutlich geworden.



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Berlin, Chelmno, Lodz
Ansprechpersonen:	Michael Schmelkus Forschungsstelle für Polizei- und Demokratieggeschichte Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten:	polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

Studienfahrt nach Berlin durch die Polizeiakademie Niedersachsen



Bei einer Studienfahrt nach Berlin vom 09. bis 10. November 2023 konnten die teilnehmenden Studierenden des Jahrgangs BA 21/22 ganz unterschiedliche Einblicke in verschiedene Themenbereiche erlangen. Nach einem Besuch der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, in der aufgezeigt wird, wie sich einzelne Menschen und Gruppen gegen den Nationalsozialismus gewehrt haben, hat die Nienburger Bundestagsabgeordnete Katja Keul im Paul-Löbe-Haus Fragen der Studierenden zu unterschiedlichen Themen beantwortet.

Von dort ging es zu Fuß zum Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas. Sie soll an den Porajmos erinnern, den nationalsozialistischen Völkermord an den als „Zi-Wort“ verfolgten europäischen Roma mit bis zu 500.000 Opfern.

Letzte Station des ersten Tages war das Denkmal für die ermordeten jüdischen Personen Europas. Die Stelen erinnern an die rund sechs Millionen Menschen, die unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ermordet wurden. Darunter befindet sich der sogenannte „Ort der Information“, eine Ausstellung, die u. a. anhand von 15 jüdischen Familienschicksalen in einem Raum unterschiedliche soziale, nationale, kulturelle und religiöse Lebenswelten darstellt. Dadurch wird der Kontrast zwischen dem Leben vor, während und nach der Verfolgung, die Zerstörung dieser Kultur sowie

der damit verbundene Verlust veranschaulicht. Fotos und persönliche Dokumente berichten von Auflösung, Vertreibung und Vernichtung dieser Familien und ihrer Mitglieder.

Der zweite Tag beinhaltete den Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen, eine ehemalige Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit. Bis 1990 wurden dort 40.000 Menschen gefangen gehalten, vor allem politische Gefangene, und physisch und psychisch gefoltert.



Der anschließende Besuch der Dauerausstellung „Topographie des Terrors“ veranschaulichte deutlich die nationalsozialistische Machtübernahme sowie die Institutionen von SS und Polizei im Dritten Reich.

Im Anschluss konnten die Studierenden im Bundestag einem lebendigen Vortrag folgen und Informationen über den Bundestag erhalten.

Am Ende der Studienfahrt stand für alle fest, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und überzeugte Demokrat*innen braucht.

Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Berlin
Ansprechpersonen: Pressestelle
Erreichbarkeiten: pressestelle@pa.polizei.niedersachsen.de

[Die Reise wurde durch die Stiftung Mercator finanziell unterstützt.]

Exkursion zur KZ-Gedenkstätte Moringen

In einem zweitägigen Workshop am 20. und 21. November 2023 haben sich insgesamt 25 Studierende der Herausforderung gestellt, die Rolle der Polizei beim Übergang von Demokratie zur Diktatur 1933 zu reflektieren. Muss sich die Polizei den Vorwurf gefallen lassen, an nationalsozialistischen Verbrechen verstrickt gewesen zu sein? Warum hat die Polizei so wenig Widerstand geleistet und letztlich das Nazi-Regime sogar aktiv unterstützt?

Nach einer kurzen geschichtlichen Grundlagenvermittlung durch Mattis Binner, Vorsitzender des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Moringen, wurden im Workshop Verhaltensweisen von Polizeibeamt*innen während des Nationalsozialismus besprochen, die neben ihren Kernaufgaben auch an Plünderungen, Brandstiftungen und sogar Tötungen beteiligt waren. In einem weiteren Schritt rückten die Schicksale von zwei französischen Zwangsarbeitern in den Fokus, die durch einen einzelnen Polizeibeamten festgenommen und in einem KZ letztlich ermordet wurden.

Der zweite Tag führte die Gruppe zur KZ-Gedenkstätte in Moringen. Die Gebäudekomplexe sind heute nur eingeschränkt zu besichtigen, da ein Großteil vom Maßregelvollzugszentrum Niedersachsen genutzt wird. Den Abschluss des Workshops bildete der Besuch eines Gräberfeldes mit 55 verstorbenen Jugendlichen auf dem Moringer Friedhof.



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Moringen
Ansprechperson:	Andreas Lange
Erreichbarkeiten:	poststelle@pa.polizei.niedersachsen.de

Gedenkstätte Wehnen „Alte Pathologie“

Unweit der Stadt Oldenburg liegt die ehemalige Heil- und Pflegeanstalt Wehnen (heute: Karl-Jaspers-Klinik). Dort starben während des Nationalsozialismus mehr als 1500 Patient*innen an Unterernährung, Vernachlässigung und fehlender medizinischer Versorgung. Trotz der großen Zahl an Toten setzte sich nach 1945 die Auffassung durch, dass die Heil- und Pflegeanstalt Wehnen an der NS-„Euthanasie“ nicht beteiligt gewesen sei. Die Gedenkstätte „Alte Pathologie“ Wehnen befindet sich auf dem Gelände der Karl-Jaspers-Klinik in den Räumlichkeiten der ehemaligen Leichenhalle.

Die dort gezeigte Ausstellung dokumentiert die nationalsozialistische Gesundheitspolitik im Land Oldenburg und das Hungersterben in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen. Der ehemalige Sezerraum ist zu einem Raum des Gedenkens umgestaltet worden. Studientage dauern fünf bis sechs Stunden und umfassen eine Einführung, einen Rundgang über das Klinikgelände sowie den Besuch der Gedenkstätte Alte Pathologie.

Anschließend erarbeiten sich die Studierenden eigenständig ein Thema mit Polizeibezug. Zur Auswahl stehen die drei Themenschwerpunkte: „Lebenswege“, „Historischer Ort“ und „Erinnern und Gedenken“. Zu jedem Themenschwerpunkt existiert eine umfangreiche Dokumentensammlung, die zur Verfügung gestellt wird.



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Oldenburg
Ansprechperson:	Christin Link
Erreichbarkeiten:	christin.link@polizei.niedersachsen.de

Sozialtage mit Demokratiebezug

Im Rahmen des Projektes „Polizeischutz für die Demokratie“ beschloss die Leitung der Polizeiinspektion Wolfsburg-Helmstedt, dass alle Sozialtage im Jahr 2023 einen Demokratiebezug haben sollen.

Diese Entscheidung wurde gestützt von einem großen Portfolio der Demokratiepat*innen, die verschiedene Orte, Themen und Museen im regionalen Umfeld aufgelistet hatten, um die Entscheidung und Kontaktaufnahme zu erleichtern.

Hervorzuheben ist die große Zahl der vielseitig interessierten Polizeibediensteten, die auch bereit waren, längere Wegstrecken in Kauf zu nehmen. So wurde nicht nur das in der Nähe liegende Zonengrenzmuseum, die Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn oder das Institut für Zeitgeschichte in Wolfsburg selbst besucht, sondern es erfolgten auch Ausflüge nach Rostock zu einer Stadtführung zum Thema Bestrafung und Gerichtsbarkeit in der NS- und DDR-Zeit oder zum Bunker Valentin in Bremen. Hierbei handelt es sich um die Ruine einer U-Boot-Werft, die während des Zweiten Weltkrieges von 1943 bis 1945 unter dem Einsatz von Zwangsarbeiter*innen errichtet wurde und Tausenden Menschen das Leben kostete.

Besonders interessant war die Stadt Köln, in der Polizeibedienstete das NS-Dokumentationszentrum besuchten – die größte lokale Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepub-



lik Deutschland. Eine Dienstabteilung nahm an der außergewöhnlichen Führung durch das jüdische Köln teil – ein Einblick von der Römerzeit bis jetzt.

Mit der Entscheidung, Sozialtage in die Demokratiestärkung einzubeziehen, wird gewährleistet, dass alle Beamt*innen ihr Wissen erweitern, neue Eindrücke und Denkanstöße gewinnen und anschließend im Kreis der Kolleg*innen bei einem gemeinsamen Essen ihre Gedanken und Meinungen zum Erlebten austauschen können. Und auch 2024 wurden die Sozialtage in der Polizeiinspektion Wolfsburg-Helmstedt wieder mit einem Demokratiebezug veranstaltet.



Dienststelle: Polizeidirektion Braunschweig
Projektort: Wolfsburg, überregional
Ansprechperson: Silke Hitschfeld, PI Wolfsburg/Helmstedt – Prävention
Erreichbarkeiten: poststelle@pi-wob.polizei.niedersachsen.de

Besuch des Niedersächsischen Landtages



botsverfahren“ gehalten, woran sich lebhaft Diskussionen anschlossen.

Besonders bereichert wurde der Austausch durch zwei Mitglieder des Landtages. So liessen es sich Michael Lühmann, Bündnis 90/Die Grünen, und Alexander Saade, SPD, nicht nehmen, mit den Studierenden intensiv ins Gespräch zu gehen und sie an ihrem Blick auf unsere Demokratie als Parlamentarier und gewählte Volksvertreter teilhaben zu lassen.

Am 31. Mai 2024 besuchten 24 Studierende der Polizeiakademie Niedersachsen den Niedersächsischen Landtag in Hannover. Die Lehrveranstaltung unter dem Motto „Die Instrumente der wehrhaften Demokratie“ wurde durch die Dozentin und Demokratietypin der PA NI, Aylin Akbulut, im Rahmen des Projektes „Polizeischutz für die Demokratie“ organisiert.

Es sollte jedoch nicht bei einem einfachen Landtagsbesuch bleiben. Unter den Augen der „Göttinger Sieben“, die als Symbol für die Verteidigung demokratischer Grundwerte stehen, befassten sich die Studierenden aktiv mit dem Thema der wehrhaften Demokratie.

Durch die Studierenden wurden kurze Impulsvorträge zu den Themen „Wehrhafte Demokratie“, „Ewigkeitsklausel“, „Vereinsverbot“ und „Parteiver-

Auch Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, zeigte sich vor Ort sehr erfreut über die rege Beteiligung „seiner“ Studierenden: „Wir an der Polizeiakademie Niedersachsen engagieren uns, unter anderem mit unserem Projekt ‚Polizeischutz für die Demokratie‘, um die angehenden und aktiven niedersächsischen Polizistinnen und Polizisten demokratiefest aufzustellen. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass die Stabilität der Werte unserer Verfassung und ein Leben in Freiheit nicht selbstverständlich sind. Wo kann man zu diesem Thema in unserem Bundesland besser diskutieren als hier im Zentrum der parlamentarischen Demokratie in Hannover? Durch diese und ähnliche Formate werden wir unseren inneren Kompass stärken, um Demokratiefreundlichkeit mit Klarheit und Stärke entgegenzutreten.“

Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Nienburg
Ansprechperson: Aylin Akbulut
Erreichbarkeiten: aylin.akbulut@polizei.niedersachsen.de

Stadtrundgang „Hamburger Nebenschauplätze“

„Hamburger Nebenschauplätze“ – ein passender Name für einen Rundgang vorbei an Orten, die in keinem Reiseführer erwähnt werden: „Wohnheim statt Hotel Atlantik, Tagesaufenthaltsstätte statt Alsterpavillon, Drogenberatungsstelle statt Passagenbummel.“

Buchbar über das Hamburger Straßenmagazin „Hinz&Kunzt“ führt Stadtführer Chris seine Gruppen durch die Gegend rund um den Hauptbahnhof und erzählt viel über den Alltag obdach- und wohnungsloser Menschen. Chris spricht aus eigener Erfahrung, er hat selbst jahrelang auf der Straße gelebt.

Am 20. November 2023 machte sich eine Gruppe von ca. 30 Kolleg*innen auf den Weg nach Hamburg, und natürlich wurde die Frage gestellt, wie dieser Stadtrundgang und das Thema Demokratie zusammenhängen.

Von Konrad Adenauer stammt das Zitat: „Demokratie ist mehr als eine parlamentarische Regierungsform, sie ist eine Weltanschauung, die wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Wert und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen.“

Die Polizei hat in der Demokratie eine wichtige Aufgabe: Sie ist zuständig für die Gefahrenabwehr und den Schutz der Grundrechte, und zwar der Grundrechte aller Menschen. Doch allzu leicht kann es passieren, dass aufgrund von Erfahrungen, Vorurteilen oder Schubladendenken nicht alle Menschen in diesem Sinne gleichbehandelt werden.

Für die Demokratiepat*innen ist demokratische Bildung deshalb so viel mehr als reine Rassismusprävention: Demokratische Bildung sollte die Möglichkeit zur Reflexion bieten (der eigenen Vorurteile, der eigenen Handlungsweisen etc.) und den Raum schaffen, Vielfalt und „Anderssein“ kennenzulernen und anzuerkennen.

Obdach- und wohnungslose Menschen leben am Rande der Gesellschaft. Ihr Alltag ist geprägt von ganz besonderen Herausforderungen, und sie werden – auch in der polizeilichen Wahrnehmung – häufig als störend und lästig wahrgenommen.

Der Stadtführer gab während des sehr persönlich gestalteten Stadtrundgangs abseits der Touristenattraktionen viele Einblicke, die eine Ahnung davon gaben, wie sehr sich ein Leben auf der Straße von dem eigenen unterscheidet. Vor allem aber erinnerte er aber an etwas, das in all unserem Tun nie vergessen werden sollte: die Menschlichkeit.

Durchführung: November 2023 und Herbst 2024

Vor allem erinnerte er aber an etwas, das in all unserem Tun nie vergessen werden sollte: die Menschlichkeit.

Dienststelle: Polizeiinspektion Harburg (Polizeidirektion Lüneburg)
Projektort: Hamburg
Ansprechpersonen: Katrin Ragge, Wiebke Hennig
Erreichbarkeiten: poststelle@pi-harburg.polizei.niedersachsen.de

Exkursion nach Hameln

Am 17. April 2023 besuchte eine Delegation der PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen zwei Ausstellungen im Kunstkreis Hameln.

Im ersten Teil der Ausstellung war eine Graphic Novel nach dem Roman „Im Westen nichts Neues“ von Erich M. Remarque zu betrachten. In eindrücklichen Bildern von Peter Eickmeyer aus dem Jahr 2014 werden Szenen aus dem Buch von 1928 dargestellt. Neben den Bildern finden sich kurze Textpassagen aus dem Roman wieder. Ein Roman, der als Antikriegsroman ein Massenerfolg und gleichzeitig von den Nationalsozialisten abgelehnt und sogar verbrannt wurde.

Der zweite Teil der Ausstellung zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold schloss sich thematisch an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg an. Das Reichsbanner verstand sich zunächst als ein Veteranenverband mit Kriegsteilnehmern des Ersten Weltkrieges, die für die Republik einstanden. Seine Hauptaufgabe sah das

Reichsbanner in der Verteidigung der Weimarer Republik gegen Feinde aus den nationalsozialistischen, monarchistischen und kommunistischen Lagern. Zu Spitzenzeiten hatte der Verband bis zu 3,5 Millionen Mitglieder und stellte somit die größte demokratische Massenorganisation der Weimarer Republik dar. Heute engagieren sich Menschen im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V., mit dem Ziel, die freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu bewahren und zu stärken.

Am Nachmittag folgte ein Besuch des Dokumentations- und Lernortes Bückeberg. Dort fanden von 1933 bis 1937 die jährlichen „Reichserntedankfeste“ statt. An diesem historischen Ort wird gezeigt, mit welchem Aufwand die Nazis um Adolf Hitler Fotos und Videos inszenierten, um eine harmonische „NS-Volksgemeinschaft“ öffentlich zur Schau zu stellen. Während im christlichen Erntedankfest Gott gedankt wird, war das „Reichserntedankfest“ ein Event, das den „Führer“ ehren sollte.



Dienststelle:	PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
Projektort:	Lüneburg
Ansprechperson:	Mathias Fossenberger
Erreichbarkeiten:	poststelle@pi-lg.polizei.niedersachsen.de

Exkursionen der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen

Im Juni 2023 besuchte der Arbeitsbereich Einsatzkoordination und die Besondere Aufbauorganisation (BAO) Planungsgruppe aus der Abteilung 2 (Einsatz) der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD NI) die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Auf Einladung des Projektes „Linker Extremismus“ erhielten die Mitarbeitenden im Rahmen eines Workshops an einem solch geschichtsträchtigen Ort einen umfassenden Einblick in diesen Phänomenbereich.

Zum Hintergrund: Das 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sollte die Herrschaft der SED sichern und Regimegegner*innen ausschalten. Dafür übernahm das MfS ab 1951 das sowjetische Kellergefängnis als seine zentrale Untersuchungsanstalt. Bis 1989 waren hier rund 11.000 Menschen inhaftiert. (Quelle: Stiftung Hsh; Zugriff: 17.05.2024)

Inhalte des Workshops waren unter anderem linke Ideologien, Marx und Lenin sowie das Verhältnis von Kapitalismus, „Bürgerlicher“ Demokratie und Faschismus („Dimitroff-These“).

Im Anschluss an den Workshop folgte eine beeindruckende und nachdenklich stimmende Führung durch die Gedenkstätte. Die Führung bot insbesondere einen Einblick in die mit böartigem Perfektionismus strukturierten und geplanten Methoden zur Informationsgewinnung durch den sowjetischen Geheimdienst und die Staatssicherheit der DDR. Sowohl Historiker*innen als auch Zeitzeug*innen führten die Besuchsgruppen durch das ehemalige Gefängnis, wodurch das Erlebte für alle Teilnehmenden noch greifbarer wurde.



Insbesondere für Bereitschaftspolizeihundertschaften ist es wichtig, sich mit der oben genannten Faschismustheorie auseinanderzusetzen. Dadurch werden Zusammenhänge verdeutlicht und die Einsatzkräfte für dieses Thema sensibilisiert, was vor allem in Versammlungslagen zu einem besonneneren Handeln führt.

Ziel der Bildungsinitiative „Polizeischutz für die Demokratie“ der ZPD NI ist es nicht nur, die Bereitschaftspolizeihundertschaften, sondern alle Mitarbeitenden einer Behörde für demokratieschützende Themen zu sensibilisieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich mit eben diesen, auch mithilfe von Exkursionen, auseinanderzusetzen.

Für die Mitarbeitenden der Abteilung 2 hat die Exkursion nach Berlin-Hohenschönhausen vor allem wegen der Einblicke, die sie vor Ort bekommen haben, einen prägenden, nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Aus diesem Grund wurde proaktiv eine weitere Exkursion geplant, die im Juni 2024 durchgeführt wurde. Die Mitarbeitenden reisten erneut nach Berlin und nahmen an einer Führung im Bundestag teil, bei der insbesondere die parlamentarische Arbeit des Bundestages thematisiert wurde. Im Anschluss folgte ein Besuch des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ und des darunter gelegenen „Orts der Information“.

Dienststelle:	Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen
Projektort:	Hannover/Niedersachsen
Ansprechperson:	Richard Schirmer
Erreichbarkeiten:	strategie@zpd.polizei.niedersachsen.de

Besuch der bosnischen Moscheegemeinde Osnabrück

Der Besuch bei der bosnischen Moscheegemeinde Saraj-Bosna in Osnabrück bot eine wertvolle Gelegenheit, über den Tellerrand zu blicken. Unter der Leitung der Demokratietypin Aylin Akbulut tauchten Studierende der Polizeiakademie Niedersachsen in die Rituale und Traditionen der Gemeinde ein. Dieser Austausch, an dem auch aktive Demokratietypat*innen teilnahmen, bot mehr als nur theoretisches Wissen – er schärfte das Verständnis für die Vielfalt in unserer Gesellschaft.

Für die angehenden Polizeibeamt*innen sind solche Erlebnisse von besonderer Bedeutung. Im Alltag begegnen sie Menschen mit verschiedenen kulturellen und religiösen Hintergründen. Der direkte Kontakt hilft, Berührungsängste abzubauen und interkulturelle Kompetenzen zu stärken – Fähigkeiten, die in einer multikulturellen Gesellschaft unerlässlich sind. Der Austausch bringt jedoch nicht nur der Polizei Vorteile. Auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene fördert er das Vertrauen und baut Hemmschwellen ab. Ein offener Dialog kann dazu beitragen, Vorurteile zu überwinden und ein besseres Verständnis für die Rolle der Polizei in einer demokratischen Gesellschaft zu entwickeln.

„Demokratie bedeutet auch Minderheitenschutz“, betonte Akbulut. „Das bedeutet, dass wir verstehen, dass wir mit Menschen ins Gespräch kommen müssen.“ Besuche in Moscheen, Synagogen und anderen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sind daher wesentliche Elemente der Demokratietarbeit. Der Besuch in Osnabrück zeigte eindrucksvoll, wie wichtig es ist, konstruktive Dialoge zu fördern, Fragen zu stellen und Vorurteile abzubauen.



Viele der Teilnehmenden hatten vorher kaum Berührungspunkte mit einer Moschee. Durch den direkten Kontakt konnten sie diese Wissenslücken schließen und ihre eigenen Sichtweisen überdenken. Auch die Gemeindemitglieder profitierten von diesem Austausch. Der Besuch ermöglichte es ihnen, ihre Kultur und Religion offen zu präsentieren und Vorurteile abzubauen. Gleichzeitig konnten sie durch den direkten Kontakt mit zukünftigen Polizeibeamt*innen ihre eigenen Vorbehalte überdenken. Diese Art von Dialog ist entscheidend, um Brücken zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu bauen und das Vertrauen in staatliche Institutionen zu stärken.

Die positive Resonanz auf den Besuch zeigt, wie wichtig solche Initiativen für die Demokratietarbeit sind. Sie ermöglichen es allen Beteiligten, sich auf Augenhöhe zu begegnen, voneinander zu lernen und gemeinsam an einer offenen und pluralistischen Gesellschaft zu arbeiten. Die Veranstaltung in Osnabrück hat verdeutlicht, dass der Schutz von Minderheiten und der interkulturelle Dialog zentrale Bestandteile einer lebendigen Demokratie sind. Nur durch solche Begegnungen kann das Verständnis füreinander wachsen und ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt gelingen.

Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Osnabrück
Ansprechperson: Aylin Akbulut
Erreichbarkeiten: poststelle@pa.polizei.niedersachsen.de

Studienfahrt nach Berlin der Polizeidirektion Hannover (2023)

Die Polizeidirektion Hannover führt neben themenspezifischen Exkursionen (z. B. zum „Zentrum für ethische Bildung und Seelsorge in der Polizei NRW“) auch seit 2023 jährlich eine zweitägige Studienfahrt im Rahmen der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ durch.

Programmpunkte waren im Rahmen der Reise des Jahres 2023 unter anderem Besuche mit Führungen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Untersuchungsanstalt der Stasi).

Ferner wurden sehr eindrucksvolle Dialogrunden in den Räumlichkeiten des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. durchgeführt: mit Christine Lieberknecht (Ministerpräsidentin des Landes Thüringen



a. D.) über die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ und eine Umsetzung in anderen Bundesländern sowie mit Timo Reinfrank (Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung), der mit einem kritischen Blick auf die Polizei in eine konstruktive Diskussion mit den Teilnehmenden führte. Eine erstklassige Möglichkeit des gemeinsamen Austauschs, der die Teilnehmenden in ihrer täglichen Arbeit sicherlich ein großes Stück vorantrieb.



Zum Abschluss stand ein Empfang im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin auf der Agenda. Der Bezirksstadtrat für Bürgerdienste und Soziales, Herr Arne Herz, empfing die Teilnehmenden mit seinen Mitarbeitenden des Amtes für Soziales (Asylstelle, Materielle Hilfen, Grundsicherung und Ukraine-Hilfe Berlin e. V.), um den Demokratiepate*innen einen beeindruckenden Einblick in die Herausforderungen in Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung, die mit dem Ukrainekrieg einsetzte, zu geben.

Dienststelle:	Polizeidirektion Hannover
Projektort:	Hannover
Ansprechperson:	Andreas Krahmer
Erreichbarkeiten:	demokratie@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Studienfahrt nach Berlin der Polizeidirektion Hannover (2024)

Erster Halt der jährlichen Studienreise der Polizeidirektion Hannover war die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, wo die Teilnehmenden eine Führung durch die Ausstellung bekamen und hautnah die Rolle der Polizei in der NS-Zeit beleuchteten. Besonders spannend war in diesem Kontext die Vertiefung und Diskussion in dem Seminar zum Thema „Handlungsspielräume – Polizei in der NS-Zeit: Hat man immer eine Wahl?“

Insgesamt boten die bisherigen Studienfahrten viele Gelegenheiten, fernab des polizeilichen Alltags in einen engen Austausch zum Thema „Polizeischutz für die Demokratie“ zu kommen. Wir freuen uns auf Wiederholungen in den nächsten Jahren.

Ein weiterer Programmpunkt war ein Besuch des Vereins Artikel 1 – Initiative für Menschenwürde e. V. Der Grundgedanke: „Im Herzen Demokraten“ und den Fokus auf die Gemeinsamkeiten legen und dadurch die Demokratie stärken – überparteilich. Denn eins haben alle demokratischen Parteien gemeinsam: das Grundgesetz, auf dem unsere freiheitlich demokratische Grundordnung beruht. Die Initiative regt somit dazu an, zusammen

*[...] zusammen
anstatt
gegeneinander
[...] arbeiten*

anstatt gegeneinander zu arbeiten. Dem schließt sich die Polizeidirektion Hannover gern an, sodass eine Kooperation mit dem Verein entsprechend initiiert wurde.

Im Reichstagsgebäude wurden die Teilnehmenden vom Büroleiter des Abgeordneten Adis Ahmetović (MdB) empfangen und erhielten exklusive Einblicke hinter die Kulissen des Arbeitsalltages der Volksvertretung im Deutschen Bundestag.



Dienststelle:	Polizeidirektion Hannover
Projektort:	Hannover
Ansprechperson:	Andreas Krahmer
Erreichbarkeiten:	demokratie@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Begleitwort

*Deniz Kurku,
niedersächsischer
Landesbeauftragter für
Migration und Teilhabe*



Liebe Leserinnen und Leser,

die Demokratie sichert unsere Freiheit. Sie garantiert Mitbestimmung, Sicherheit und ein friedliches Miteinander – im Idealfall ohne Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus. Das ist das Ziel eines jeden modernen Einwanderungslandes und diesen Anspruch verfolgen wir – das sage ich als Landesbeauftragter für Migration und Teilhabe mit Blick auf die allzu sichtbaren antidemokratischen Zersetzungskräfte – auch in Niedersachsen.

Der Polizei kommt dabei mehr denn je eine demokratieschützende Rolle zu. Denn sie gewährleistet nicht nur Recht und Ordnung, sondern vertritt kraft ihres gesetzlichen Auftrages auch Werte wie Gleichheit, Menschenwürde, Respekt, bürgernahe Offenheit und kulturelle Sensibilität. Darauf sind alle Bürgerinnen und Bürger, aber natürlich auch zugewanderte und geflüchtete Menschen in Niedersachsen angewiesen. Denn nicht wenige von ihnen haben aus ihren Heimatländern negative Erfahrungen mit staatlichen Institutionen und polizeilicher Gewalt mitgebracht.

Leider müssen wir feststellen, dass die Realität dieser Mitmenschen nicht nur von Integration und Teilhabe, sondern nicht selten auch von diskriminierender Ausgrenzung und rassistischer Anfeindung sowie Gewalt geprägt ist – ob im Supermarkt, bei Behörden, auf dem Schulhof oder auch bei einer Polizeikontrolle.

In Niedersachsen stellt sich die Polizei dem Anspruch, „demokratiestark“ zu sein. Das bedeutet wohlgemerkt mehr, als rechtsextremen und rassistischen Denkmustern in den eigenen Reihen entgegenzuwirken. So liegt etwa dem Projekt „Strukturelle Verankerung von Demokratiearbeit in der Polizei“ ein demokratischer Gestaltungswille zugrunde. Denn so viel ist klar: Nur eine Polizei, deren Beamtinnen und Beamte mit einem freiheitlich-demokratischen Selbstverständnis und Verantwortungsbewusstsein ausgestattet sind, ist in der Lage, demokratie- und menschenfeindlichen Tendenzen wirksam zu begegnen.

Bei allem habe ich großes Verständnis für die herausfordernden Aufgaben, alltäglichen Belastungen und auch Stereotypen, denen Polizistinnen und Polizisten in unserem Land ausgesetzt sind. Mit den Konsequenzen gescheiterter Integration etwa sehen sie sich oft als Erstes konfrontiert. Ohne Zweifel: Diese Seite der Realität des Polizeialltags erfordert ein besonders hohes Maß an Resilienz und Belastbarkeit.

Umso bemerkenswerter ist die Initiative der Polizeiakademie, im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft die Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen gemeinsam zu stärken. Genau diese Bündle und Allianzen braucht es unter Demokratinnen und Demokraten mehr denn je, da menschenfeindliche und rechtsextreme Ideologien immer weiter auf dem Vormarsch sind und ihren Platz in Politik und Gesellschaft längst eingenommen haben.

Wie vielfältig das demokratiefördernde Engagement im Rahmen der Bildungsinitiative „Polizeischutz für die Demokratie“ ist, zeigt die vorliegende Broschüre auf eindruckliche Weise.

Ihnen wünsche ich eine gute Lektüre mit vielen anregenden Erkenntnissen.

Ihr

Deniz Kurku

Niedersächsischer Landesbeauftragter für Migration und Teilhabe

ZEITZEUGENVORTRÄGE

Holocaust-Zeitzeugen Ivar und Dagmar Buterfas-Frankenthal

Wir müssen unsere eigene Zukunft schützen und die unserer Nachkommen.

Über 1.500 Vorträge hat der Holocaust-Zeitzeuge Ivar Buterfas-Frankenthal in den letzten 30 Jahren vor unterschiedlichem Publikum gehalten.

Ivar Buterfas-Frankenthal wurde 1933 als Sohn eines jüdischen Vaters und einer christlichen Mutter in Hamburg geboren und überlebte, genau wie seine Ehefrau Dagmar, den Holocaust. Schon früh erlebte er Diskriminierung und Ausgrenzung. In seinen Vorträgen schildert Ivar Buterfas-Frankenthal eindringlich, wie sein von Schikanen geprägtes Leben bis heute auf ihn Einfluss nimmt.

Nur durch Glück, gute Bekannte und Durchhaltevermögen übersteht die Familie diese unbeschreiblich harte Zeit. „Es gibt leider immer noch Menschen, die so denken wie damals“, sagt Ivar. Daher setzt sich das Ehepaar Buterfas-Frankenthal seit über 30 Jahren gegen das Vergessen ein – vor allem an Schulen, Universitäten und auch bei der Polizei. Für diesen unermüdlichen Einsatz wurde der inzwischen über 90-Jährige mit diversen Preisen, wie dem Bundesverdienstkreuz der 1. Klasse, ausgezeichnet.

Mit seinen Schilderungen versucht Ivar Buterfas-Frankenthal, den nachfolgenden Generationen die herausragende Bedeutung der Demokratie zu vermitteln und zeitgleich für die (heutigen) Gefahren zu

sensibilisieren. Sein Leben und Wirken stehen exemplarisch für den Mut und die Entschlossenheit, auch nach den dunkelsten Zeiten der Geschichte für das Gute einzustehen und aktiv an einer besseren Zukunft mitzuwirken.



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Nienburg, Oldenburg, Bad Nenndorf, Bergen-Belsen, Yad Vashem
Ansprechperson:	Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten:	polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

[Die Vortragsreihe wurde durch die Stiftung Mercator finanziell unterstützt.]

Familie Herschel

Wenn man seine eigene Geschichte nicht kennt, kann man keine Zukunft haben ...

Tswi Herschel wurde als Kind einer jüdischen Familie im Jahr 1942 im niederländischen Zwolle geboren. Im Alter von vier Monaten überlebte er den Holocaust, da seine Eltern Nico und Ammy ihn – kurz vor ihrer Deportation und Ermordung im Vernichtungslager Sobibor – bei einer befreundeten, nichtjüdischen Familie in den Niederlanden versteckten. Er bekommt dort den Vornamen Henkie, damit sein jüdischer Vorname ihn nicht verrät. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges holte ihn seine leibliche Großmutter zu sich, um ihn nach jüdischer Tradition und in einem jüdischen Umfeld zu erziehen. Erst da er-

fuhr er von seiner Herkunft und dem Schicksal seiner Eltern, konnte sich mit seiner Großmutter, die schwer traumatisiert war, aber nicht austauschen. In seiner Kindheit erlebte Herschel in der Schule starken Antisemitismus, da viele seiner Mitschüler*innen aus Familien kamen, die Nazi-Kollaborateure gewesen waren. Bereits als Kind lernte er seine spätere Frau kennen, die er 1965 heiratete. Im Jahr 1986 wanderten sie mit ihren beiden Töchtern nach Israel aus, seit 1991 erzählt er interessierten Menschen in Israel und Europa seine Geschichte und setzt sich für eine tolerante Welt sowie ein Ende der Diskriminierung ein.



Zusammen mit seiner Tochter Natali berichtet Tswi Herschel, der auch Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande ist, seit 2022 in mehreren Vorträgen in der Polizei Niedersachsen eindrucksvoll über die Judenverfolgung und -vernichtung, den Tod seiner Eltern, das eigene Überleben, die Folgen für ihn und seine Familie sowie die Auswirkungen auf die nachfolgenden Generationen.

In seinen Vorträgen berichtet der Shoah-Zeitzeuge vom Gefühl des Alleinseins und wie es ist, in der Schule, auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als „Saujude“ beschimpft zu werden. Zentrale Themen sind dabei auch das persönliche Erleben von Diskriminierung und Antisemitismus. „Wir dürfen die Vergangenheit nicht vergessen, wir müssen von ihr lernen“ sowie „Nie wieder! Daran müssen wir jeden Tag arbeiten. Sonst hatte es keinen Sinn“ – eindringliche Botschaften, die Tswi Herschel an seine Zuhörer*innen richtet.

Wir dürfen die Vergangenheit nicht vergessen, wir müssen von ihr lernen.



Dienststelle: Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort: Nienburg, Oldenburg, Bad Nenndorf, Bergen-Belsen, Yad Vashem
Ansprechperson: Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte
Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten: polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

[Die Vortragsreihe wurde durch die Stiftung Mercator finanziell unterstützt.]

Holocaust-Zeitzeuge Leon Weintraub

Das Schlimmste ist das Vergessen.

Leon Weintraub wurde 1926 als fünftes Kind einer jüdischen Familie in Lodz geboren, einer Stadt, die zu dieser Zeit eine große jüdische Gemeinde beherbergte. Nach dem frühen Tod seines Vaters im Jahr 1927 wuchs Leon Weintraub in armen und schwierigen Verhältnissen auf. Sein Leben änderte sich ab 1939 radikal: Die jüdische Bevölkerung wurde systematisch entrechtet und in Ghettos eingesperrt. Als Jugendlicher wurde er zusammen mit seiner Mutter und seinen Geschwistern in das sogenannte Ghetto Litzmannstadt zwangsumgesiedelt, wo sie extreme Not und Entbehrung erlebten. Der Alltag war geprägt von Hunger, Krankheiten, Zwangsarbeiten und den sich immer weiter verschlechternden Lebensbedingungen. Im Jahr 1944 wurde das Ghetto aufgelöst und es folgte die Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, wo er von seiner Familie getrennt wurde. Mit viel Glück überlebte er nicht nur das Lager in Auschwitz, sondern noch drei weitere Konzentrationslager. Im April 1945 wurde er, stark geschwächt und krank, von der französischen Armee befreit. In seinen Erzählungen berichtet Leon Weintraub, der nach dem Krieg in Göttingen Medizin studierte und als Arzt in

Polen und Schweden tätig war, von seinem Leben vor, während und nach dem Holocaust.

Seine eindrückliche Botschaft, das Geschehene nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, soll auch die nachfolgenden Generationen dafür sensibilisieren, nicht blind Parteien und Ideologien zu folgen, die sich durch Hass, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in den Fokus rücken. Vielmehr ist es sein Ziel, die Erinnerung an die Opfer lebendig zu halten und zukünftige Generationen vor den Gefahren von Hass, Intoleranz und Rassismus zu warnen.

Im Rahmen einer Bildungsreise nach Polen tauschte sich Leon Weintraub im Frühjahr 2024 mit Studierenden der Polizeiakademie Niedersachsen aus und hinterließ mit seiner lebensfrohen und optimistischen Art einen bleibenden Eindruck bei allen Teilnehmenden. Seine Geschichte ist ein kraftvolles Mahnmal gegen das Vergessen, geprägt von unermesslichem Leid, aber auch von ungebrochener Menschlichkeit und Hoffnung.



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen
Projektort:	Polen
Ansprechperson:	Forschungsstelle für Polizei- und Demokratieggeschichte Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“
Erreichbarkeiten:	polizeischutz_fuer_die_demokratie@pa.polizei.niedersachsen.de

[Der Austausch mit Herrn Leon Weintraub wird unterstützt durch die Stiftung Mercator.]

AUSSTELLUNGEN

Ausstellung „Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat“ in der Gedenkstätte Esterwegen

Was hätte ich getan – hätte ich etwas getan? Was würde ich tun – würde ich etwas tun?

Mit Blick auf die Zeit der NS-Diktatur in Deutschland sind diese Fragen nach den eigenen Entscheidungs- und Handlungsspielräumen wohl die schwierigsten, denen man sich in Reflexion des eigenen demokratischen Selbstverständnisses stellen muss. Gerade deshalb haben Kooperationen mit Gedenkstätten, die an nationalsozialistische Verbrechen erinnern, für die polizeiliche Demokratiearbeit einen besonderen Stellenwert. Diese Erinnerungsorte bieten den Raum und die pädagogische Expertise, sich diesem Fragenkomplex anzunähern.

Eine besondere Kooperation verbindet die Polizei Niedersachsen mit der Gedenkstätte Esterwegen: Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers wird seit August 2024 die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat“ gezeigt. Diese ursprünglich 2011 von der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) und dem Deutschen Historischen Museum konzipierte Ausstellung wurde von der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte um landesgeschichtliche Aspekte und Exponate aus ihrer Sammlung ergänzt. Mehrere Jahre war sie als Wanderausstellung in Niedersachsen und auch in anderen Bundesländern zu sehen. In den kommenden Jahren wird sie in der Gedenkstätte endlich langfristig der polizeilichen Bildungsarbeit und der breiten Öffentlichkeit zugänglich sein. Die Ausstellung deckt schonungslos die tiefe Verstrickung der Polizei in die nationalsozialistische Diktatur und die von ihr verübten Verbrechen im Namen der NS-Ideologie auf. In der Gedenkstätte wird sie an einem Ort präsentiert, an dem Menschen erleben

mussten, was es heißt, wenn Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde für null und nichtig erklärt werden. Das Konzentrationslager Esterwegen wurde bereits im Sommer 1933 eingerichtet, kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Auch hier war die Polizei von Anfang an Teil der verbrecherischen Maschinerie der Diktatur: Sie war unter anderem für die Inhaftierung der Menschen verantwortlich, die hierhin kamen, sie übernahm Gefangenentransporte und hatte zeitweise die Lageraufsicht inne. Die Gedenkstätte erinnert daher unmittelbar an die historische Verantwortung der Polizei.

Das Außergewöhnliche an der Kooperation der Polizei Niedersachsen mit der Gedenkstätte Esterwegen ist, dass durch die NS-Ausstellung die Polizei selbst mit einem Weiterbildungsangebot in die Öffentlichkeit wirkt und ein nachhaltiges Zeichen für eine transparente Auseinandersetzung mit der eigenen Organisationsgeschichte setzt. So bieten die Ausstellung und die Gedenkstätte zusammen einen einzigartigen Raum, aus einer kritischen Selbstreflexion und dem transparenten Umgang mit unserer Geschichte demokratische Stärke zu ziehen.



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen (Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte)
Projektort:	niedersachsenweit
Ansprechpersonen:	Barbara Riegger und Michael Schmelkus
Erreichbarkeiten:	polizeimuseum@pa.polizei.niedersachsen.de

Wanderausstellung „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“

Wir haben die Chance, aus der Geschichte und dem Schicksal unserer ersten Republik zu lernen – und diese Chance, die hatten die Menschen in der Weimarer Republik nicht.

Diese Worte fassen sehr treffend die Intention hinter der Ausstellung „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“ zusammen. Ausgesprochen wurden sie 2018 bei der Eröffnung der Ausstellung im Niedersächsischen Landtag von Boris Pistorius, damaliger Innenminister Niedersachsens und Schirmherr der Ausstellung.

Gerade der Blick auf die Geschichte der Weimarer Republik ermöglicht es, gegenwärtige Herausforderungen unserer Demokratie besser zu erkennen und einzuordnen. Die Ausstellung möchte dafür sensibilisieren, dass unsere Demokratie und das demokratische Selbstverständnis der Polizei keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern historische Errungenschaften, die es zu leben und zu erhalten gilt. So zeigt die Ausstellung zum einen die demokratischen Reformen der Polizei der Weimarer Republik auf und damit die Wurzeln unseres heutigen Polizeiverständnisses in Deutschland. Zum anderen thematisiert sie den Verlust der Demokratie und die gravierenden Folgen, die das für die Polizei damals hatte: In kürzester Zeit ließ sich die Polizei zum Machtinstrument der nationalsozialistischen Diktatur umbauen.

Für die Demokratietarbeit in der Polizei schafft die Ausstellung ein wichtiges Dialog-Forum, in dem Polizei und Zivilgesellschaft gemeinsam über die Rolle der Polizei in Geschichte, Gegenwart und Zukunft diskutieren können. Entsprechend dem Konzept der Wanderausstellungen der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratieggeschichte kann die Ausstellung von Polizeibehörden ausgeliehen werden. Häufig wird mit örtlichen Museen zusammengearbeitet. Die Ausstellung selbst wird kostenlos zur Verfügung ge-

stellt und es wird kein Eintrittsgeld erhoben. Darüber hinaus sind die Dienststellen dazu angehalten, ein Begleitprogramm zu organisieren. In der Regel geschieht dies in Form der Einbindung von lokalen Akteuren aus dem Bereich der historischen oder erinnerungskulturellen Arbeit. Insofern bietet die Ausstellung auch immer wieder Chancen, sich mit wichtigen zivilgesellschaftlichen Stakeholdern zu vernetzen. Eine Besonderheit in der Vermittlungsarbeit ist, dass Mitarbeiter*innen der örtlichen Polizeidienststelle die Besucherführungen übernehmen. Nach einer Einweisung durch die Forschungsstelle können sie selbstständig und auf Augenhöhe Polizeikolleg*innen die Ausstellungsthemen näherbringen. Oder sie führen zivilgesellschaftliche Besuchergruppen – etwa Schulklassen – und schaffen so als „Teil der Geschichte“ eine Verbindung in die Gegenwart.

Die Ausstellung war zwischen 2018 und 2024 bereits an 16 Orten in Niedersachsen und auch außerhalb der Bundeslandgrenzen zu sehen. Doch vor allem dank des besonderen Engagements der Demokratietpat*innen, die die Ausstellung an ihre Dienstorte holen und begleiten, ist sie ein wichtiger Teil der gelebten Demokratietarbeit in der Polizei Niedersachsen geworden.



Dienststelle:	Polizeiakademie Niedersachsen (Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte)
Projektort:	niedersachsenweit
Ansprechperson:	Barbara Riegger
Erreichbarkeiten:	polizeimuseum@pa.polizei.niedersachsen.de

Ausstellungsprojekt „Der Mensch dahinter“



Gemeinsam mit den Demokratiepat*innen der ZPD NI und in Kooperation mit der PD Hannover, Landeshauptstadt Hannover, Feuerwehr und den Johannitern zeigte das LKA Niedersachsen vom 21. März bis 26. April 2024 die Ausstellung „Der Mensch dahinter“ im HannoverServiceCenter, Am Schützenplatz 1.

Die Ausstellung, entwickelt und ins Leben gerufen von der Initiative für Respekt und Toleranz, zeigt Menschen aus Berufen, die besonders unter Respektlosigkeiten und Anfeindungen, Beschimpfungen und Beleidigungen zu leiden haben, und präsentiert sie ganz privat und aus einer Perspektive, die viele so noch nicht kennen.

Fotos zeigen die Beschäftigten von Polizei, Feuerwehr, notärztlichem Dienst, Bundeswehr, Justizvollzug, Deutscher Bahn und Ordnungsämtern. Neben den Bildern stehen Texte, in denen die Porträtierten Erfahrungen aus ihrem Dienstalltag schildern und über Motive sprechen, sich in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Zudem gibt es Erklärungen zu den besonderen Anforderungen und Strukturen in den jeweiligen Berufen.

Ausgangspunkt der Initiative sind die vermehrten Übergriffe auf Menschen in Uniform, die immer häufiger verbale und körperliche Anfeindungen erfahren und hautnah den Mangel an Respekt, Toleranz und Rücksichtnahme in der Gesellschaft spüren. Mit dem Projekt und der Ausstellung werden Angehörigen dieser Berufsgruppen eine Stimme und ein Gesicht geben.



Das Besondere: Jede ausstellende Stadt ergänzt die Ausstellung um eigene Exponattafeln mit Gesichtern der Kolleg*innen, die ebenfalls bereit dazu sind, ihre Geschichten zu erzählen. Die vier in Hannover erstellten Exponattafeln zeigten Kolleg*innen der Feuerwehr, Johanniter, Ordnungsamt (Bereich Lebensmittelkontrolle) der Landeshauptstadt Hannover sowie stellvertretend für die Polizei einen Kollegen der Zentralen Polizeidirektion (ZPD NI).

Im Rahmen einer feierlichen Eröffnungsveranstaltung wurde die Ausstellung eröffnet und war über den Zeitraum einer großen Öffentlichkeit in den Wartebereichen des Ordnungsamtes zugänglich.

Dienststelle: Landeskriminalamt Niedersachsen
Projektort: Hannover
Ansprechpersonen: Imme Hildebrandt (LKA Niedersachsen)
 Andrea Wommeldorf, Initiative für Respekt und Toleranz
Erreichbarkeiten: poststelle@lka.polizei.niedersachsen.de
www.der-mensch-dahinter.de

Ausstellung „Bürgerinnen und Bürger gegen häusliche Gewalt“

Im Jahr 2019 wurde in der Stadt Lingen und im Jahr 2024 im Landkreis Grafschaft Bentheim jeweils eine Fotoausstellung zum Thema „Bürgerinnen und Bürger gegen häusliche Gewalt“ erarbeitet. Auf den Fotos sind Bürger*innen aus den o. a. Bereichen mit ihrem persönlichen Statement zu diesem Thema zu sehen. Ziel dieser Ausstellungen mit dem Statement, dass diese Gewalt nicht akzeptiert wird, ist, das Thema anzusprechen und präsent zu machen sowie dabei den Opfern Mut zu geben, sich Hilfe zu holen bzw. sich trauen, es anzusprechen, aber auch der Hinweis an alle Bürger*innen, bei diesem Thema nicht wegzusehen.

Diese Fotoausstellungen sind Wanderausstellungen und werden an verschiedenen Örtlichkeiten des öffentlichen Lebens (Rathäuser, Krankenhäuser, weiterführende Schulen usw.) ausgestellt.

Beteiligt an der Erarbeitung sowie der Organisation der Wanderausstellungen sind zwei Arbeitskreise, die aus Vertreter*innen der Stadt Lingen und dem Landkreis Grafschaft Bentheim mit der Stadt Nordhorn, weiteren Dienste und Initiativen, wie die Arbeitskreise Häusliche Gewalt, Beratungs- und Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt, Sozialdienst kath. Frauen e. V. Lingen, Beratungsstelle Hobbit für diese Thematik entstanden sind und dem Thema eine Stimme geben möchten.



Dienststelle: PI Emsland/Grafschaft Bentheim
Projektort: Stadt Lingen, Stadt Nordhorn, Landkreis Grafschaft Bentheim
Ansprechperson: Stadt Lingen
Erreichbarkeiten: Elisabethstr. 14, 49808 Lingen, Tel.: 0591 91440, E-Mail: info@lingen.de
Stadt Nordhorn, Bahnhofstr. 24, 48529 Nordhorn
Tel.: 05921 78780, E-Mail: info@nordhorn.de
Landkreis Grafschaft Bentheim, Van-Delden-Str. 1-7, 48529 Nordhorn
Tel.: 05921 961400, E-Mail: poststelle@grafschaft.de

Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Ausstellung mit dem Titel „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung gastierte im Oktober 2022 für einen Zeitraum von 14 Tagen im Hauptdienstgebäude des LKA. Zunächst konzipiert für Jugendliche und junge Erwachsene, brachte diese Ausstellung auf drei zweiseitigen Stelen sehr anschaulich die Stärkung der Demokratie und die Gefahren des Rechtsextremismus näher. Erscheinungsformen und Ursachen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus wurden ebenfalls in den Fokus gerückt. Für tiefere Einblicke, Hintergrundinfos, Videos und interessante Texte konnte zusätzlich der kleine Medientisch zur Ausstellung genutzt werden.

Durch die Demokratiepat*innen wurden interessierte Besuchergruppen wie zum Beispiel die Runde der Abteilungsleiter*innen sowie das Gremium des Personals durch die Ausstellung geführt.



Dienststelle:	Landeskriminalamt Niedersachsen
Projektort:	Hannover
Ansprechpersonen:	Imme Hildebrandt (LKA Niedersachsen) FES Landesbüro Niedersachsen
Erreichbarkeiten:	Theaterstraße 3, 30159 Hannover, Tel.: 0511 35770830

Begleitwort

Polizeihauptpersonalrat Niedersachsen

Der Polizeihauptpersonalrat Niedersachsen unterstützt und fördert die Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ seit den „Geburtswehen“. Gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der Polizeiakademie Niedersachsen und dem LPP war der Vorsitzende des PHPR von Anfang an beteiligt und wird dies auch die nächsten Jahre so fortführen.

Der Personalrat hat ein besonderes Interesse am Schutz der Demokratie in der Polizei. Er ist neben der Schwerbehindertenvertretung das einzige demokratisch gewählte Gremium in der 26000-köpfigen Polizei Niedersachsen. Seine originäre Aufgabe ist es, in den eigenen Angelegenheiten der Polizeibeschäftigten eben demokratisch zu verhandeln, mitzureden und Verantwortung zu teilen, damit nichts von „Oben“ fürstlich verordnet wird.

Den konkreten Auftrag, mit der Dienststelle ein „Bildungskonzept zur Stärkung der demokratischen Widerstandskraft der Beschäftigten in der Polizei Niedersachsen“ zu entwickeln, mit den örtlichen Personalräten verschiedene Formate in den Dienststellen anzubieten, Demokratiepat*innen zu finden und zu schulen, findet man nicht im Personalvertretungsgesetz. Aber man findet diesen Auftrag an sich selbst im Selbstverständnis von uns Personalräten. Wir Personalräte, die geschichtlich aus den Arbeiterräten der Novemberrevolution 1918 und der ersten deutschen Republik kommen, sind Garanten der Demokratie in der Dienststelle. Es muss in der DNA eines jeden Personalrates liegen, den Gefahren des Extremismus aktiv entgegenzuwirken. Vor 90 Jahren schafften die Nazis nicht nur die Personalvertretungen in der Weimarer Republik ab.

Der Personalrat ist regelmäßig die erste Anlaufstelle für Probleme innerhalb einer Dienststelle. Neben seinen originären Aufgaben zur Wahrung der Belange der in der Dienststelle Beschäftigten stellen die Personalvertretungen in Niedersachsen fast die Hälfte aller Demokratiepatinnen und -paten. Geistige Resilienz gegen extremistische Strömungen in der Gesellschaft, auch Mut und Entschlossenheit, in den eigenen Reihen den Mund aufzumachen und auch in der eigenen Dienstgruppe, im eigenen Einsatzzug, in der Kollegen-Chatgruppe Dinge klarzustellen und Fehlritte zurückzuweisen, das braucht

immer wieder neu genährte innere Stärke. Wer, wenn nicht wir als Personalräte, haben den direkten Draht zu unseren Mitarbeitenden und können als Multiplikatoren für diese tolle Idee werben und sie auch leben. Dahinter steht die feste Überzeugung, dass das Leben in einer freien Gesellschaft nicht selbstverständlich ist und daher auch jede Kollegin, jeder Kollege in Verwaltung, Tarif und Vollzug nachhaltig dafür sensibilisiert und darin gestärkt werden sollte, sich für den Schutz und die Werte unserer Demokratie einzusetzen. Mittlerweile sind bereits 150 Demokratiepate*innen im Einsatz und haben eine Vielzahl von Aktionen und Projekten auf die Beine gestellt. Dazu zählen u. a. Ausstellungsprojekte zur Geschichte der Polizei in der Weimarer Republik oder zum Thema „Krieg, Gewalt, Freiheit im Spannungsfeld der Demokratie“.

Im Jahre 2023 wurde der Personalrat Niedersachsen mit dem Deutschen Personalräte-Preis für das Projekt ausgezeichnet.

Der Personalrat arbeitet aber auch weiter. Das Thema wurde in die Personalrätebeschlüssen mit aufgenommen, und wir streben an, den Demokratieschutz in die Neuauflage des NPersVG mit aufzunehmen.

Martin Hellweg und Sascha Göritz

(für den Polizeihauptpersonalrat der Landespolizei Niedersachsen)

NIEDRIGSCHWELIGE PEER-TO-PEER-AKTIVITÄTEN

Beitritt zur Charta der Vielfalt

(PI Verden/Osterholz)

Im Mai 2022 ist die Polizeiinspektion Verden/Osterholz anlässlich des Diversity Days der Charta der Vielfalt beigetreten.

Wiederholende Besuche der Jüdischen Gemeinden

(PI Hannover)

Seit 2020 finden regelmäßige gemeinsame Austausche und Besichtigungen der Synagogen in Hannover statt.

Neben dem Kontext polizeilicher Schutzmaßnahmen hat dies auch Eingang in die Fortbildung gefunden.

Anwendung „Interaktive Lernmethoden“

(Zentrale Polizeidirektion)

Durchführung von Praxis-Trainings „Wie rassistisch bin ich?“ und „Privilege Walk“ durch Demokratiepat*innen an verschiedenen Standorten der Bereitschaftspolizei

Unterstützung beim Tag der offenen Moschee

(PI Cuxhaven)

Austausch geht nur durch Kennenlernen. Der Tag der offenen Moschee als ein Tag des Miteinanders und Kennenlernens bietet die Möglichkeit, die Vielfalt des muslimischen Lebens in Deutschland zu verdeutlichen, Missverständnissen vorzubeugen und Vorurteile abzubauen. Das Gegenüber ist nicht die oder der „Andere“ oder „Fremde“, sondern Teil des „Wir“ in der Gesellschaft. Dem steigenden Interesse am Islam und den Muslim*innen, aber auch dem in vielen Bereichen der Gesellschaft vorhandenen Misstrauen begegnen die Muslim*innen mit einer offenen Moscheegemeinde. Dabei wird den Besucher*innen vor allem die Möglichkeit des persönlichen Kontakts zu Muslim*innen und ein Einblick in das Gemeindeleben gegeben.

Die Polizeiinspektion Cuxhaven ist durch die Demokratiepatin vertreten gewesen, die auch von der Projektarbeit berichtet und bei der Organisation und Durchführung von Führungen durch die Moschee unterstützt hat.

Benefizkonzert des Polizeiorchesters Niedersachsen

(PI Verden/Osterholz)

Im Mai 2024 richtete der Präventionsrat der Stadt Verden in enger Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Verden/Osterholz im Dom zu Verden ein Benefizkonzert unter dem Motto „JA zur Demokratie“ aus.

Demokratieschutzlogo

(PD Göttingen)

Seitens der Polizeidirektion Göttingen wurde ein eigenes Demokratieschutzlogo erstellt, das Eingang in Giveaways gefunden hat.

Ergänzend wurden Fußballtrikots anlässlich der Deutschen Polizeimeisterschaft im Fußball 2022 entsprechend bedruckt.

Stadtteilbesichtigung „Problemviertel in Cuxhaven“ im Rahmen der interkulturellen Wochen der Stadt Cuxhaven vom 24.09. bis 04.10.2023

(PI Cuxhaven)

Hier wurde eine Führung durch das vermeintliche „Problemviertel“ Süderwisch mit Polizei-beamt*innen aus verschiedenen Organisationseinheiten der PI Cuxhaven durchgeführt. Ortsansässige Vereine haben sich in den letzten Jahren sehr für eine optische und auch soziale Veränderung eingesetzt. Aus polizeilicher Sicht gibt es in diesem Viertel aber auch Gefährdungspotenzial, belegt durch vergangene Einsatzzlagen. Die Führung soll vermittelnd und aufklärend auf die hier tätigen Polizei-beamt*innen – aber auch auf die Bewohner*innen – wirken. Perspektivwechsel und Verständnis werden angestrebt.

Kooperationspartner sind die Vereine „HeimatKULTUR“ (jetzt: Kulturyard) und Wir in Süderwisch e. V.

Integrationsprojekt zur Verkehrssicherheitsarbeit von Kindern

(PI Braunschweig)

Beginnend ab Januar 2023 ist ein Kooperationsprojekt zwischen der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, der Verkehrswacht Braunschweig e. V. und der PI Braunschweig gestartet.

Das Projekt verfolgt das Ziel, den im Ankunfts-zentrum Braunschweig lebenden Kindern in 60- bis 90-minütigen Kursen den Straßenverkehr in Deutschland und die zugehörigen Verkehrsregeln näherzubringen.

Sensibilisierung des demokratischen Selbstverständnisses von Fachoberschüler*innen

(PI Oldenburg-Stadt/Ammerland)

Durch den Demokratiepaten und Leiter des Fachkommissariats 4 des Zentralen Kriminaldienstes der PI Oldenburg-Stadt/Ammerland werden Vorträge gehalten, die die Sensibilisierung von Fachoberschüler*innen hinsichtlich ihres demokratischen Selbstverständnisses zum Ziel haben. Hierbei soll z. B. auf die Existenz und das Erkennen von extremistischen Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln ablehnen, eingegangen werden. Die Vorträge finden jährlich zu Beginn des Praktikums der Fachoberschüler*innen bei der PI Oldenburg-Stadt/Ammerland statt.

Beteiligung an der Demokratiemeile in Lüneburg

(PI Lüneburg)

Eine Gruppe verschiedener Initiativen und Verbände in Lüneburg gestaltete am 23. Mai 2024, dem 75. Jubiläum unseres Grundgesetzes, eine „Demokratiemeile“ in Lüneburg.

In der Innenstadt wurden an zahlreichen Ständen unterschiedliche Aktionen, Kunst, Kultur und Performance erlebbar gemacht.

Die Polizei Lüneburg beteiligte sich mit einem Stand zum Themenschwerpunkt „Diensteid“ auf dem Marktplatz. Der aktuelle Diensteid wurde einem Treueeid aus dem Jahr 1937 gegenübergestellt.

Insgesamt beteiligten sich über 80 unterschiedliche Verbände und Institutionen und sorgten für ein buntes und weltoffenes Programm.

Thementag Antisemitismus

(PI Verden/Osterholz)

Im März 2023 fand in Oyten der „Thementag Antisemitismus“ in Zusammenarbeit unter anderem mit der jüdischen Gemeinde Bremen (Mariya Dyskin) statt. Astrid Wolters, Mitarbeiterin des niedersächsischen Landesbeauftragten für Antisemitismus, war als Gastreferentin beteiligt. Die Vorträge und Berichte sollten Mitarbeitenden näherbringen, dass Antisemitismus eine aktuelle und gegenwärtige Bedrohung darstellt.

[Die Veranstaltung wurde durch die Stiftung Mercator finanziell unterstützt.]

Erstellung von vier Videos zur Sensibilisierung im Polizeilichen Sozialen Netzwerk (PSN)

(PI Diepholz)

In vier Kurzvideos werden von den Demokratiepat*innen verschiedene Themenfelder („Polizeischutz für die Demokratie“; „Was ist eigentlich Demokratie?“; „Demokratiegefährdende Erscheinungen“; „Der Diensteid“) rund um das Thema Demokratie aufgegriffen. Die Videos sollen erste Denkanstöße geben und zum weiteren Nachdenken anregen.

Thementag „Protestkultur“

(PI Verden/Osterholz)

Am 10. April 2024 luden Inspektionsleitung und Integrationsteam der PI Verden/Osterholz erneut zu einem jährlichen Thementag, dieses Mal zum Thema „Protestkulturen“, ein.

Reichsbürger*innen, Staatsdelegitimierer*innen und Co. erscheinen immer wieder in neuen Gewändern und haben nicht selten Berührungspunkte mit der (rechts-)extremistischen Szene. Die Vorträge der Referenten Frank Ziemann (LfV Niedersachsen), Michael Schmelkus (Polizeiakademie Niedersachsen) sowie Lars Barlsen (PD Hannover, Dez. 12.1) beleuchteten diese (neuen) Erscheinungsformen. Ergänzend stellte eine Beamtin des polizeilichen Staatsschutzes der Zentralen Kriminalinspektion Oldenburg ein Ermittlungsverfahren aus jenem Kriminalitätsfeld vor.

Baumpflanzung

(PI Goslar)

Pflanzung eines Baums der Demokratie im Frühjahr 2023

Integrativer Fahrradkurs für Frauen

(PI Wolfsburg/Helmstedt)

Fachliche Begleitung und Betreuung des Fahrradkurses für Frauen mit Migrationserfahrung sowie Besuch der Kursteilnehmer*innen in der Polizeidienststelle der PI Wolfsburg

Vortrag von Dr. Wolfgang Welsch

(PD Osnabrück)

Am 23. November 2023 referierte Dr. Wolfgang Welsch, ehem. politischer Gefangener in der DDR und anschließend Fluchthelfer, im Theater in Meppen zum Thema „Stasi, Verfolgung und Gewalt“.

[Die Veranstaltung wurde durch die Stiftung Mercator finanziell unterstützt.]

Eingang in Führungskräftebesprechungen

(PI Gifhorn; PI Salzgitter/Peine/Wolfenbüttel)

„Polizeischutz für die Demokratie“ ist Bestandteil der internen Führungskräfteentwicklung und regelmäßiger Bestandteil der Dienstbesprechungen, begleitet durch die Demokratiepate*innen.

Gesprächskreise „Demokratische Resilienz“ mit den Inspektionsleitungen

(Polizeidirektion Braunschweig)

Seit Januar 2022 finden regelmäßige inspektionsübergreifende Gesprächskreise zwischen Mitarbeitenden und Inspektionsleitungen einer anderen Dienststelle zum Thema „Demokratische Resilienz“ statt.

Bodenposter „Achtung Vorurteile!“

(PI Cuxhaven)

Am 18. März 2021 wurde im Rahmen des bundesweiten Aktionstags gegen Rassismus im Eingangsbereich des PI Cuxhaven durch den Inspektionsleiter ein Bodenposter „Achtung Vorurteile!“ angebracht. Hierbei unterstützt die PI Cuxhaven das Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Ramadan und Ostern – zwei Feiertage zweier Religionen

(Zentrale Polizeidirektion)

Im 2. Quartal 2023 haben sich die Demokratieschutz-Netzwerkenden der ZPD NI dem Thema u. a. durch mehrere Moschee-Besuche an verschiedenen Standorten, einem Vortrag zum Thema „Ramadan“ im 1. Zug der Bereitschaftspolizei Lüneburg, dem Besuch der jüdischen Gemeinde Stöcken sowie der Teilnahme am interreligiösen Fastenbrechen im Haus der Religionen Hannover genähert.

Gründung des „Runden Tisches Vielfalt“

(PD Hannover)

Teilnehmende:

Dezernatsleitung 01, Interkultureller Dienst der PD Hannover, Dezernate Personal und Kriminalitätsbekämpfung, polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit LSBTIQ, Gleichstellungsbeauftragte, Personalrat, Schwerbehindertenvertretung (Inklusion) unter Beteiligung von drei Ansprechpartner*innen und drei Unterstützenden der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“

Inhalt: Fortbildung zum Thema Inklusion; Ideensammlung für eine „Woche der Vielfalt“

„Virtueller Grenzgang“ (LAFP Polizei Nordrhein-Westfalen)

(Polizeidirektion Braunschweig)

Vor einer Dekade hat das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) der Polizei Nordrhein-Westfalen in Selm mit der Einrichtung des „Grenzgangs“ einen einzigartigen Lernort für berufsethische Fragen geschaffen.

Es geht – unabhängig vom jeweiligen Erfahrungshintergrund – um das Spannungsfeld zwischen menschlicher Unvollkommenheit auf der einen und erwarteter Professionalität auf der anderen Seite.

Der Grenzgang kann inzwischen auch in virtueller Form besucht werden, was so auch seitens der Polizeidirektion Braunschweig genutzt wird.

Fortbildungsmaßnahmen für neue Mitarbeitende

(PI Gifhorn; PI Salzgitter/Peine/Wolfenbüttel)

Neue Mitarbeitende, die von der Polizeiakademie Niedersachsen zuversetzt werden, erhalten Fortbildungsmaßnahmen, die etwa Besuche der Asylbewerbendenunterkünfte Ehra-Lessien/Clausmoorhof und/oder der JVA Wolfenbüttel umfassen.

Begleitung und Teilnahme im „Interkulturellen Festival“ in Hannover

(PD Hannover)

Unter Federführung des Interkulturellen Dienstes der PD Hannover erfolgt eine Begleitung und Teilnahme am „Interkulturellen Festival“ Hannover. Begegnung, Kennenlernen, Austausch und Präsentation der Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ stehen dabei im Vordergrund.

Gespräche mit Glaubensgemeinschaften und Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten

(PI Gifhorn)

Austausch mit DITIB am 20. März 2023
Teilnahme am Fastenbrechen am 19. April 2023
Austausch mit dem Albanisch-Islamischen Kulturkreis
Teilnahme mit Messestand am Kulturfest „Gifhorn International“ am 9. September 2023

Teilnahme am Fastenbrechen

(PD Göttingen)

Auch im Jahr 2024 sind u. a. in Göttingen erneut viele unterschiedliche Glaubensrichtungen zum gemeinsamen Fastenbrechen zusammengekommen. Dazu lud die DITIB Türkisch Islamischen Gemeinde zu Göttingen e. V. in ihre Moschee ein. Die Veranstaltung war gut besucht – neben der jüdischen Gemeinde, der katholischen Kirche, diversen islamischen Gemeinden und vielen weiteren Gästen kamen auch Polizeipräsidentin Tanja Wulff-Bruhn, die Beauftragte für den interkulturellen Dialog der PD Göttingen, Nermin Bozkurt, sowie Rainer Nolte, Leiter der PI Göttingen, der Einladung nach.

Aktuelle politische Themen in der Weiterbildung der Einsatzzüge

(Zentrale Polizeidirektion)

Anfang 2022 wurde am Bereitschaftspolizeistandort Lüneburg eingeführt, dass in den Weiterbildungen der Züge alle zwei Wochen aktuelle politische Themen besprochen werden.

Pilotveranstaltung „Meet a Jew“

(Polizeiakademie Niedersachsen)

Am 9. Oktober 2024 fand das Austauschprojekt „Meet a Jew“ am Studienort Oldenburg mit Studierenden und Kolleg*innen des Stammpersonals statt. Bei der Einführung ins Thema wurden Erfahrungen mit jüdischem Leben thematisiert, aktuelle Entwicklungen in Bezug auf Antisemitismus in Deutschland beleuchtet und die polizeiliche Relevanz jüdischen Lebens und des Antisemitismus herausgestellt.

Anschließend stellten sich Danielle Duvdevani und Jael Masury von der Initiative „Meet a Jew“ den Fragen der Teilnehmenden. Neben den Bereichen „Glauben“ und „Nahostkonflikt“ wurde der Fokus schnell auf eigene Erfahrungen mit Antisemitismus gelegt und hierbei auch die Erwartungshaltung an eine demokratiefeste Polizei erörtert. Duvdevani forderte, dass Antisemitismus in seinen vielfältigen Facetten in der polizeilichen Ausbildung thematisiert und benannt werden muss, denn „Antisemitismus hat nicht erst mit Hitler angefangen und nicht mit ihm aufgehört“. Antisemitismus sei ein aktuelles Phänomen, von dem jeder jüdische Mensch in unterschiedlicher Art und Weise betroffen sei. Eine auf dem Boden der Demokratie agierende Polizei, da waren sich alle Anwesenden einig, ist hierbei ein wesentlicher Faktor für eine Gesellschaft, in der Antisemitismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Nährboden finden. In Zukunft soll es weitere Austauschformate der Polizeiakademie Niedersachsen mit der Initiative „Meet a Jew“ geben.

Vortragsreihe anlässlich 75. Jahrestags des Grundgesetzes

(Polizeiakademie Niedersachsen)

Anlässlich des 75. Jahrestages des Grundgesetzes fand am 23. Mai 2024 für alle Angehörigen der Polizeiakademie Niedersachsen eine Vortragsreihe zu den Themen

- rassistisch konnotierter Sprachgebrauch,
- gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
- die Wirkungskraft des Grundgesetzes in der Tradition deutscher Verfassungskultur sowie über
- „Die Kraft weiblicher Perspektiven – Frauen im Grundgesetz“ statt.

Interessierte aller drei Akademie-Standorte konnten die Vorträge in hybrid verfolgen.

Planung einer Lüneburger Woche der Demokratie 2024

(PD Lüneburg, Zentrale Polizeidirektion)

Für den Zeitraum vom 18. bis 22. November 2024 hat eine Lüneburger Woche der Demokratie stattgefunden.

Hierfür haben sich sämtliche Polizeidienststellen am Standort Lüneburg zusammengefunden.

Unter Beteiligung von Angehörigen der ZKI, der ZPD NI, dem Stab der PD und der PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen wurden ganz unterschiedliche Programmpunkte geplant. Im Rahmen von Vorträgen ging es u. a. um die Polizei zur Zeit der NS-Diktatur, um eine Studienfahrt nach Israel, um Verschwörungstheorien, um das Thema Antiziganismus, um Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen und um das Erleben von Polizei in anderen Ländern und Kulturen. Weiterhin fand auch ein Tag der Vielfalt sowie Exkursionen nach Bergen-Belsen, Lüchow, Lüneburg und Hamburg statt.

IMPRESSUM

Polizeiakademie Niedersachsen
Bürgermeister-Stahn-Wall 9
31582 Nienburg/Weser

Verlag
Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Buchvertrieb
Forststr. 3 a
40721 Hilden